

MICHAEL SCHNEIDER

»VOLKSPÄDAGOGIK« VON RECHTS

ERNST NOLTE, DIE BEMÜHUNGEN UM DIE
»HISTORISIERUNG« DES NATIONALSOZIALISMUS
UND DIE »SELBSTBEWUSSTE NATION«



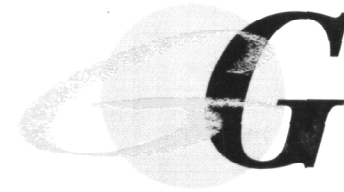
REIHE
GESPRÄCHSKREIS
GESCHICHTE
HEFT 11

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

MICHAEL SCHNEIDER

»**VOLKSPÄDAGOGIK**« VON RECHTS

ERNST NOLTE, DIE BEMÜHUNGEN UM DIE
»**HISTORISIERUNG**« DES NATIONALSOZIALISMUS
UND DIE »**SELBSTBEWUSSTE NATION**«



REIHE
GESPRÄCHSKREIS
GESCHICHTE
HEFT 11

ISSN 0941-6862
ISBN 3-86077-463-8

96 - 00001

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Sonderdruck aus:
Archiv für Sozialgeschichte XXXV, 1995, S. 532–581

Herausgegeben von Dieter Dowe
Forschungsinstitut der Friedrich–Ebert–Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich–Ebert–Stiftung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
(Tel. 0228/883–473)

(c) 1995 by Friedrich–Ebert–Stiftung, Bonn (–Bad Godesberg)
Herstellung: satz + druck Düsseldorf
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1995

ISSN 0941–6862
ISBN 3–86077–463–8

Vorbemerkung des Herausgebers

Daß Geschichtsbild und Gegenwartsverständnis aufs engste miteinander verbunden sind, zeigt sich bei kaum einem Problemkomplex so deutlich wie beim Umgang mit dem Nationalsozialismus. Seit den 1960er Jahren bildete sich – trotz aller wissenschaftsinternen Kontroversen – eine Art Grundkonsens über die Interpretation des Nationalsozialismus heraus, der zugleich die politische Kultur der »alten« Bundesrepublik Deutschland prägte: Nationalismus, Militarismus und Rassismus schienen ebenso auf Dauer überwunden zu sein wie Demokratiefeindlichkeit und außenpolitische Alleingänge.

Nach der Schaffung der deutschen Einheit 1989/90 machen sich viele Menschen Gedanken über den Stellenwert und die Aufgaben, die dem geeinigten Deutschland in der internationalen Politik zukommen sollten. Dabei wird aus unterschiedlicher Blickrichtung versucht, dem nationalen Gedanken stärkere Resonanz zu verleihen. Überraschende Koalitionen kommen dabei zustande. Es sind durchaus auch liberale Geister, häufiger aber Personen, denen diese Qualität nur bedingt zuzusprechen ist, die diesen Wendepunkt der deutschen und europäischen Geschichte, vor allem aber die »neue Größe« Deutschlands als Legitimation für eine Rückkehr zur Idee eines »starken Staates« oder einer »selbstbewußten Nation« nutzen wollen. Einer Anknüpfung an diesen Strang der deutschen Geschichte steht indessen der Nationalsozialismus im Wege, dessen »Historisierung« von vielen als Voraussetzung eines neu–alten nationalen Selbstbewußtseins und damit einer Herausbildung einer »Neuen Rechten« begriffen wird.

Den politischen Zusammenhang von Geschichtsbild und Gegenwartsverständnis herauszuarbeiten, ist ein Ziel der hier als Sonderdruck vorgelegten Sammelrezension, die im Frühjahr 1995 im Manuskript abgeschlossen und im Herbst 1995 im »Archiv für Sozialgeschichte« (Bd. XXXV) publiziert worden ist. Mit dem Abdruck in der Reihe »Gesprächskreis Geschichte« setzen wir – in Anknüpfung an Hans–Ulrich Wehlers Vortrag »Angst vor der Macht? Die Machtlust der Neuen Rechten« (Heft 8) – die Auseinandersetzung mit aktual–politischen Bemühungen um eine Revision der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland fort.

Bonn, im Dezember 1995

Dr. Dieter Dowe
Leiter des
Historischen Forschungszentrums

Inhalt

I.	Die »Ewige Linke« und das »Historische Recht« des Nationalsozialismus: Zu Ernst Noltes Geschichtsinterpretation	12
II.	Streitpunkte	23
	1. Nationalsozialistischer »Rassenmord« als Antwort auf den bolschewistischen »Klassenmord«	24
	2. Der Nationalsozialismus als Antwort auf den Kommunismus?	29
	3. Nationalsozialismus und Modernisierung	33
III.	Aus dem Schatten der Vergangenheit: Von der Rehabilitierung des National-Konservatismus zur Formierung der »Neuen Rechten«	40
IV.	»Historisierung« und »Neue Rechte«: eine Bilanz	52

Kontroversen um den Nationalsozialismus sind so alt wie dieser selbst.¹ Von Anfang an waren wissenschaftliche Analyse und moralisch-politische Wertung miteinander verweben; das gilt auch für die historisch-politikwissenschaftliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur, nach deren Ende erst das ganze Ausmaß dieses »Zivilisationsbruchs«² erkennbar wurde. So heftig innerhalb der historischen Zunft auch über einzelne Fragen der nationalsozialistischen Vergangenheit gestritten wurde, so bestand doch bis weit in die 1980er Jahre bei den Diskutanten – ob sie sich nun an der Kontroverse um Faschismus- oder Totalitarismus-Begriff³, um die Rolle »der« Industrie beim Aufstieg der NSDAP⁴, um Intentionalismus oder Funktionalismus⁵ oder um den poly- bzw. monokratischen Charakter des nationalsozialistischen Herrschaftssystems⁶ beteiligten – über einige Grundannahmen weitgehende Einigkeit: Der Nationalsozialismus wurde *vornehmlich* aus der Entwicklung der deutschen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert erklärt; und die nationalsozialistische »Endlösung der Judenfrage« wurde wahnhaften rassenideologischen Motiven *ohne* »rationalen Kern« zugeschrieben.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Das bedeutete nicht, daß außerdeutsche Entwicklungen – vom Einfluß westeuropäischer Rassentheorien über die bolschewistische Revolution 1917 und die außenpolitischen Bedingungen »nach Versailles« bis zur Internationalität der Weltwirtschaftskrise 1929 ff. und zur Appeasement-Politik der 1930er Jahre – nicht als Teile eines komplexen Bedingungsgeflechts berücksichtigt worden wären, das insge-

1 Siehe *Gerhard Schreiber*, Hitler. Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

2 Siehe *Dan Diner* (Hrsg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/Main 1988.

3 Siehe *Karl Dietrich Bracher*, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, 2., erg. Aufl., München 1976; Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte am 24. 11. 1978, München 1978. Vgl. zuletzt *Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier* (Hrsg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991, Klartext Verlag, Essen 1993, 215 S., brosch., 32,- DM; *Ian Kershaw*, Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs, in: *Bulletin 1995/Mittelweg* 36, 5, Oktober/November 1994, S. 55–64.

4 Siehe *Dirk Stegmann*, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* XIII, 1973, S. 399–482; zuletzt *Henry A. Turner*, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

5 Siehe *Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker* (Hrsg.), Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.

6 Siehe *Dieter Rebentisch*, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989; *Michael Ruck*, Führerabsolutismus und polykratisches Herrschaftsgefüge – Verfassungsstrukturen des NS-Staates, in: *Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn etc. 1992, S. 32–56.

samt, d. h. unter Einschätzung der Auswirkungen auf die – allerdings im Mittelpunkt stehenden – innerdeutschen Bedingungsfaktoren, dazu diente, die Voraussetzungen für den Siegeslauf der NSDAP und für die Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur zu klären. Einigkeit bestand also darüber, daß die Entwicklung des Nationalsozialismus zwar als Teil eines über die deutschen Grenzen hinausreichenden Bedingungsgeflechtes, aber *primär* aus Kontinuitäten von Nationalismus und anti-demokratischem Denken, von Militarismus und Imperialismus, von Sozialdarwinismus und Antisemitismus in Deutschland zu erklären sei.

Dieser Grundkonsens der historisch-politikwissenschaftlichen Forschung wurde von Ernst Nolte mit seinem Aufsatz zur »Vergangenheit, die nicht vergehen will«⁷ 1986 aufgekündigt, der damit den »Historikerstreit« auslöste.⁸ Noltes Thesen, die den Nationalsozialismus primär als Reaktion auf den Bolschewismus, den nationalsozialistischen »Rassenmord« als Antwort auf den bolschewistischen »Klassenmord« darstellten, stießen sofort auf entschiedene Ablehnung. Die Kritik fiel vermutlich nicht nur deswegen so scharf aus, weil Nolte mit seinen Thesen den genannten historiographischen Grundkonsens verletzt hatte. Seine eigentliche Dynamik erhielt der Streit vielmehr durch die Vermutung, Nolte gehe es letztlich um die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, um den Deutschen ein unbelastetes Verhältnis zu ihrer nationalen Vergangenheit zu eröffnen – als Voraussetzung für eine selbstbewußte nationale Politik.⁹

In Abwehr dieser Nolte zugeschriebenen politischen Zielperspektive wurden seine Überlegungen mit kurz zuvor publizierten Arbeiten anderer Historiker, insbesondere mit denen von Klaus Hildebrand, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in Verbindung gebracht. Diesen Autoren, von manchem böswillig-polemisch als »Viererbande« apostrophiert¹⁰, wurden ebenso unterschiedslos wie vereinfachend Bemühungen um die Revision des (bundes-)deutschen Geschichtsbildes bzw. -bewußtseins unterstellt. Den Anstoß dazu bot wohl eher die im Zuge der 1982 angekündigten »geistig-moralischen Wende« vermutete Veränderung der politischen Kultur, die sich in symbolträchtigen Aktionen (Bitburg), langfristig angelegten Bildungsmaßnahmen (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland) und auch Politikerreden mit zum Teil erstaunlichen Fehlleistungen (Rede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger) anzudeuten schien.

Bei genauerem Zusehen erweist sich die Konstruktion einer abgestimmt, also gar strategisch vorgehenden »Truppe« zur »Revision« des bundesdeutschen Geschichtsbildes rasch als falsch; die inhaltlichen und methodischen Differenzen zwischen den genannten Historikern sind ebenso unübersehbar wie die letztlich isolierte Position, die Nolte im »Historikerstreit« behauptete und mit seinem Werk über den »Europäischen Bürgerkrieg«¹¹ sowie in der »Antwort« an seine Kritiker¹² bestärkte. Angesichts des Proteststurms, den die Thesen Noltes entfachten, konnte der Eindruck entstehen, der »Historikerstreit« habe zu einer

weitgehend akzeptierten Zurückweisung derartiger Revisionsbemühungen geführt. Auch daß der wissenschaftliche Ertrag recht gering, wenn nicht gleich null gewesen sei, galt bald als ausgemacht.

Nun, ein paar Jahre später, ist es an der Zeit, diesen Befund zu überprüfen, zumal davon auszugehen ist, daß der Umbruch 1989/90 nicht ohne Rückwirkung auch auf das Geschichtsverständnis bleiben konnte, sind doch Geschichtsverständnis und Erklärung der Gegenwart aufs engste miteinander verbunden: Gegenwärtige Probleme bieten Anstoß zu historischem Rückblick, aktuelle Veränderungen fordern neue Interpretationen historischer Ereignisse.¹³ Konkret bedeutet dies z. B., daß sich neue Akzentsetzungen bei der Periodisierung der Geschichte des 20. Jahrhunderts anbieten.¹⁴ Nicht zu übersehen ist jedoch auch, daß – nachdem schon die »Wende« 1982 ff. einer Debatte um die nationale Identität Auftrieb gegeben hatte¹⁵ – die Ereignisse der Jahre 1989/90 eine Wiederbelebung nationaler Ideen unterstützt haben. Daß davon zugleich die Interpretation der Vergangenheit, der deutschen Geschichte insgesamt, aber speziell des Nationalsozialismus, betroffen wurde, ist gewiß nicht verwunderlich.

Daraus folgt, daß mancher inzwischen meint feststellen zu können, der »Sieg der »Aufklärungs-Fundamentalisten« im »Historikerstreit« habe sich als »Pyrrhus-Sieg« erwiesen. Denn: »Die Diskussion verselbständigte sich und bereitete der immer lauter werdenden Forderung nach »Historisierung« des Nationalsozialismus den Boden. Da hierbei jüngere Historiker eine wichtige Rolle spielen, die jenseits der alten Fraktionsgrenzen um eine neue Sicht der Dinge bemüht sind«, sei – so wird frohlockend festgestellt – »der Fortgang schon absehbar.«¹⁶

Und in der Tat: Begünstigt von den historischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit und getragen von einer dadurch ausgelösten Bereitschaft zum »Umdenken«, sind auf den Spuren und/oder im Umfeld Ernst Noltes einige Arbeiten vorgelegt worden, die zentrale Thesen, mit denen Nolte den »Historikerstreit« ausgelöst und die er jüngst in einem Buch über »Kontroversen um den Nationalsozialismus« erneut entfaltet hat¹⁷, aufgreifen und in Detailanalysen überprüfen bzw. untermauern. Zu berücksichtigen sind zudem Arbeiten zu Themenbereichen, die nicht im Zentrum der originären historischen Betrachtungen Noltes stehen, die er vielmehr seinerseits als seinen eigenen »Historisierungs«-Bemühungen zuträglich übernommen hat. In den Blick zu nehmen ist also nicht nur Noltes eigen-sinnige Konstruktion eines »kausalen Nexus« zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus, zwischen Archipel Gulag und Auschwitz, sondern auch die von Nolte damit aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von Kommunistischer Partei und NSDAP in der Weimarer Republik; zu beleuchten ist zudem die von Nolte aufgenommene Frage nach dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne bzw. Modernisierung. Zu einzelnen dieser Themen, die insgesamt mit dem Gestus der überfälligen »Historisierung« sowie des angeb-

7 Ernst Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will*. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 6. 6. 1986.

8 *Historikerstreit*. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München etc. 1987.

9 Siehe *Hans-Ulrich Wehler*, *Entsorgung der Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«*, München 1988; vgl. auch *Hans Mommsen*, *Suche nach der »verlorenen Geschichte«? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik*, in: *Merkur* H. 9/10, Sept./Okt. 1986, S. 862–874.

10 *Elie Wiesel*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. 11. 1986.

11 *Ernst Nolte*, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Propyläen Verlag, Frankfurt/Main etc. 1987, 616 S., Ln., 58,- DM.

12 *Ernst Nolte*, *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit*, Ullstein, 2., erw. Aufl., Berlin etc. 1988, 223 S., kart., 29,80 DM.

13 Siehe dazu *Bernd Faulenbach*, *Probleme der Neuinterpretation der Vergangenheit angesichts des Umbruchs 1989/91*, in: *B. Faulenbach/M. Stadelmaier* (Hrsg.), *Diktatur*, S. 9–18, hier S. 9.

14 Siehe z. B. *Klaus Tenfelde*, 1914 bis 1990: Die Einheit der Epoche, in: *Manfred Hettling u. a.* (Hrsg.), *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen*, München 1991, S. 70–80.

15 Siehe z. B.: *Die Frage nach der deutschen Identität. Ergebnisse einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung*, Bonn 1985; *Thomas M. Gausly* (Hrsg.), *Die Last der Geschichte. Kontroversen zur deutschen Identität*, Köln 1988.

16 *Karlheinz Weißmann*, *Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung: Alte Gefahren – neue Chancen*, Ullstein, 2., erw. Aufl., Berlin etc. 1993 (1. Aufl. 1992), 211 S., kart., 29,80 DM, hier S. 48.

17 *Ernst Nolte*, *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus*, Propyläen, 2. Aufl., Berlin etc. 1994 (1. Aufl. 1993), 493 S., Ln., 58,- DM.

lichen Tabu-Bruch und der Legenden- bzw. Mythenzerstörung dargestellt werden, liegen Monographien, z. T. Dissertationen, vor¹⁸, andere werden im Rahmen von Sammelbänden behandelt.¹⁹

»Historisierung« lautet das Stichwort, mit dem die Revision der bisherigen Geschichtsbilder – denn trotz des genannten Grundkonsenses gab es kein einheitliches bundesrepublikanisches Geschichtsbild – bezeichnet wird. Soweit damit die Anwendung der historischen Analysemethoden auf die Zeit des Nationalsozialismus wie auf jede andere Epoche gemeint ist, dürfte es kaum einen Streit anlaß geben.²⁰ Wenn aber das Ziel der »Historisierung« eigentlich Relativierung oder Apologie des Nationalsozialismus ist, kündigt sich eine aktual-politisch motivierte Uminterpretation der Geschichte an. Demgemäß wird abschließend die Frage zu beleuchten sein, ob und inwieweit sich in der »historisierenden« Analyse der nationalsozialistischen Vergangenheit Bemühungen zeigen, zu einer »Entschuldung« eben der Kräfte, Ideen und Begriffe beizutragen, denen bisher ganz überwiegend die Verantwortung für den verhängnisvollen Weg Deutschlands in Diktatur, Krieg und Massenmord zugewiesen wurde. Dabei geht es um die Konsequenzen aus der »Historisierung« des Nationalsozialismus für die Rehabilitierung des »gesunden Nationalgefühls« und für das »Erstarken« einer »selbstbewußten Nation«. Letzteres zeichnet sich ab in den Monographien von Karlheinz Weißmann²¹, Klaus Hornung²² und Rainer Zitelmann²³, aber auch und besonders in der von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebenen Aufsatzsammlung²⁴, die nach ihrem Erscheinen im September 1994 bereits im Dezember 1994 und im Februar 1995 in erweiterten Neuauflagen publiziert wurde, wobei jeweils im Vorwort kritisch auf die inzwischen vorliegenden Rezensionen eingegangen wird.

Im Unterschied zur Situation zu Beginn des »Historikerstreits«, der letztlich allein durch die Arbeit eines einzelnen Historikers ausgelöst worden ist, kann man jetzt mit Fug und Recht von einem Forschungs- und Publikationszusammenhang sprechen, der sich durch ausdrücklichen Konsens oder Ähnlichkeit im Hinblick auf bestimmte methodische Zugriffe, bestimmte Frage- bzw. Themenstellungen und bestimmte Argumentationsweisen konstituiert. Daß es sich bei dieser Feststellung nicht um ein von außen herangetragenenes Konstrukt handelt, machen die mannigfachen Hinweise auf Kontakte zwischen den in den Blick zu nehmenden Historikern und Politologen deutlich. Viele der Autoren, deren Arbei-

ten hier eingehender betrachtet werden sollen, beziehen sich explizit auf Ernst Nolte, der so zum »Ziehvater« der »jungen Revisionisten« stilisiert wird. Bei genauerem Zusehen zeigt sich jedoch, daß Nolte eher als eine Art Gallionsfigur für eine an Zahl zunehmende Gruppe von Historikern, Politologen und Journalisten dient, denen er methodisches Rüstzeug, thematische Anregung und Argumentationshinweise sowie vor allem wissenschaftliche Legitimation ihrer eigenen »Historisierungs«-Bemühungen liefert; diese setzen ihrerseits selbständig eigene Themenschwerpunkte, mit denen sie die »Historisierung« des Nationalsozialismus auf breiterer Basis – als dies ein einzelner vermöchte – vorantreiben, wobei die Grenzen zur Formierung einer »neuen demokratischen Rechten« aus dem Geist einer neuinterpretierten Geschichte zu verschwimmen drohen.²⁵

Hinweise auf einen Gruppenzusammenhang enthalten nicht nur die Vorworte der Bücher mit ihren Danksagungen und Freundschaftsbekundungen; gestärkt wird der Konnex durch vielfältige Herausgeber- und Mitarbeiter-Affiliationen sowie durch die ausgeprägte Neigung, die Arbeiten von ähnlich argumentierenden Kollegen – unter Hinweis auf den »Historisierungs«-Zusammenhang – wohlwollend zu rezensieren; auch an die Selbststilisierung zu einer »neuen Denkfamilie«²⁶ ist zu denken. Die Herausbildung einer Gruppe von Historikern, die sich – laut Selbst- bzw. Verlagsetikettierung – als Angehörige der »jüngeren Generation« anschlachten, die »Tabus«, »Legenden« und »Mythen« einer (angeblich) in »volkspädagogisch« ausgerichteten »Bewältigungs-Ritualen« befangenen Geschichtsschreibung zugunsten einer allein wissenschaftlichen Maßstäben angemessenen »Historisierung« des Nationalsozialismus zu brechen, wurde begünstigt von den Publikationsmöglichkeiten eines ebenso erfolgreichen wie renommierten Verlagshauses. Gemeint sind die Verlage Ullstein und Propyläen, in denen Nolte seine Bücher publiziert; daß bald weitere Arbeiten zur »Historisierung« des Nationalsozialismus hier ihren Platz fanden, dürfte auch und vor allem mit dem Wirken von Rainer Zitelmann zusammenhängen, der, nachdem er 1986 in Darmstadt über Hitler als Sozialrevolutionär²⁷ promoviert hatte und dann Forschungsassistent an der Freien Universität in Berlin war, 1992 Cheflektor von Ullstein und Propyläen wurde, bevor er 1994 als Leiter des Ressorts »Zeitgeschichte« zur Tageszeitung »Die Welt« wechselte.

Ullstein und Propyläen gehörten zum Springer-Konzern, bevor sie 1984 von der Fleissner-Verlagsgruppe übernommen wurden. Nun soll hier nicht das Imperium Herbert Fleissners mit seinen vielgestaltigen Verlagen interessieren.²⁸ Nur so viel sei gesagt: Neben den Publikationen von Autoren wie Léon Degrelle, David Irving, Armin Mohler, Hans Ulrich Rudel und Franz Schönhuber haben Verlage des Fleissner-Konzerns auch Bücher von Willy Brandt, Elie Wiesel und Simon Wiesenthal publiziert. Auch wenn sich um die Jahres-

18 *Enrico Syring*, *Hitler. Seine politische Utopie, Propyläen, Berlin etc. 1994*, 391 S., Ln., 58,- DM; *Christian Striefler*, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Propyläen, Frankfurt/Main etc. 1993*, 474 S., Ln., 58,- DM.

19 *Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann* (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, um ein Nachwort erg. Ausg., Ullstein, Frankfurt/Main etc. 1992*, 660 S., kart., 24,80 DM; *Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Propyläen, Frankfurt/Main etc. 1993*, 598 S., Ln., 68,- DM; *Klemens von Klemperer/Enrico Syring/Rainer Zitelmann* (Hrsg.), »Für Deutschland«. *Die Männer des 20. Juli 1944*, Ullstein, Frankfurt/Main etc. 1994, 392 S., Ln., 48,- DM.

20 Siehe *Martin Broszat*, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Merkur* 39, 1985, S. 373–385; *ders.*, Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Historische Zeitschrift* 1988, S. 1–13. Vgl. auch *Friedrich Tenbruck*, *Zeitgeschichte als Vergangenheitsbewältigung?*, in: *Nipperdey u. a.* (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg*, S. 482–495.

21 *Weißmann*, Rückruf.

22 *Klaus Hornung*, *Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts, Propyläen, Berlin etc. 1993*, 429 S., Ln., 58,- DM.

23 *Rainer Zitelmann*, *Wohin treibt unsere Republik?*, Ullstein, Frankfurt/Main u. Berlin 1994, 237 S., kart., 24,90 DM.

24 *Heimo Schwilk/Ulrich Schacht* (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*, Ullstein, Berlin etc. 1994, 470 S., Ln., 58,- DM.

25 So umfaßt das Spektrum der Autoren des Sammelbandes von *H. Schwilk u. U. Schacht* neben Wissenschaftlern und freien Publizisten auch Zeitungsjournalisten der »Welt« (*Jochen Thies, Rainer Zitelmann*), der »Welt am Sonntag« (*Michael J. Inacker, Heimo Schwilk, Ulrich Schacht*), der FAZ (*Eduard Beaucamp*), des »Rheinischen Merkur« (*Peter Meier-Bergfeld*) und der »Jungen Freiheit« (*Roland Bubik*). Eine Reihe der Autoren findet sich auch unter den Unterzeichnern des Appells zum »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen«, der als Anzeige in der FAZ vom 7. 4. 1995 publiziert wurde.

26 *Weißmann*, Rückruf, S. 190.

27 Siehe *Rainer Zitelmann*, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Hamburg etc. 1987 (2., erg. u. überarb. Aufl., Stuttgart 1989); vgl. auch *ders.*, *Adolf Hitler. Eine politische Biographie*, 2., durchges. Aufl., Göttingen/Zürich 1989.

28 Siehe dazu *Hans Sarkowicz*, *Rechte Geschäfte. Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner*, Frankfurt/Main 1994; *Maria Zens*, *Vergangenheit verlegen. Zur Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein*, in: *Hans-Martin Lohmann* (Hrsg.), *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt/Main 1994, S. 105–122.

wende 1994/95 bekannte Autoren – Karin Struck und Lutz Rathenow – vom Ullstein-Verlag mit der Begründung gelöst haben, dieser sei ihnen zu rechtslastig, kann also weder dieser Verlag noch die Verlagsgruppe insgesamt eindeutig als »rechtsextrem« etikettiert werden.²⁹ Vielmehr ist festzuhalten, daß der Fleissner-Konzern und auch die Verlage Ullstein und Propyläen zwar »rechten« Autoren ein Forum bieten, die Reputation des Konzerns – angesichts der Publikation von Büchern prominenter »Linker« – durch ein als ausgewogen geltendes Verlagsprogramm gesichert bleibt.

Ebenso wenig wie den Verflechtungen des Fleissner-Konzerns soll hier persönlichen Kontakten sowie Rezensionen- und Zitierkartellen nachgespürt werden, die vom Verlag im übrigen in der Werbung eingesetzt wurden und die das »Wir-Gefühl« des »Forschungszusammenhangs« gewiß illustrieren und vielleicht auch stärken.³⁰ Vielmehr geht es darum, das »Neuartige« der aktuellen »Historisierungs«-Bemühungen anhand bestimmter Themenfelder genauer zu beleuchten, um damit zugleich nach dem Ertrag der »neuen« Forschungen zu fragen.

I. DIE »EWIGE LINKE« UND DAS »HISTORISCHE RECHT« DES NATIONALSOZIALISMUS: ZU ERNST NOLTES GESCHICHTSINTERPRETATION

Bereits kurze Zeit nach dem Beginn des »Historikerstreits« publizierte Nolte sein umfangreiches Werk über den »Europäischen Bürgerkrieg«, das – so wurde allgemein erwartet – die umstrittenen Thesen, mit deren zum Teil tentativer Formulierung Nolte den »Historikerstreit« ausgelöst hatte, nun materialreich und argumentativ untermauern würde. Doch unbeeindruckt von der massiven Kritik, die er mit seinen Thesen hervorgerufen hatte, ging Nolte nach wie vor von der »Annahme aus, daß die von Furcht und Haß erfüllte Beziehung zum Kommunismus tatsächlich die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie war«, die zahlreiche deutsche und nicht-deutsche Zeitgenossen im übrigen geteilt hätten. Nolte ging es zudem darum, die These zu belegen, »daß all diese Empfindungen und Befürchtungen nicht nur verstehbar, sondern auch großenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkt sogar gerechtfertigt waren.«³¹ Das Verhältnis von Bolschewismus und Nationalsozialismus charakterisierte Nolte also als ein Verhältnis von Herausforderung und Antwort, von Ursprung und Kopie, von Entsprechung und Über-Entsprechung. Das heißt der Nationalsozialismus habe im Bolschewismus »Schreckbild und Vorbild« zugleich gesehen, wobei »Schreckbild« – im Gegensatz zum »Schreckgespenst« – einen realen Kern habe.³²

Mit diesem Interpretationsansatz wandte sich Nolte ausdrücklich gegen historische Forschungen, die die Machtübernahme der Nationalsozialisten und das feindliche Verhältnis zum Kommunismus/Bolschewismus als Folge von interessenpolitischen Entscheidungen einstufen. Überdies sei eine Revision des Geschichtsbildes überfällig; denn die Vermutung, daß ein neuer Hitler und/oder ein neues Auschwitz kommen könnten, »war von jeher unbegründet und ist heute nur noch töricht. Wenn also die Furcht vor Wiederholungen gegenstandslos ist und volkspädagogische Besorgnisse überflüssig sind, dann sollte endlich der Schritt getan werden dürfen, mit dem die nationalsozialistische Vergangenheit in ihrem zentralen Punkte zum Thema gemacht wird, und dieser zentrale Punkt ist weder in ver-

brecherischen Neigungen noch in antisemitischen Obsessionen zu suchen. Das Wesentlichste am Nationalsozialismus ist sein Verhältnis zum Marxismus und insbesondere zum Kommunismus in der Gestalt, die dieser durch den Sieg der Bolschewiki in der russischen Revolution gewonnen hatte.«³³

Ausgehend von der Annahme, der Nationalsozialismus sei im Grunde nur als »überschießende Antwort« auf den Bolschewismus zu erklären, wird von Nolte in seiner großangelegten historischen Darstellung die These zu belegen versucht, der bolschewistische Terror sei »ursprünglicher« als der nationalsozialistische gewesen: Der Nationalsozialismus begriff sich zwar – laut Nolte – als die »Partei der Gegendiktatur, des Gegen-Bürgerkriegs«, doch diese konnte »allein aus der deutschen Bedrohung und sogar aus der Gegenwart des russischen Beispiels keinen wirklichen Gegen-Glauben, keine überschießende Gegen-Leidenschaft gewinnen, die sich mit dem Glauben und der Leidenschaft der Feinde auf eine Ebene gestellt hätte.« Das gelte »ganz besonders« für Adolf Hitler, den »in außerordentlichem Maße das Bedürfnis [trieb], eine grundlegende Ursache, einen Erreger, einen Schuldigen zu finden, und diesen Schuldigen entdeckte er in dem Juden. Damit vollzog er einen weiteren Schritt auf dem Wege jener Konkretisierung, auf welchem die Kommunisten vorgegangen waren, als sie an die Stelle des historisch überlebten Systems der voll souveränen Staaten die auch moralisch schuldigen *Bourgeois* setzten«. Im Grunde mitverantwortlich dafür sei – so Nolte – Karl Marx: Denn »dieser Schritt Hitlers war kein willkürlicher und bloß zufälliger. Auf ähnliche Weise, nur in umgekehrter Richtung, hatte Karl Marx den Übergang von den Juden, die vielen Frühsozialisten noch als Ursache des Mammonismus galten, zu den Kapitalisten und letzten Endes zu dem kapitalistischen System vollzogen, und in Verbindung damit hatte er ein altes Vernichtungskonzept in die Vorstellung vom bloßen Wegschieben einer zum Hindernis gewordenen kleinen Gruppe von Kapitalmagnaten verwandelt. Hitler ging also in gewisser Weise zu den Frühsozialisten zurück [. . .].«³⁴

So kam Nolte zu dem Ergebnis: Ausgehend davon, daß »auffallend viele Juden, die sich indessen meist nicht mehr als Juden betrachteten, an der russischen Revolution beteiligt waren«, machten »Hitler und Himmler die Juden für einen Prozeß verantwortlich [. . .], der sie in Panik versetzt hatte, führten sie das ursprüngliche Vernichtungskonzept der Bolschewiki in eine neue Dimension und übertrafen durch die Schrecklichkeit ihrer Tat jene genuinen Ideologen, indem sie den sozialen Ausgangspunkt durch einen biologischen ersetzten.«³⁵

Hatte Nolte in seinem FAZ-Artikel, der den »Historikerstreit« auslöste, noch den »kausalen Nexus« zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus in Frageform gekleidet bzw. als »wahrscheinlich« bezeichnet, so hieß es nun eindeutig: »Wer [. . .] den kausalen Nexus mit Früherem leugnet, obwohl dieser sich schon der einfachsten Nachforschung erschließt, der verstößt gegen die elementarste Pflicht nicht nur der Historiker, sondern aller denkenden Menschen. Die Heftigkeit des Widerstandes, den die These hervorruft, der Archipel-Gulag sei ursprünglicher als Auschwitz und zwischen beiden bestehe ein kausaler Nexus, ist letzten Endes nur durch politische Motive zu erklären, die zu politischen Insinuationen Anlaß geben.«³⁶

*

Auch in der »Antwort« an seine Kritiker beharrte Nolte auf den wesentlichen Aussagen sei-

29 Siehe Armin Pfahl-Traugber, Der konservative Fleissner-Konzern bietet Rechtsextremisten ein Forum, in: AVS-Informationsdienst Nr. 9, 1994.

30 Siehe H. Sarkowicz, Rechte Geschäfte, S. 79 f.; M. Zens, Vergangenheit, S. 112 f.

31 Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945, S. 16.

32 Ebd., S. 21 f.

33 Ebd., S. 15; Hervorhebungen im Original.

34 Ebd., S. 119 f.; Hervorhebungen im Original.

35 Ebd., S. 545; Hervorhebung im Original.

36 Ebd., S. 548.

ner bisherigen Beiträge, die er auszugsweise zusammen mit einer ausführlichen Zusammenfassung der Debatte in diesem Buch präsentierte.³⁷ Hier analysierte er differenziert die moralischen, politischen und wissenschaftlichen Aspekte des »Historikerstreits« und nahm dabei für sich in Anspruch, sein umstrittener Aufsatz in der FAZ vom 6. Juni 1986 müsse als »eine Aufforderung zur Wissenschaft« verstanden werden. »Aufforderung zur Wissenschaft heißt nicht – so präzisierte er – »Aufforderung zu neuen Forschungen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens, sondern es heißt Aufforderung zum Wechsel der Perspektiven, ohne daß deshalb, wie sich versteht, alle vorhandenen Perspektiven für unbrauchbar erklärt werden.«³⁸ Der »zentrale Satz, »war nicht der Archipel-GULag ursprünglicher als Auschwitz?«, sollte den Wissenschaftlern nahelegen, »über die Frage nachzudenken, ob nicht der Zusammenhang der »deutschen Geschichte« unzureichend sei, um den Charakter der Weltkriegsepoche zu begreifen, aber ebenfalls das Konzept der Totalitarismustheorie der fünfziger Jahre, welche die Feindschaft zwischen den »totalitären Mächten« mehr oder weniger als bloßen Schein aufgefaßt hatte.« Und Nolte hielt fest an der Frage, »ob Hitler und die Nationalsozialisten eine »asiatische« Tat vielleicht deshalb vollbrachten, »weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer« einer »asiatischen« – d. h. den Maßstäben der europäischen Kultur entgegengesetzten – Tat betrachteten.«³⁹

Allenfalls zur Wiederholung folgender Präzisierung fand Nolte sich bereit: Selbst wenn man von den »unzutreffenden Voraussetzungen« ausginge, »daß der »jüdische Bolschewismus« die nationale Intelligenz und das Bürgertum Rußlands bereits in den ersten Jahren seiner Herrschaft ausgerottet habe und daß alle deutschen Juden »im Grunde« Bolschewisten gewesen seien«, selbst »dann wäre Auschwitz nicht gerechtfertigt gewesen, denn niemals kann eine Lüge eine Lüge, ein Mord einen Mord, ein Massenmord einen Massenmord »rechtfertigen.«⁴⁰

Weiterhin beharrte Nolte darauf, daß die Herausforderung seiner These darin bestanden habe, »das historische Prinzip des Verstehens auch auf Adolf Hitler selbst anzuwenden.«⁴¹ So nahm Nolte für sich in Anspruch, einen überfälligen Perspektivenwechsel angeregt zu haben und zu vollziehen, der mit seiner »Aufforderung zur Wissenschaft« die »kollektivistische Schuldzuschreibung« verwirft und eine immer größere Abstandnahme von dieser Wurzel aller »Feindbilder« verlangt.⁴²

Nolte rückte auch in diesem Buch nicht von dem Punkt ab, der seinen Kritikern so anstößig vorkam: Nicht die Tatsache des Vergleichs zweier Systeme der Gewaltherrschaft, nicht die Einordnung des Nationalsozialismus in den Zusammenhang der Geschichte Europas oder der Welt und auch nicht die Forderung des »Verstehens« bildeten den Ansatzpunkt der Kritik, sondern im Zentrum der Kritik stand die Behauptung eines »kausalen Nexus« von Archipel Gulag und Auschwitz, durch die die überdies als »asiatische Tat« apostrophierte Vernichtung der Juden aus den Kontinuitätslinien der deutschen Nationalgeschichte eskamotiert wurde; daß Nolte zudem mit dem Postulat des Verstehens den Verzicht auf prinzipielle Kritik verband, daß er grundsätzliche Ablehnung und Verurteilung des Nationalsozialismus als »kollektivistische Schuldzuweisung« einstufte, die »Feindbilder« erzeuge, und daß er – im Hinblick auf Hitlers »Empfindungen und Befürchtungen« –

»verstehbar« mit »verständlich« und »bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt« identifizierte⁴³, hat zur Fortdauer der Irritationen gewiß beigetragen.

*

Bleiben die Publikationen Noltes zum »Europäischen Bürgerkrieg« und zum »Historikerstreit« weitgehend im Rahmen der 1986 entwickelten Argumentationszusammenhänge, so hat Noltes Geschichtsinterpretation mit seinem neuen Buch über »Kontroversen um den Nationalsozialismus« neue Dimensionen gewonnen. So deutlich wie allenfalls in seinen frühen Büchern⁴⁴ erläutert er sein Wissenschaftsverständnis, und so deutlich wie nie zuvor verklammert er seine historischen Betrachtungen mit aktual-politischen Stellungnahmen.

Beginnen wir mit den Ausführungen zum Wissenschaftsverständnis. Auch wenn Nolte die Vorstellung zurückweist, der Historiker befände sich gegenüber den historisch Handelnden in der Rolle des Staatsanwalts oder gar Inquisitors, so deutet schon diese Begrifflichkeit und vor allem der Anspruch, den Handelnden Gerechtigkeit widerfahren lassen zu wollen, auf ein von juristischen Formeln, wenn nicht vom Strafprozeß geprägtes Bild der historischen Forschung hin. Wenn Nolte für die historische Arbeit die Prinzipien »audiat et altera pars« und »audiantur multi testes« betont, so sieht er den Historiker offenbar in der Rolle des Richters.⁴⁵ Getreu dieser Grundsätze müßten »Zeugen«, d. h. Positionen, so absonderlich sie auch anmuten, ernst genommen und diskutiert werden. Daß »Zeugen« für Nolte nicht nur »alle Mithandelnden«, sondern auch »alle Nachfahren dieser Mithandelnden«⁴⁶, also nicht nur die Quellen, sondern auch Einschätzungen der Sekundärliteratur sind, führt zu Verzerrungen des Argumentationsfeldes, wenn sich Nolte z. B. genötigt glaubt, bei der Erörterung der Kontroverse um die »Endlösung der Judenfrage« auch die Positionen des »radikalen Revisionismus«, d. h. der Vertreter der These von der »Auschwitz-Lüge«, heranzuziehen.⁴⁷

In dieser Auffächerung des Argumentationsfeldes zeigen sich die Konsequenzen von Noltes Vorgehensweise, die – wie er meint – auf dem wissenschaftlichen Willen zur Objektivität basiert, der eigentlich der »Wille zur Gerechtigkeit« sei, wobei sich Gerechtigkeit durch die Vermeidung von Schwarz-Weiß-Malerei ausweise. Solche Schwarz-Weiß-Bilder seien es z. B., wenn vom Krieg »ausschließlich heroische und großartige Bilder gezeigt« und wenn die nationalsozialistischen Führer als »eine Galerie von Bösewichtern und Gangstern dargestellt [würden], die keinerlei verstehbare oder gar berechtigte Motive hatten.«⁴⁸ Implizit heißt das, Maßstab von Wissenschaft ist nicht die Realitätsnähe zum dargestellten historischen Gegenstand, sondern die Bereitschaft, dessen positive und negative Seiten – wie von der bereits vorliegenden Literatur vorgegeben – zur Sprache zu bringen.⁴⁹ Dies zu gewährleisten sei Aufgabe des Historikers, der deswegen primär die Akteure selbst zu Wort kommen lassen müsse. Daraus resultiert die somit wissenschaftstheoretisch legitimierte Methode Noltes und mancher seiner Schüler bzw. Nachfolger, die Texte der Natio-

37 Ernst Nolte, Der sogenannte Historikerstreit: moralische Kampagne – politischer Konflikt – wissenschaftliche Debatte, in: *ders.*, Das Vergehen der Vergangenheit, S. 13–67.

38 Ebd., S. 16.

39 Ebd., S. 16 f.

40 Ebd., S. 36; Hervorhebungen im Original. So ähnlich hatte sich Nolte schon in seinem Artikel in der FAZ vom 6. 6. 1986 und im Buch über den Europäischen Bürgerkrieg (S. 545) ausgedrückt.

41 Ebd., S. 18.

42 Ebd., S. 19.

43 Nolte, Der europäische Bürgerkrieg, S. 16.

44 Siehe dazu Rainer Zitelmann, »Gerechtigkeit« als Anliegen des Historikers. Zum Selbstverständnis Ernst Noltes, in: *Nipperdey u. a.* (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 513–525, hier S. 513.

45 Nolte, Streitpunkte, S. 16. Siehe dazu Zitelmann, »Gerechtigkeit«, S. 517 f.

46 Ebd., S. 16.

47 Siehe ebd., S. 304 ff.

48 Ebd., S. 17.

49 Siehe dazu Zens, Vergangenheit, S. 110.

nalsozialisten ausführlich zu präsentieren, um sie – ohne kritische Konfrontation mit der Realität – für sich selbst sprechen zu lassen.⁵⁰

Die Neigung zu pseudo-juristischer Argumentation tritt noch in einer weiteren Interpretationsfigur hervor, und zwar im Begriff des »historischen Rechts«, das Nolte dem Nationalsozialismus nicht absprechen zu können glaubt. Was ist damit gemeint? Nolte geht davon aus, die Frage nach dem »historischen Recht« des Nationalsozialismus stelle sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neu: »Durch keine Auffassung ist ja der Nationalsozialismus so vollständig in den Bereich des völlig Verfehlten und des nicht bloß moralischen, sondern auch historischen Unrechts gerückt worden wie durch die sowjetische und weithin auch marxistische Überzeugung, daß er als letzter und verzweifelter Widerstand gegen den »Sozialismus« zu verstehen sei, welcher seinerseits – trotz einiger temporärer »Deformationen«, wie man seit 1956 einzuräumen pflegte – in der Sowjetunion seinen wichtigsten und unverrückbaren Platz gefunden habe, von wo er sich über den ganzen Erdball ausbreiten werde. Diese Auffassung ist seit dem Zerfall der Sowjetunion in eine Gruppe unabhängiger Staaten endgültig unhaltbar geworden, und der Frage ist schlechterdings nicht mehr auszuweichen, ob nicht dem Nationalsozialismus zumindest insoweit ein gewisses historisches Recht zuzuschreiben ist, als er sich dem umfassenden Anspruch der Sowjetunion mit großer, wenn auch vermutlich weit überschießender Energie widersetzte.«⁵¹

Da Nolte andererseits der Auffassung, die Sowjetunion habe sich 1945 in der Position des »historischen Rechts« befunden, einen »rationalen Kern« bescheinigt⁵², bringt dieser Begriff offenbar kaum mehr als die Überhöhung der Feststellung, ein gewisses Prinzip oder eine gewisse Macht hätten sich zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgreich durchgesetzt. In dieser Richtung deutet auch die bündige Antwort Noltés in einem »Spiegel«-Interview vom Herbst 1994 auf die Frage nach dem Inhalt des Begriffs »historisches Recht«: »Das heißt einfach: Aus der Situation der Gegenwart heraus war das zukunftsfruchtig.«⁵³

»Historisches Recht« meint also keineswegs nur die Anerkennung der Tatsache, daß sich aus einem – von den Zeitgenossen und dem Historiker – als Herausforderung begriffenen Vorgang eine verstehbare und nachvollziehbare Reaktion entwickelte. Vielmehr ist damit eine Rechtfertigung unter dem Aspekt der zukünftigen Entwicklung verbunden.

Dabei geht Nolte davon aus, daß »historisches Recht« und »moralisches Recht« in der Geschichte auseinanderklaffen können. Das erläutert er mit einem Beispiel: Nolte bekennt sich als Gegner der Tötung vorgeburtlichen Lebens, aber – so fährt er fort – es sei ihm »sehr wahrscheinlich, daß man in zehn oder zwanzig Jahren mit großer Bestimmtheit sagen kann, die Befürworter der Abtreibung hätten sich im historischen Recht befunden, weil die permissive Gesellschaft allenfalls über eine Sperre verfügt, mittels deren sie dem »Streben nach Glück« (*pursuit of happiness*) der Individuen Schranken setzen kann, nämlich den Respekt vor dem sichtbaren Leben. Schon dieses Beispiel sollte klarmachen, daß das moralische und das historische Urteil sehr weit auseinanderfallen können. Der Historiker ist *auch* ein moralisch empfindender und urteilender Mensch, doch er weiß, daß die Geschichte voll von unmoralischen Akten ist und daß er sich seiner spezifischen Aufgabe nicht entzie-

hen darf, auch die schlimmsten unmoralischen Akte so weit wie irgend möglich verstehbar und unter Umständen sogar verständlich zu machen.«⁵⁴

Schon an dieser Stelle stellt sich die Frage, warum Nolte angesichts der Nichtübereinstimmung von »historischem Recht« und »moralischem Recht« nicht auf den ersten Begriff zugunsten eines weniger positiv aufgeladenen – z. B. Durchsetzungskraft oder Hegemoniefähigkeit – verzichten mag. Der Hang zu überhöhter Begrifflichkeit ist wohl Noltés Neigung zu geschichtsphilosophischer Betrachtung zuzuschreiben, könnte indessen auch als Ausdruck des Bemühens um Recht-Fertigung des Nationalsozialismus verstanden werden.

Nachdem Nolte in der Einleitung seinen methodischen und begrifflichen Zugriff erläutert hat, wendet er sich dem Spektrum der »heutigen Kontroversen« um den Nationalsozialismus zu. Dargestellt werden – um nur die wichtigsten zu nennen – die Debatten um die soziale Basis des Nationalsozialismus und um die Rolle der Eliten in Industrie, Justiz und Wehrmacht, um den sozialrevolutionären und/oder modernisierenden Charakter des Nationalsozialismus, um die poly- oder monokratische Struktur der nationalsozialistischen Herrschaft und um die Rolle Hitlers, um den Widerstand, um den nationalsozialistischen Krieg und um die »Endlösung der Judenfrage«, wobei dem letztgenannten Thema noch ein eigenes Kapitel gewidmet wird: »Die »Endlösung der Judenfrage« in der Sicht des radikalen Revisionismus«.

Bei der Darstellung der Kontroversen verfährt Nolte nach seinem eingangs skizzierten methodischen Zugriff; d. h. die Thesen der jeweiligen Autoren werden einander gegenübergestellt, ohne daß Nolte eigene Begriffsangebote oder eigene Maßstäbe formuliert. Insofern informiert Nolte über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion, ohne – bis auf Ausnahmen – explizit selbst Stellung zu den Kontroversen zu beziehen. Im Hinblick auf die präsentierte wissenschaftliche Literatur versteht sich Nolte offenbar eher als Moderator: Er hört beide Seiten an und gleicht zwischen den jeweiligen Extrempositionen aus. Fällt eine Extremposition, wie die marxistisch-leninistische, praktisch weg und kommt eine neue Extremposition, wie die des »radikalen Revisionismus«, hinzu, so verschiebt sich für Nolte zwangsläufig das Argumentations- und damit das Kompromißfeld. Nolte reduziert seine Funktion im Rahmen dieser Darstellungsweise also mangels eigener Position auf die einer Art Zünglein an der Waage, das die Entwicklung einer Kontroverse, auch die Verlagerungen des Gewichts bestimmter Argumente anzeigt, indessen nicht explizit nach eigenen – offengelegten und begründeten – Maßstäben beurteilt.

Diese Argumentationsstruktur bricht nur bei zwei Themenkomplexen auf, bei denen sich Nolte selbst engagiert einbringt: bei der Frage der Judenvernichtung und bei der Frage des Nationalsozialismus als Antwort auf den Bolschewismus. Beide sind im übrigen, nach Nolte, aufs engste miteinander verbunden, und beide Problemkreise werden – so prophezeit er mit dem zweiten Teil seines Buches – die »künftigen Kontroversen« über den Nationalsozialismus prägen.

Auf den Spuren der in seinem Buch über den »Europäischen Bürgerkrieg« entworfenen Grundthesen betrachtet Nolte den Nationalsozialismus vor allem als Antwort auf den Bolschewismus, dessen »Machtergreifung« im Jahre 1917 »der bis dahin gewaltigste Vorstoß der »Ewigen Linken« war, d. h. einer Empfangungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für »ungerecht« hält.«⁵⁵ Nachdem Nolte die Entwicklung der »Ewigen Linken« – dieser Begriff erinnert fatal an den des »Ewigen Juden« – vom »alten Israel« bis zum 19. Jahrhundert nachgezeichnet hat⁵⁶, kommt er zur bolschewistischen »Machtergreifung« 1917, die »sich sehr bald als der erste

50 Siehe dazu Hans-Ulrich Wehler, Die Kontinuität der Unbelehrbarkeit. Ernst Noltés Nationalsozialismus – nur Reaktion auf den Bolschewismus?, in: Lohmann (Hrsg.), Extremismus, S. 135–143, hier S. 138 ff.

51 Nolte, Streitpunkte, S. 19.

52 Ebd., S. 36.

53 Spiegel-Gespräch: »Ein historisches Recht Hitlers?«, in: Der Spiegel Nr. 40, 1994, S. 83–103, hier S. 97.

54 Nolte, Streitpunkte, S. 36 f.; Hervorhebungen im Original.

55 Ebd., S. 324.

56 Siehe ebd., S. 327 ff.

dauerhafte Sieg der Ewigen Linken in einem großen Staat und insofern als ein schlechthin einzigartiges Ereignis« erwiesen habe.⁵⁷

Die Erfahrung des Bolschewismus, so betont Nolte, sei konstitutiv für den Nationalsozialismus, zumindest für Hitler gewesen: »Von Adolf Hitlers Verhältnis zum Bolschewismus läßt sich jedenfalls sagen: Es kennzeichnet sein ganzes Leben von den politischen Anfängen bis zum Tode. Dabei nimmt Hitler – trotz der einen oder anderen leichtfertigen Bemerkung – seinen Feind ganz ernst, und er richtet sein eigenes Verhalten an diesem Feinde aus.« Die Ansichten über den Bolschewismus seien zwar nicht identisch mit Hitlers »Weltanschauung«, »aber sie sind die Basis, auf der diese Weltanschauung ruht [. . .].«⁵⁸ Für Nolte gilt es als ausgemacht, »daß der nationalsozialistische Antibolschewismus eine verstehbare und in bestimmten Grenzen sogar berechnete, aber eben überschießende und in diesem ihrem Überschießen inadäquate Reaktion war. [. . .] Auch der »praktische und gewalttätige Widerstand gegen die Transzendenz«, als welcher der Nationalsozialismus [von Nolte selbst] definiert worden ist, ist keineswegs unverständlich und insofern nicht irrational.«⁵⁹

Die Feindschaft gegen die Juden rühre, so behauptet Nolte, erst von der Identifizierung von Juden und Bolschewismus her. Darin, daß die Juden Gegner Hitlers waren⁶⁰, daß Juden überproportional an der bolschewistischen Revolution beteiligt waren⁶¹, sieht Nolte den rationalen Kern des Antisemitismus als Antibolschewismus. »Die These vom »jüdischen Bolschewismus« – so räumt Nolte wenig später ein – »war falsch, aber« – so fährt er fort – »ihr Aufkommen war nur allzu naheliegend.«⁶²

Ob diese Perzeption zutreffend war, ist nicht Noltens Frage; ihn interessiert, ob Hitler und andere führende Nationalsozialisten wirklich ehrlich so empfunden haben; und er kommt zu dem Ergebnis: »die Überzeugung, daß die Juden die Urheber des Bolschewismus seien, war nicht nur bei Hitler und Himmler, bei Goebbels und Heydrich ganz aufrichtig, sondern auch in großen Teilen der Wehrmacht, der führenden Schicht und des Volkes. Der Vernichtungswille resultierte aus Vernichtungsfurcht, ganz wie der Vernichtungswille der Bolschewiki zu einem guten Teil aus der Vernichtungsfurcht entstanden war.« Die Quintessenz bleibt: »Den Antisemitismus der Nationalsozialisten von ihrem Antibolschewismus ablösen zu wollen ist töricht. Kausale Verknüpfung ist in der Geschichte niemals »rein objektiv«, sondern sie spielt sich durch die Vermittlung von subjektivem Bewußtsein ab. In diesem Sinne läßt sich ein »kausaler Nexus« zwischen Gulag und »Auschwitz« schlechterdings nicht bestreiten.«⁶³

Hitler habe in den Juden überdies – und an dieser Behauptung sei »viele richtig« – die Personifizierung der ihm verhaßten modernen Welt gesehen, die Personifizierung von Lüge und Intellektualität.⁶⁴ Demgegenüber sei es Hitler darum gegangen, den Prozeß der »Intellektualisierung der Welt« und damit das Hervortreten eben der »Unnatürlichkeiten« aufzuhalten, die die Entfaltung des »wahren Lebens kriegerischer Tapferkeit und weib-

licher Fruchtbarkeit zerstören.«⁶⁵ Die »Endlösung der Judenfrage« war also – so interpretiert Nolte die Geisteswelt des Nationalsozialismus – der Versuch, »den als Dekadenz verstandenen Geschichtsprozeß durch die Vernichtung der biologischen Basis einer kleinen Gruppe von Menschen als der angeblichen Urheber anzuhalten und umzukehren.«⁶⁶

Spätestens an dieser Stelle muß der Sprachstil, muß der Argumentationsgestus von Nolte genauer betrachtet werden. Auffallend ist, daß sich gerade an zentralen Stellen der Argumentation komplizierte begriffliche und syntaktische Verschachtelungen zeigen, die nur scheinbar zur Präzision der Aussage beitragen, oftmals jedoch eher relativierend und verdunkelnd wirken. Um diesen Sprachgestus zu verdeutlichen, sind die relativierenden Worte hervorgehoben:

- So wird dem Nationalsozialismus insoweit ein »gewisses historisches Recht« zugebilligt, als er sich dem Bolschewismus mit »großer, wenn auch vermutlich weit überschießender Energie« widersetzt habe.⁶⁷
- Die »Frage, wer die Schuld am zweiten Weltkrieg trägt, [sei] einerseits sehr leicht und andererseits doch wieder sehr schwer zu entscheiden.« Denn es sei »nicht auszuschließen, daß Hitler, der allein zu agieren glaubte, zugleich und in einem tieferen Sinne eine bloße Karte im Spiel stärkerer Mächte war [. . .].«⁶⁸
- Auch sei »nicht von vornherein ausgeschlossen, daß dieser Krieg unter einem dritten Gesichtspunkt gleichwohl »auch« – wie man hervorheben sollte – ein Präventivkrieg war, und zwar in einem engeren Sinne, als er schon mit dem Begriff »Entscheidungskampf« gegeben ist.«⁶⁹

Vollends deutlich wird dieser Argumentationsstil in den Passagen, in denen sich Nolte »seinem« Thema widmet. Die befremdliche Mischung aus knappen Bekundungen kritischer Distanz und wortreichen Überlegungen verständnisvollen Nachvollzugs nationalsozialistischer Grundüberzeugungen läßt sich nur in einem längeren Zitat illustrieren: »Die Endlösung der Judenfrage ist also im Kontext des nationalsozialistischen und zumal des Hitlerschen Denkens keineswegs nur eine besonders radikale Form der »negativen Bevölkerungspolitik« [. . .], sondern sie ist ein direkter Angriff gegen jenen Fundamentalvorgang, den die Geschichtsdarstellung des 19. Jahrhunderts den »Fortschritt« genannt haben und der für Hitler und Himmler der »Zivilisationstod« war. Zu behaupten, wie es die radikalen Revisionisten tun, die »Endlösung« habe als intendiertes und systematisches Geschehen überhaupt nicht stattgefunden und sei eine bloße Erfindung der alliierten Kriegspropaganda, heißt nicht nur, handgreifliche, wenngleich längst noch nicht bis ins letzte geklärte Tatbestände abzuleugnen, sondern es heißt auch, aus Hitler einen bloßen Biedermann zu machen, der von ganz normalen Ideen geleitet wurde, während seine Feinde ihm zu Unrecht Wahnideen zuschrieben. Aber Hitlers Ideen und Handlungen sollten ernst genommen und weder zu Normal- noch zu Wahnideen verharmlost werden. Erst dann wird einsichtig, inwiefern er, jenseits der selbstverständlichen moralischen Verurteilung von Terrorismus und Massenmord, in einem doppelten Sinne historisch unrecht hatte, obwohl er in einigen wesentlichen Punkten richtig sah: Der Prozeß der Intellektualisierung sowie der damit verbundene Emanzipationswille können nicht zugunsten einer fixierten Hierarchie von Schichten, Nationen und Rassen aus der Welt gebracht werden; dieser Prozeß, letzten

57 Ebd., S. 334.

58 Ebd., S. 351.

59 Ebd., S. 373.

60 Siehe ebd., S. 373.

61 Siehe ebd., S. 375.

62 Ebd., S. 419. Vgl. dazu auch *Ernst Nolte* Abschließende Reflexionen über den sogenannten Historikerstreit, in: *U. Backes u. a.* (Hrsg.), *Die Schatten*, S. 83–109; hier erläutert Nolte am Beispiel von Georg Lukács, Ernst Bloch und Max Horkheimer die Ablehnung der bürgerlich-kapitalistischen Welt und der Nation als Voraussetzung des nationalsozialistischen Vorgehens gegen die Juden.

63 *Nolte*, *Streitpunkte*, S. 394.

64 Ebd., S. 400.

65 Ebd., S. 401.

66 Ebd., S. 423.

67 Ebd., S. 19.

68 Ebd., S. 74.

69 Ebd., S. 80.

Endes der Geschichtsprozeß selbst, ist viel zu fundamental, als daß er auf konkrete Urheber zurückgeführt werden dürfte, obwohl bestimmte Gruppen oder Völker in seinem Rahmen eine hervorstechende Rolle spielen mögen. Nur angesichts dieses doppelten, metabiologischen Unrechts erweist sich die »Endlösung« als singulär, nicht aber nach Opferzahlen und bloß äußerlich nach Verfahrensweisen. Nur so wird das angebliche »Detail« zu einem Ereignis, das der Fülle der Vorgänge auf den Schlachtfeldern und in den Generalstäben als einzelnes gleichgewichtig ist.«⁷⁰

Sehen wir einmal von den merkwürdigen Vorbehalten ab, Hitler zum »bloßen Biedermann« zu machen, so zeigt sich ein Argumentationsstil, in dem die distanzierenden Bemerkungen durch einschränkende Hinweise im Nachsatz zumindest teilweise dementiert werden:

- »Zu behaupten, [. . .] die Vernichtung der Juden habe überhaupt nicht stattgefunden«, heiße, »handgreifliche, wengleich längst noch nicht bis ins letzte geklärte Tatbestände abzuleugnen [. . .].«⁷¹
- Hitler hatte »historisch unrecht [. . .], obwohl er in *einigen wesentlichen* Punkten richtig sah.«⁷²
- »Der Prozeß der Intellektualisierung sowie der damit verbundene Emanzipationswille [. . .] ist viel zu fundamental, als daß er auf konkrete Urheber zurückgeführt werden dürfte, obwohl bestimmte Gruppen oder Völker in seinem Rahmen eine hervorstechende Rolle spielen mögen.«⁷³

Und zur Auseinandersetzung mit den Thesen des »radikalen Revisionismus«, speziell um das Leuchter-Gutachten⁷⁴, bemerkt Nolte: »Aber das letzte Wort ist bei den Auseinandersetzungen zwischen den technischen Experten noch längst nicht gesprochen, [. . .].« Und nachdem er Arno J. Mayers Feststellung zitiert hat, nach der die Zeugnisse über die Existenz der Gaskammern »rar und unzuverlässig« seien, versteigt er sich zu folgendem Rasonnement: »So wird eine merkwürdige Parallele zur Kontroverse um den Reichstagsbrand sichtbar; wenn den technischen Experten der Nachweis gelänge, daß die »Tatwaffe«, van der Lubbes Kohleanzünder, nicht imstande war, das Feuer während der zur Verfügung stehenden Zeit zu entfachen, würden alle Zeugenaussagen, welche auf die Alleintäterschaft van der Lubbes hindeuten, von vornherein wertlos sein. Dasselbe muß für die »Tatwaffe« der Räume und des Zyklon B bzw. der Abgase von Dieselmotoren gelten. In jedem Falle muß aber den radikalen Revisionisten das Verdienst zugeschrieben werden – wie Raul Hilberg es getan hat, – durch ihre provozierenden Thesen die etablierte Geschichtsschreibung zur Überprüfung und besseren Begründung ihrer Ergebnisse und Annahmen zu zwingen.«⁷⁵ Durch die Behauptung der Notwendigkeit, längst Bewiesenes erneut überprüfen und belegen zu müssen, wird die Tatsache des fabrikmäßigen Massenmords – trotz Noltés

70 Ebd., S. 87 f.

71 Ebd., S. 87.

72 Ebd., S. 87.

73 Ebd., S. 87 f.

74 Siehe dazu die detaillierte Auseinandersetzung: *Werner Wegner, Keine Massenvergasung in Auschwitz? Zur Kritik des Leuchter-Gutachtens*, in: *Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten*, S. 450–476.

75 *Nolte, Streitpunkte*, S. 316. Zur Reichstagsbrand-Kontroverse als Beispiel für die Folgen »volkspädagogischer« Ambitionen siehe bes. *Uwe Backes, Objektivitätsstreben und Volkspädagogik in der NS-Forschung. Das Beispiel der Reichstagsbrand-Kontroverse*, in: *Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten*, S. 614–635.

gegenteiliger Bekundungen – letztlich mit einem Fragezeichen versehen. So kann im Hinblick auf diese abstruse Argumentation nur festgehalten werden, daß sich die »radikalen Revisionisten« über die ausdrückliche Anerkennung durch Nolte und die damit verbundene Aufwertung ihrer Positionen gewiß gefreut haben.⁷⁶

Und eine weitere charakteristische Argumentationsfigur ist hervorzuheben; geschützt durch Konditional-Konstruktionen, in die nicht belegte Voraussetzungen der dann folgenden Stellungnahme verlagert werden, kann Nolte seine (?) Meinung zur Diskussion stellen, ohne dazu stehen zu müssen. Auch dafür einige Beispiele:

- »[. . .] wer glaubt, daß um eine neue politische Weltordnung gekämpft werden mußte, weil sich das System von Versailles mit seinen Stützpfählen Frankreich und Polen als viel zu schwach erwiesen hatte, der wird um die Feststellung, so unsympathisch sie ihm sein mag, nicht herkommen, daß Deutschland an diesem Kampf nur wesentlichen Anteil haben konnte, wenn es »totalitär, d. h. kommunistisch oder faschistisch, organisiert war.«⁷⁷
- »Wenn »Vermehrung der soldatischsten Naturen im Volk« ein legitimes oberstes Ziel ist, dann muß man zugeben, daß die SS mit ihrer »positiven Bevölkerungspolitik« den einzigen ernsthaften Versuch darstellte, eine Entwicklung zu verhindern, die heute übermächtig erscheint.«⁷⁸
- »Wenn das Selbstverständnis [der Juden], das »Licht der Völker«, das »Volk Gottes« oder auch eine »kräftigere Rasse« zu sein, richtig oder auch bloß aufrichtig ist, dann ist verbreitete Feindschaft eine unumgängliche Konsequenz, und zwar gerade die Feindschaft der Dumpfen, der einfachen Menschen, der Nicht-Intellektuellen. Wenn dieses Selbstverständnis jedoch *nur* aufrichtig, aber in der Realität mit banalen Eigenschaften wie Egoismus und Machtwillen verknüpft ist, dann ist auch die Feindschaft nicht ohne Recht, und die unterschiedslose Stigmatisierung des »Antisemitismus« muß als bloßes, wengleich erstaunlich erfolgreiches Kampfmittel gelten.«⁷⁹
- »Wenn dem [Ersten Welt-]Krieg selbst eine immanente Vernunft zuzuschreiben war, dann mußte seine Folge die Einigung Kontinentaleuropas unter der Führung seines stärksten Staates, eben Deutschlands, sein.«⁸⁰
- »Aber wenn historische Größe im Abweichen vom Weg der Vernunft, der immer der Weg des Maßes und damit des Mittelmaßes und damit oft genug der Mittelmäßigkeit ist, oder im ideologischen Überschießen über einen rationalen Kern besteht, dann konnte es in Deutschland die der bolschewistischen entgegengesetzte »Größe« nur als radikalfaschistische oder nationalsozialistische geben.«⁸¹

Gelingt es Nolte mit den bisher angeführten sprachlichen Mitteln, seine eigene Meinung sozusagen in der Schwebe zu halten, also zu rasonnieren, ohne sich eindeutig festzulegen, so streift er an einigen Stellen diesen Gestus wohlabgewogenen Argumentierens ab und kommt zu verkürzten Formulierungen, deren Vorurteilscharakter zum Teil frapperend ist. Zu erinnern ist an den Begriff der »asiatischen Tat«, dem die Formeln der »asiati-

76 Siehe dazu *Armin Pfahl-Traughber, Revisionismus. Die Geschichtsfälscher in den Augen der Fachwelt*, in: *AVS-Informationsdienst* Nr. 2, Februar 1995, S. 8 f.

77 *Nolte, Streitpunkte*, S. 83; Hervorhebungen im Original.

78 Ebd., S. 368 f.

79 Ebd., S. 396; Hervorhebungen im Original (nur).

80 Ebd., S. 409.

81 Ebd., S. 416.

schen« Wildheit»⁸² und des »verschlagenen Asiaten«⁸³ an die Seite zu stellen sind. Daß Nolte, wenn auch beides in Anführungszeichen, von »Wirtsvölkern« der Juden⁸⁴ und von den heutigen »Wirtschaftsflüchtlingen« als »Parasitenschicht«⁸⁵ spricht, kann nur als sprachliche Entgleisung bezeichnet werden. Angesichts der assoziativen Nähe zum Begriff des »Ewigen Juden« gilt das wohl auch für den Begriff der »Ewigen Linken«.

Diese Entgleisungen sind vor allem darauf zurückzuführen, daß Nolte sein Buch durchaus als Beitrag zu aktual-politischen Auseinandersetzungen begreift. Er selbst macht deutlich, daß es ihm nicht um Verzicht auf »Volkspädagogik«, sondern um den Inhalt derselben geht, habe er seine »Streitpunkte« doch untersucht, um auf die Frage zu antworten, »wie die Rolle des Nationalsozialismus im Rahmen der Weltgeschichte bestimmt werden kann und ob daraus jenseits der bekannten »national-pädagogischen« Trivialitäten etwas »zu lernen« ist.«⁸⁶

Wie sieht es mit den Lehren aus? Zunächst will Nolte Denkanstöße an die Geschichtsschreibung geben: »[. . .] wer die Untaten des Nationalsozialismus nicht als Gegenbilder zu den früheren Untaten des Bolschewismus verstehen will, wer in der Größe und in der Tragik des Nationalsozialismus nicht späte und angestrenzte Gegenzüge zu der ursprünglicheren und genuineren Größe und Tragik des Bolschewismus erkennen will, der macht sich von der Geschichte des 20. Jahrhunderts ein grob verzerrtes Bild.«⁸⁷ Daß gerade jemand, der antrat, Mythen zu zerstören, von »Größe« und »Tragik« spricht, ist erstaunlich.

Zum zweiten wird dann – ebenfalls mit Blick auf die Geschichtswissenschaft – offenbar mahnend festgestellt: »Von den »Hitlerschen« oder den »nationalsozialistischen« oder den »deutschen« Verbrechen und der ganzen Geschichte des nationalsozialistischen Regimes kann man sagen, daß noch niemand versucht hat, sie »mit Herzblut« zu schreiben, sondern daß auch die Inländer [. . .] so gut wie ausschließlich moralische Empörung und historische Verdammungsurteile an den Tag gelegt haben, sofern sie nicht zu den bloßen Apologeten zählen. Erst sehr langsam und eher im Bereich allgemeiner Postulate wie der Zurückweisung von »Schwarz-Weiß-Malerei« macht sich seit einiger Zeit [. . .] eine Änderung bemerkbar.«⁸⁸ Daß die Ablehnung von Schwarz-Weiß-Malerei sowie das Bekenntnis zum Gebot der wissenschaftlichen Objektivität mit dem Schreiben »mit Herzblut« identifiziert werden, ist ebenfalls befremdlich.

Wie sieht es nun mit den durchaus aktual-politisch akzentuierten Lehren aus? Nolte konstatiert, daß in der Bundesrepublik die Reaktion auf den Nationalsozialismus in das »universalistisch-humanistische Gegenteil und mehr und mehr zur Verdrängung des Nationalbewußtseins« geführt habe. Konkreten Ausdruck habe diese Position in der Asylrechtsgarantie (Art. 16 GG) gefunden, die indessen, »als Einladung an alle Armen der Welt verstanden werden konnte, in Deutschland mindestens temporär Aufenthalt und Hilfe zu erhalten.«⁸⁹ Der Zustrom von Asylbewerbern habe eine Beunruhigung hervorgerufen, die zu Brandanschlägen führte. Die Demonstrationen gegen »Ausländerfeindlichkeit« und »Fremdenhaß« hatten jedoch, so befürchtet Nolte, »nicht ganz wenige« Teilnehmer, die »unter dem Deckmantel der Gegnerschaft zu dem angeblich wiederaufkommenden Natio-

nalismus in Wahrheit das allmählich hervortretende, aber durch die Erfahrungen des Jahrhunderts tief veränderte Nationalbewußtsein und ein objektiveres Verhältnis zu der eigenen Geschichte im Keim [. . .] ersticken« wollten.⁹⁰ Deutschland soll – so vermutet Nolte – »nicht bloß zu einem Einwandererland, sondern zu einer »multikulturellen Gesellschaft« gemacht werden, um »dadurch endlich jene Schichten und Gruppen in Deutschland auszuschalten, denen man die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs und am Sieg des Nationalsozialismus zuschreibt.«⁹¹

So sei denn die »Konzeption der Verwandlung der deutschen Nation in eine gemischtnationale Bevölkerung [. . .] ja nicht zuletzt deshalb abzulehnen, weil ein kaum verhülltes Motiv darin besteht, sich einer Fortentwicklung der Interpretation des Nationalsozialismus, d. h. der Überwindung der isolierenden Betrachtungsweise, in den Weg zu stellen und eine seit langem etablierte Auffassung für immer zu fixieren.«⁹²

Nolte führt mit dieser Argumentation exemplarisch vor, wie aus der »Historisierung« des Nationalsozialismus eine Revision des Geschichtsbildes folgt, aus der wiederum aktual-politische Konsequenzen gezogen werden. Dabei wird die Schilderung realer Prozesse und Probleme mit einer politischen Interpretation verwoben, in der das Verhältnis von Geschichtsbild und politischer Aktion geradezu auf den Kopf gestellt wird, wenn den Demonstranten gegen Ausländerfeindlichkeit und den Befürwortern einer multikulturellen Gesellschaft die Intention zugeschrieben wird, sie wollten ein bestimmtes Geschichtsbild zementieren. Hier zeigt sich eine Überschätzung der Bedeutung des Geschichtsbewußtseins für die reale Politik⁹³, die sich auch in der weiter unten anzusprechenden Kritik an der angeblichen Medien-Dominanz »der 68er« spiegelt.

II. STREITPUNKTE

Nicht zu allen Themenkomplexen, über die Nolte in seinem jüngsten Buch gegenwärtige und zukünftige Kontroversen ausgemacht hat, liegen neuere Arbeiten vor, die sich dem Umfeld Noltes zuordnen (lassen). Und nicht alle der nachfolgend näher betrachteten Studien beziehen sich explizit auf die Forschungen oder Thesen Noltes. Während Untersuchungen zur Frage nach dem »kausalen Nexus« von bolschewistischem »Klassenmord« und nationalsozialistischem »Rassenmord« (1) sowie zur Annahme, der Nationalsozialismus sei primär eine Reaktion auf den Kommunismus gewesen (2), direkt von Noltes Arbeit angestoßen wurden, ist die Frage nach dem Modernisierungs-Potential des Nationalsozialismus (3) von Nolte aufgegriffen worden, ohne daß er selbst einen entscheidenden Forschungsbeitrag dazu geleistet hat; allenfalls zu vermerken ist, daß manche der auf diesem Gebiet tätigen Historiker und Politikwissenschaftler vom methodischen Zugriff Noltes, von der phänomenologischen Methode, angeregt wurden, was natürlich auch die Argumentationsweise und die Ergebnisse der Forschung beeinflußt.

82 Ebd., S. 345.

83 Ebd., S. 271. Nolte berichtet (ohne Kommentierung), für Viktor Suworow (Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart 1989) sei Stalin »nicht in erster Linie ein verschlagener Asiate« gewesen.

84 Ebd., S. 419.

85 Ebd., S. 430.

86 Ebd., S. 88.

87 Ebd., S. 417.

88 Ebd., S. 423 f.

89 Ebd., S. 426.

90 Ebd., S. 427.

91 Ebd., S. 428.

92 Ebd., S. 431.

93 Siehe dazu Hans-Ulrich Wehler, Angst vor der Macht? Die Machtlust der Neuen Rechten, Bonn 1995, S. 9.

1. Nationalsozialistischer »Rassenmord« als Antwort auf den bolschewistischen »Klassenmord«

Wie gesagt, Noltes Werk kreist um die These, der Nationalsozialismus sei nur als Antwort auf den »jüdischen Bolschewismus«, der »Rassenmord« sei nur als Antwort auf den »Klassenmord« zu erklären und zu verstehen. Gerade diese für Nolte so zentrale These hat in der wissenschaftlichen Literatur nur begrenzte Zustimmung, vielfach aber Kritik gefunden.

*

Weitestgehend auf der Linie Noltes liegt die Argumentation Klaus Hornungs. In seiner Bilanz des totalitären Zeitalters schlägt er den Bogen von der »Diktatur der Jakobiner« (»Das Wetterleuchten«) über Karl Marx und den »kommunistischen Messianismus« (»Die Saat«) zu Lenin (»Die Grundlegung«) und Stalins »totalitärer Despotie« (»Die Perfektion«), dergegenüber »Hitler und der Nationalsozialismus« als »Gegen- und Nachbild« eingestuft werden. Auch mit der Interpretation des Krieges als »Konfrontation der beiden Parteistaaten«, mit dem Bild der beiden Offensiven, die aufeinander gestoßen seien und dem Hinweis auf die Mitverantwortung Stalins am Zweiten Weltkrieg wie insgesamt mit dem Interpretament des Europäischen Bürgerkriegs zeigt sich Hornung stark von den Arbeiten Noltes beeinflusst.⁹⁴

Während Hornung eine Gesamtschau auf den Spuren Noltes bietet, verspricht die Arbeit Enrico Syrings zu Hitlers »politischer Utopie«⁹⁵ eben als Dissertation neue Ergebnisse. Das ist denn auch der Grund dafür, dieses Buch – unabhängig von seiner wissenschaftlichen Bedeutung – hier eingehender zu betrachten.

Laut Rückseite des Buchumschlags versucht mit Syring »ein Historiker der jüngeren Generation [. . .] unter Rückgriff auf alle relevanten Quellen erstmals, Hitlers Weltanschauung in allen ihren Facetten zu rekonstruieren«. Und im Klappentext wird ebenso vollmundig versprochen: Die Studie »[zwingt] zu einer Korrektur lang gepflegter Vorurteile und Legenden [. . .], insbesondere auch zu einer Neubewertung der Bedeutung Hitlers im nationalsozialistischen Herrschaftssystem« – was immerhin verblüffend ist, behandelt die Studie doch nur die Zeit von 1924 bis 1933. Und schließlich wird das Buch als ein »wichtiger Beitrag zur Hitler-Forschung und zu der vielfach geforderten »Historisierung« des Nationalsozialismus« vorgestellt. So beruft sich der Verlag auf Forderungen, zu deren Verbreitung er selbst maßgeblich beigetragen hat.

Wird man diese Ankündigungen den Werbe- und Vermarktungsstrategien des Verlages zuordnen können, so paßt sich Syring mit seinen einleitenden Bemerkungen diesen jedoch weitgehend ein. Da wird betont, »wohlwollende ältere Kollegen« hätten ihm »des öfteren« abgeraten, dieses »heikle« Thema zu bearbeiten.⁹⁶ Und Syring selbst betont: Eine solche Arbeit laufe »Gefahr, von allen Seiten Kritik auf sich zu ziehen, wenn sie an gängigen Vorstellungen rüttelt. Dennoch« – so Syrings mannhaftes Bekenntnis, nachdem er sich und seine Arbeit solchermaßen gegen Kritik immunisiert hat – »soll dieser Schritt gewagt werden.«⁹⁷

Daß Mut notwendig sei, sich diesem Thema zu nähern, dürfte weniger am Thema selbst als am geradezu naiv anmutenden Zugriff liegen, will Syring doch eine Arbeit vorlegen,

»die schlicht fragt, welche Anschauung von der Welt und welche politischen Ziele Hitler vor seinem Machtantritt am 30. Januar 1933 formulierte.«⁹⁸

Wie sieht nun das methodische Rüstzeug aus? Dazu Syring: »Diese Arbeit versteht sich als Beitrag zur »Historisierung« – das heißt zu einer nüchtern-sachlichen und differenzierten Betrachtung – des Nationalsozialismus. Es geht nicht darum, eine bereits vorgefaßte Meinung anhand einzelner, aus dem Zusammenhang gerissener Zitate« – wer hätte je ein solches Verfahren befürwortet? – »zu belegen. Vielmehr soll unter Rückgriff auf möglichst alle relevanten Quellen zu demonstrieren versucht werden, wie sich einer der wirkungsmächtigsten utopischen Entwürfe unseres Jahrhunderts aus sich selbst heraus darstellt.«⁹⁹ Da Syring »der Überzeugung ist, daß die Ideen und Vorstellungen Hitlers bereits entlarvend genug sind, unterblieb in der Regel eine wertende, d. h. moralisierend verurteilende Kommentierung des Dargestellten.«¹⁰⁰

Mit diesen Bemerkungen knüpft Syring direkt an Noltes phänomenologische Methode an; zugleich gliedert er sich ein in die Bemühungen um die »Historisierung« des Nationalsozialismus, und zwar mit dem Aufbau eines Papp-Kameraden, der sich – mit dem Gestus sachlicher Wissenschaftlichkeit – trefflich umstoßen läßt: »Trotz des gewaltigen Wissens, das die historische NS-Forschung in den letzten Jahrzehnten angesammelt hat, wird die öffentliche Darstellung der Jahre 1933 bis 1945 noch immer von Schlagworten und plakativer Schwarzweiß-Malerei beherrscht. Der immer neue Hinweis darauf, wie schlimm und verbrecherisch jene Epoche war, ist zweifellos berechtigt. Allerdings genügt er nicht, wenn es zu erklären gilt, wie geschehen konnte, was geschah. Dazu bedarf es vielmehr einer bewußten Entemotionalisierung dieses Themas, die auf karge Sachlichkeit zielt.«¹⁰¹

Ganz abgesehen davon, daß Syring sich »seine« Forschungslücke dadurch öffnet, daß er die bisherige Forschung entweder nicht wahrnimmt oder mit pauschaler Ablehnung beiseite schiebt, scheint er mit seinen selbstbewußten Ankündigungen einer breiten Perspektive das Wort zu reden, mit der das Bedingungsgeflecht analysiert werden soll, das den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichte; doch statt dessen folgt eine Reduktion der Fragestellung: »Der Gegenstand der Betrachtung soll möglichst für sich selber sprechen, um zu verhindern, daß etwas in ihn hineininterpretiert wird, was nicht in ihm angelegt ist.«¹⁰² Ausdrücklich bekennt sich Syring zur »methodischen Leitlinie« von Ernst Nolte, der »Phänomenologie«: »Das »intellektuelle Kapital«, das Hitler Ende Januar 1933 in sein Kanzleramt einbrachte, sollte so rekonstruiert und erklärt werden, wie es sich »von sich aus« darstellte. Einem nur konstatierenden Beschreiben war damit ebenso zu entsagen, wie einer von außen an die »Materie« herangetragenen Kritik.«¹⁰³

Beschränkt sich Syring auch auf die Präsentation von Hitlers Weltanschauung, ohne deren Inhalt mit der historischen Entwicklung und der nationalsozialistischen Politik zu konfrontieren, so bietet er innerhalb dieser begrenzten Fragestellung eine breite und oftmals differenzierte Darstellung: Nachdem er Hitlers Weltbild skizziert hat, rekonstruiert Syring Hitlers politische Anschauung in drei großen Kapiteln, zunächst das Geschichtsbild, dann das Gegenwartsbild und schließlich den Zukunftsentwurf.

Von der Vielfalt der Problemkreise, die Syring behandelt, soll hier nur die Frage nach dem »kausalen Nexus« von Bolschewismus und Nationalsozialismus genauer betrachtet werden. Schon in der Einleitung geht Syring auf diesen Punkt ein. Kaum daß er die Pose des

98 Ebd., S. 12.

99 Ebd., S. 14.

100 Ebd., S. 300.

101 Ebd., S. 15.

102 Ebd., S. 16.

103 Ebd., S. 297.

94 Hornung, Das totalitäre Zeitalter, S. 249 u. S. 259.

95 Enrico Syring, Hitler. Seine politische Utopie.

96 Ebd., S. 11.

97 Ebd., S. 12.

Tabu-Brechers eingenommen hat, formuliert er eine eher »konventionelle« Erkenntnis: »Um es vorwegzunehmen: Hitlers Wahrnehmung war grundsätzlich von rassenideologischer Verzerrung geprägt. Ein nicht unerheblicher Wirklichkeitsverlust war mithin unausweichlich.« Das ist zum einen gewiß kein Bruch eines Tabus, wenn es denn in der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft überhaupt welche gibt, und zum anderen zugleich eine Abgrenzung von Noltes Anti-Bolschewismus-These. Aber ähnlich wie bei Nolte wird das eben gefällte Urteil sogleich relativiert: »Doch kann man gleichwohl nicht behaupten, daß seine [Hitlers] Beobachtungen und Einschätzungen völlig aus der Luft gegriffen waren.« Und Syring fährt nun positiv gewendet fort: »Es ist vielmehr geradezu frappierend, in welchem Maße sie besonders auf die publizistische Widerspiegelung der politischen Entwicklungen seiner Zeit zurückgingen.« Das führt zu der keineswegs erstaunlichen Erkenntnis: »Hitler war durchaus ein wacher Beobachter seiner Gegenwart, wenn er die Ereignisse auch durch die »Brille« seiner rassenideologischen Zwangsvorstellungen verzerrt wahrnahm.«¹⁰⁴

Mag man in der Betonung der »rassenideologischen Zwangsvorstellungen« auch eine gewisse Distanzierung von Noltes Thesen, die ja gerade den Zusammenhang von Antibolschewismus und Antisemitismus hervorheben, erkennen können, so gliedert Syring seine Studie doch wenig später behutsam in den von Nolte vorgegebenen Zusammenhang ein: »Der Bolschewismus war die zentrale Herausforderung, auf die Hitler unter – vielleicht unbewußter – Anlehnung an dessen formales Motivationsgefüge eine subjektive Antwort formulierte, die von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wenn wohl auch nicht in dieser Radikalität, geteilt wurde.«¹⁰⁵

Zwar hält auch Syring es für zweifelsfrei erwiesen, daß Hitler »bereits vor dem Ende des Ersten Weltkrieges Antisemit war.«¹⁰⁶ Doch zugleich betont er, daß der »Antimarkismus bzw. Antibolschewismus [. . .] eine von Hitler unabhängig von allen Schwankungen der politischen Konjunktur in höchst eigener Akzentuierung durchgängig verfochtene Auffassung« gewesen sei.¹⁰⁷ Und dann – recht vorsichtig – vermutet Syring: »Hitler verstand seine »Bewegung« somit aller Wahrscheinlichkeit nach in der Tat als »totalen Gegenstoß« gegen die kommunistische Idee, sah sich in der »strategischen Defensive« gegenüber den Trägerorganisationen dieser Ideologie.«¹⁰⁸

Wie aber interpretiert Syring den von Nolte konstatierten Zusammenhang von Antibolschewismus und Antisemitismus? Nach einer Rekonstruktion von Hitlers Bolschewismus-Bild kommt Syring dann zu dem Ergebnis: »Folglich mag, zumal angesichts der zahlreichen einschlägigen Hitler-Äußerungen, der Schluß gerechtfertigt sein, daß Hitler tatsächlich auch sich selbst als vom »jüdischen Bolschewismus« mit dem Tode bedroht ansah. Mithin dürfte [. . .] die Furcht vor der kommunistischen Revolutionsdrohung für Hitler sehr wohl eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.«¹⁰⁹ Weiter unten heißt es: »Zudem ging für ihn [Hitler] von den »jüdischen Drahtziehern des Marxismus« eine unmittelbare physische Bedrohung für jene Gruppierung aus, der er sich persönlich zurechnete.«¹¹⁰

Für Syring ist offenbar der Rassismus – anders als für Nolte – das zentrale Motiv für Hitlers Handeln. Hitlers Weltanschauung war – so betont Syring – »grundsätzlich« vom Rassismus durchdrungen.¹¹¹ Aber bei der Verknüpfung von Antibolschewismus und Antise-

mitismus kommt Syring den Thesen Noltes doch recht nahe. In einem »auf die subjektive Vorstellungswelt Hitlers vor 1933 bezogenen Sinne« gibt er Nolte »durchaus recht, wenn [dieser] substantiell die These formuliert, Hitler habe – ursprünglich, so wäre hier noch zu betonen – aus einer Situation der »putativen Notwehr« heraus gleichsam einen »Präventiv-Mord« gegen die Juden in Deutschland *gedacht*.« Syring rückt diesen Hinweis indessen in – allerdings nicht analysierte – größere Zusammenhänge, wenn er betont, daß »Hitlers persönliche fixe Idee allein nicht ausreicht, um den späteren *tatsächlichen*, millionenfachen Massenmord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg zu erklären.«¹¹²

*

Daß die zentrale These Noltes vom Zusammenhang von Antibolschewismus und Antisemitismus eine Herausforderung, eine Provokation darstellte, spiegelt sich auch in einer Reihe von Beiträgen im Sammelband zur »Historisierung des Nationalsozialismus« und in der »Festschrift zu Noltes 70. Geburtstag«.

Zunächst ist – mit einem Aufsatz von Eckehard Jesse – darauf hinzuweisen, wie sehr sich die Position Noltes von den 1960er zum Ende der 1970er Jahre geändert hat: 1963, in seinem Buch »Der Faschismus in seiner Epoche«, hat Nolte die nationalsozialistische »Rede vom Kampf der Weltanschauungen von Anfang an [als] verlogen« zurückgewiesen. Er stützte sich dabei auf eine Aussage von Alfred Rosenberg, der eingeräumt hatte, es gehe den Nationalsozialisten nicht um einen »Kreuzzug« gegen den Bolschewismus, sondern um deutsche Weltpolitik.¹¹³ Nun ist es ja nicht ehrenrührig, seine Meinung zu ändern, aber ein solcher Wandel ist – wenn er derart deutlich ausfällt und apodiktisch vertreten wird – doch bemerkenswert.

Und bemerkenswert ist auch, daß sich Hinweise auf Noltes »neue« Position bereits Jahre vor der Auslösung des »Historikerstreits« finden. Schon 1979 hatte Nolte mit dem ihm eigenen apodiktischen Sprachgestus erklärt, es unterliege »keinem Zweifel, daß Auschwitz nicht das Resultat von »Rassenhaß«, sondern die extremste Gestalt des Antikommunismus war.«¹¹⁴ Daß diese These damals offenbar weitgehend unbeachtet blieb, mag mit der Unaufmerksamkeit der Historiker und Politologen zusammenhängen, deutet aber wohl eher auf eine in den 1980er Jahren erhöhte (politische) Sensibilität hin, was die Frage der Interpretation der nationalsozialistischen Vergangenheit anlangt.

Nun aber zu den Aufsätzen, die sich ausdrücklich mit den Thesen Noltes auseinandersetzen. Wie gesagt, findet Nolte Fürsprecher, wenn auch in modifizierter Form. So begrüßt François Fédier, Nolte habe den »zutiefst *reaktiven* Charakter« des Nationalsozialismus herausgearbeitet. Doch er fügt an: »Daß der Nationalsozialismus seiner Grundhaltung nach ein Antibolschewismus ist, hindert ihn doch keineswegs daran, auch das große Sammelbecken aller reaktionären Ideologien zu sein.«¹¹⁵

104 Ebd., S. 13.

105 Ebd., S. 13 f.

106 Ebd., S. 109.

107 Ebd., S. 133.

108 Ebd., S. 208.

109 Ebd., S. 160.

110 Ebd., S. 208.

111 Siehe ebd., S. 268.

112 Ebd., S. 269; Hervorhebungen im Original.

113 Siehe *Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus*, 6. Aufl., München 1984, S. 436 (1. Aufl. 1963), zitiert nach *Eckhard Jesse, Ernst Noltes Totalitarismusverständnis zwischen Kontinuität und Wandel*, in: *Nipperdey u. a.* (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg*, S. 216–232, hier S. 223 f.

114 Siehe *Ernst Nolte, Antikommunismus. Gestern – heute – morgen?*, in: *Ders., Was ist bürgerlich? und andere Artikel, Abhandlungen, Auseinandersetzungen*, Stuttgart 1979, S. 80, zitiert nach *E. Jesse, Ernst Noltes Totalitarismusverständnis*, S. 225. *Nolte* (Das Vergehen, S. 11) weist im übrigen selbst auf die lange Vor- bzw. Entwicklungsgeschichte seiner aktuellen Thesen hin.

115 *François Fédier, Mißtrauen und Kritik*, in: *Nipperdey u. a.* (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg*, S. 277–303, hier S. 293; Hervorhebung im Original.

Ganz anders Imanuel Geiss: Seiner Meinung nach ist die »von Nolte suggerierte oder behauptete Gleichung – GULag vor Auschwitz, also GULag kausal mit Auschwitz verknüpft – wissenschaftlich unbrauchbar und führt auf die schiefe Ebene aufrechnender Apologie.«¹¹⁶

Auch Helmut Fleischer setzt sich von der These Noltes ab, der Nationalsozialismus sei im wesentlichen als Antibolschewismus zu verstehen. Nicht die bolschewistische Revolution sei das den Nationalsozialismus auslösende Schlüsselerlebnis, sondern eher die deutsche Kriegsniederlage. Auch vermag er keinen kausalen, wohl aber einen »innerlichen« Nexus zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus zu erkennen, der darin besteht, daß beide Ideologien bzw. Systeme aus dem Kraftfeld des Ersten Weltkriegs stammen.¹¹⁷

Demgegenüber kommt Hermann Lübke in seinen Überlegungen zur Besonderheit des Mords an den europäischen Juden ohne das Motiv des Antibolschewismus aus. Für ihn ist klar, daß der Antisemitismus für die Ideologie der NSDAP »integral« war.¹¹⁸ Auch bemüht er nicht – wie Nolte – die »Humanität« des Gasmords, um das Einzigartige an der »Endlösung der Judenfrage« herauszuarbeiten.¹¹⁹ Lübke geht es um die Klärung der spezifischen Rationalität des Massenmords an den Juden. Zunächst einmal stellt er fest: »Unzweifelhaft also hat der Völkermord seine technische, sogar wissenschaftlich-technische, organisationstechnische und psychotechnische Rationalität. Ohne Perfektionierung dieser Sorte von Rationalität wäre er nicht vollziehbar gewesen.«¹²⁰ Auf den Krieg und die Kriegführung bezogen, war der Völkermord jedoch »unzweifelhaft irrational«. Aber: »Was kriegstechnisch-strategisch gesehen irrational war, hatte doch seine höhere ideologische Rationalität, und einzig aus der ideologiepolitischen Dominanz dieser Rationalität läßt sich erklären, daß ausgerechnet mit der Wende des Krieges zuungunsten des Deutschen Reiches die nationalsozialistische Führung ihre Anstrengungen mehrte, doch wenigstens noch das rassenhygienische Menschheitsreinigungswerk für den europäischen Teil der Menschheit zu vollenden.«¹²¹ Unter diesem Aspekt war der Massenmord also Handeln nach Vorgabe »höherer Zwecke«, d. h. es war Ausdruck »höherer Zielgewißheit«¹²², sahen sich »gläubige Nationalsozialisten« doch als Vollstrecker einer »vermeintlichen Einsicht in die naturgeschichtsgesetzliche Bestimmtheit der Kulturgeschichte durch Rassenkämpfe.«¹²³

*

Nicht nur die Identifizierung von Antibolschewismus und Antisemitismus gab Anlaß zur Kontroverse. Auch die Annahme Noltes, beim Angriff auf die Sowjetunion habe es sich – aus der Sicht Hitlers – um einen Präventivkrieg gehandelt, ist heftig bestritten worden.

So hält Manfred Messerschmidt Nolte entgegen, »die Einschätzung des sowjetischen Systems bei führenden Nationalsozialisten [sei] zeitweise [. . .] durchaus nicht einheitlich«

116 Imanuel Geiss, Massaker in der Weltgeschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Menschlichkeit, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 110–135, hier S. 123.

117 Helmut Fleischer, Eine historisierende Betrachtung unseres Zeitalters. Zur Notwendigkeit einer epochenübergreifenden Betrachtung von Weltkrieg, Sowjetrevolution und Faschismus, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 58–82, hier S. 77 f.

118 Hermann Lübke, Terror. Über die ideologische Rationalität des Völkermords, in: Nipperdey u. a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 304–311, hier S. 307.

119 Siehe Nolte, Streitpunkte, S. 398.

120 Lübke, Terror, S. 305.

121 Ebd., S. 305.

122 Ebd., S. 307 f.

123 Ebd., S. 309.

gewesen.¹²⁴ Bis 1939 habe die UdSSR im außenpolitischen Programm Hitlers eine untergeordnete Rolle gespielt. Auch könne nach Messerschmidts Ansicht »keine Rede davon sein, daß ideologisch verankerte Feindschaft oder Furcht vor einem kommunistischen Umsturz eine Beschleunigung deutscher Aggressionsabsichten provoziert hätten. Der Nationalsozialismus der »Kampfzeit« hat sich mit dem Kommunismus auseinandergesetzt, aber selbst damals zeugte die Strategie der legalen Eroberung der Macht nicht von Sorge vor einem Umsturz.«¹²⁵

Daß Noltes Sichtweise im Grunde auf einer Reduktion der historischen Komplexität beruht, sieht er doch mit Bolschewismus und Nationalsozialismus bzw. Sowjetunion und »Drittem Reich« nur zwei Akteure auf der weltpolitischen Bühne, wird implizit in Bernd-Jürgen Wendts differenzierter Analyse der komplexen Ursachen des Kriegsbeginns im September 1939 deutlich.¹²⁶ Schließlich, so muß – die Thesen Noltes relativierend – vergegenwärtigt werden, begann Hitler »seinen« Krieg nicht mit dem Angriff auf die Sowjetunion; vielmehr zeigten sich bei der Auslösung des Krieges expansiver Nationalismus, auch Antiliberalismus und anti-westliches Ressentiment zusammen mit dem Antibolschewismus, in den indessen ältere antirussische, antislawische und antisiasiatische Feindbilder einfließen.¹²⁷

Die Arbeiten Noltes bieten also mit dem Blick auf das Verhältnis von Nationalsozialismus und Bolschewismus keineswegs nur die Erweiterung einer allzu Deutschland-zentrierten Perspektive, sondern zugleich eine deutliche Verengung des Problemhorizonts. Denn, wenn man, wie Nolte, das Verhältnis von Nationalsozialismus und Bolschewismus in den Mittelpunkt des »Europäischen Bürgerkriegs« stellt, blendet man aus, daß der Krieg nicht nur, nicht einmal zuerst gegen die Sowjetunion geführt wurde; daß im nationalsozialistischen Machtbereich nicht nur die Kommunisten, sondern alle politischen Gegner verfolgt wurden; daß nicht nur die Ermordung der kommunistischen Juden, sondern aller Juden betrieben wurde; und daß nicht nur Juden, sondern auch Sinti und Roma, Geisteskranke und Homosexuelle ermordet wurden.

So kann man sagen, der Antibolschewismus war ein konstitutives, aber nicht das konstitutive Element der Ideologie des Nationalsozialismus, die – diesen Befund konnte Nolte mit seinen Thesen allenfalls verdunkeln, indessen nicht vergessen machen – ein Gemisch höchst unterschiedlicher Elemente bot.

2. Der Nationalsozialismus als Antwort auf den Kommunismus?

Interpretiert Nolte den Nationalsozialismus im wesentlichen als Antwort auf den Bolschewismus, so rückt damit – bezogen auf die konkrete Konfrontationssituation in Deutschland – zugleich das Verhältnis von NSDAP und KPD ins Blickfeld. Dieses Problem ist denn auch Thema der 1993 bei Nolte entstandenen Dissertation von Christian Striefeler, die – ganz auf den Spuren Noltes – die Geschichte der Weimarer Republik auf den »Kampf

124 Manfred Messerschmidt, Nationalsozialismus und Stalinismus. Modernisierung oder Regression?, in: Faulenbach/Stadelmaier (Hrsg.), Diktatur, S. 87–95, hier S. 88.

125 Ebd., S. 89. Siehe dazu den Kurzbericht von *Blanka Pietrow-Ennker* (Es war kein Präventivkrieg, in: Die Zeit Nr. 9 vom 24. 2. 1995) über die Internationale Militärhistorische Konferenz in Moskau vom Februar 1995.

126 Siehe Bernd-Jürgen Wendt, Durch das »strategische Fenster« in den Zweiten Weltkrieg. Die Motive Hitlers, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 344–374.

127 Siehe dazu *Hans-Erich Volkmann* (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln etc. 1994.

um die Macht«¹²⁸ zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten verengt. Damit verbunden findet sich in der Arbeit Strieflers eine Reihe typischer Elemente des »phänomenologischen« »Historisierungs«-Ansatzes, die erst eine – dem wissenschaftlichen Ertrag der Studie nicht angemessene – ausführliche Betrachtung offenlegt.

Schauen wir zunächst auf den Klappentext, der nicht nur über die Person des Autors – Striefler war Forschungsassistent bei Prof. Michael Wolffsohn (Universität der Bundeswehr in München) und ist seit 1992 Grundsatzreferent im Büro des sächsischen Innenministers Heinz Eggert – Aufschluß gibt, sondern Hinweise auf schon bekannte Elemente der Selbststilisierung bietet: Zunächst wird kritisiert, daß der »Kampf von Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik um die Macht in Deutschland [. . .] bis heute nicht vorurteilsfrei dargestellt worden« sei. So korrigiere »Striefler die bisherige Geschichtsschreibung, die dazu neigt, die Rolle der KPD zu verharmlosen.« Und weiter heißt es: »Aber auch die Politik der NSDAP wurde oft einseitig interpretiert. Daß sich die NSDAP ebenso wie die KPD als revolutionäre Kraft verstand, der es um die Gewinnung der Arbeiterschaft ging, ist eine Einsicht, die sich in der historischen Forschung erst langsam durchzusetzen beginnt.« Demgegenüber nehme der »Autor den sozialistischen Anspruch der NSDAP ernst: »Nationaler Sozialismus« war«, so wird behauptet, »mehr als nur eine Phrase – und keineswegs ein bloßer Propagandatrick.« Und resümierend heißt es auf der Buchrückseite: »Diese Studie stellt einen entscheidenden Beitrag eines jüngeren Historikers zu der notwendigen Historisierung des Nationalsozialismus dar.«

Sehen wir einmal vom offenbar als erfolgsträchtig geltenden Standard-Repertoire von Adjektiven (entscheidend, jüngerer, notwendig) ab, so fällt auf, daß durch die Beschreibung der Fragestellung die Konfliktlinien der geschichtswissenschaftlichen Debatte auf eine bemerkenswerte Weise, die mit dem phänomenologischen Zugriff zusammenhängt, verschoben werden: Gestritten wird ja nicht darum, ob sich die NSDAP als revolutionär verstand, sondern darum, ob sie es faktisch war; und gestritten wird auch nicht darum, ob die NSDAP beanspruchte, eine sozialistische Partei zu sein, sondern darum, ob dieser Anspruch durch konkrete politische Maßnahmen nachvollziehbar umgesetzt wurde.

Diese Problematik ist offenbar auch Striefler nicht verborgen geblieben, doch souverän klammert er sie aus seiner Analyse aus: »Nun ließe sich darüber streiten, ob Hitlers Vorstellungen von Sozialismus überhaupt sozialistisch genannt werden können oder ob man nicht lieber von Pseudosozialismus sprechen sollte. [. . .] Entscheidend für unseren Zusammenhang ist jedoch, wie sich die Partei und ihr Führer empfanden und welchen Anklang die sozialistische Propaganda bei denen fand, für die sie bestimmt war. Nach Hitlers Vorstellung war die Partei 1930 sozialistisch ausgerichtet. Er selbst empfand sich ohnehin als Sozialist [. . .].«¹²⁹ Damit erübrigen sich für Striefler alle ansonsten erforderlichen Begriffs-erklärungen – was heißt z. B. Sozialismus, wenn SPD, KPD und NSDAP diesen Begriff verwenden? – wie aufwendige Analysen der nationalsozialistischen Politik, um gegebenenfalls die Unterschiede von Propaganda und Praxis oder die Rezeption der Propaganda zu beleuchten.

Mögen die Texte auf den Buchumschlag, wie gesagt, eher Aufschluß über die Vermarktungsstrategien des Verlages geben, so fällt doch auch in diesem Falle die Nähe dieser unmundigen Ankündigungen zu den Ausführungen im Text auf. So beklagt Striefler: »Eine unparteiliche, vorurteilslose Arbeit, die die Wechselwirkungen zwischen den Radikalparteien mit der notwendigen Distanz aufzeigt, ohne in jedem zweiten Satz Schuldvorwürfe zu erheben, ist Desiderat.«¹³⁰

128 Siehe Striefler, Kampf um die Macht (wie oben Anm. 18).

129 Ebd., S. 71 f.

130 Ebd., S. 17.

Nicht nur mit seinem Zugriff, sondern auch in der Einbettung seines Themas zeigt sich Striefler stark von Noltes Position beeinflusst, seien es doch »die Schrecken der Revolutionsjahre und der Aufschwung der kommunistischen Parteien« gewesen, die »in nahezu allen Ländern Europas zu einer radikalen Gegenbewegung«, dem Faschismus, geführt haben.¹³¹ Demgemäß wird schon in der Einleitung klargestellt: Man dürfe die Weimarer Republik nicht nur als Vorgeschichte des »Dritten Reiches« betrachten, gehe dadurch doch das »Verständnis für Motivationen und Mentalitäten« verloren: »Denn damals sah man die Dinge anders. Die grundlegende Bedrohung ging vom Bolschewismus aus, und es schien vielen nur noch eine Frage der Zeit, wann sich kommunistische Vernichtungspropheeten in Deutschland durchsetzen.«¹³²

Striefler geht in seiner Arbeit zunächst chronologisch vor und stellt das Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten, von KPD und NSDAP unter dem Titel »Der Kampf um den deutschen Arbeiter« dar. Damit gliedert sich Striefler (wie auch bei der Arbeit Syrings zu beobachten¹³³) in die Forschungslinie ein, die vor allem das »Werben« um die Arbeiter als einen wesentlichen Bestandteil nationalsozialistischer Politik und Propaganda meint beobachten zu können.¹³⁴ Diese thematische Zuspitzung ist verbunden mit einer Verengung der Quellenauswahl und Begrenzung der Perspektive, die insgesamt die Geschichte der Weimarer Republik – in Übereinstimmung mit der Ansicht Hitlers – auf den »Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Weltanschauungen«¹³⁵ reduziert.

Dieser Eindruck wird durch das zweite Kapitel der Untersuchung noch verstärkt, in dem die »Aufstandsvorbereitungen der KPD und die Gegenstrategie der NSDAP« dargestellt werden. Allein durch die Problemformulierung wird der NSDAP eine Defensivposition zugeschrieben, die jedoch allenfalls der Weimarer Demokratie bzw. den diese tragenden Kräften angemessen ist. Detailliert nachgezeichnet werden die diversen Überlegungen und Aktivitäten der KPD, insbesondere der Roten Frontkämpfer und des militärpolitischen Apparats, während die in der Kapitelüberschrift angekündigte »Gegenstrategie der NSDAP« nahezu ausschließlich in einem kurzen Unterabschnitt mit dem Titel »Rettung vor dem Bolschewismus mit legalen Mitteln?« behandelt wird.¹³⁶

Nachdem Striefler die Selbststilisierung Hitlers und der NSDAP als Retter vor dem Bolschewismus belegt und zudem die Annahme formuliert hat, die »antibolschewistische Sprache der nationalsozialistischen Propaganda dürfte nur dann Aussicht auf Erfolg gehabt haben, wenn sie in der Wirklichkeit eine Entsprechung gefunden« habe, kommt er zu dem Ergebnis: »Verglichen mit den Kommunisten wirkten die Nationalsozialisten weniger radikal, verstanden sie es doch, den Eindruck zu erwecken, Gewalt nur als Reaktion auf einen kommunistischen Aufstandsversuch einzusetzen.«¹³⁷

Mit ihrem taktischen Vorgehen scheinen sie auch Striefler beeindruckt zu haben, der schließlich – wohl arg blauäugig – Unterschiede der Machteroberungsstrategie zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten meint ausmachen zu können, die »förmlich ins Auge« springen: »Die Nationalsozialisten baten die Polizei um Hilfe bei Bekämpfung der allzu unruhigen Elemente in den eigenen Reihen. Bis zur Machtergreifung wollten sie legal bleiben. [. . .] Die Kommunisten dagegen stellten ihre unerbittliche Feindschaft gegenüber

131 Ebd., S. 10.

132 Ebd., S. 15.

133 Siehe Syring, Hitler, S. 169.

134 Siehe z. B. Eberhard Heuel, Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933–1939, Frankfurt/Main etc. 1989.

135 Nach Striefler, Kampf um die Macht, S. 40.

136 Siehe ebd., S. 291–304.

137 Ebd., S. 295 f.

dem Staat mit Polizistenmorden unter Beweis.«¹³⁸ Ist schon die Bezeichnung von nationalsozialistischen Gewalttätern als »allzu unruhige Elemente« ein Euphemismus, so bietet das ganze Interpretament ein Beispiel für die Folgen des Verzichts auf Quellenkritik und vor allem auf die Konfrontation der nationalsozialistischen Selbstdarstellung mit einer Analyse des tatsächlichen Verhaltens.

Im dritten Teil seines Buches analysiert Striefler dann am Beispiel Berlins die Realität des »begrenzten Bürgerkriegs«. Auch in diesem Kapitel zeigt sich, daß Quellenkritik nicht Strieflers Sache ist. Um sein eigenes Vorgehen zu legitimieren, wird einmal mehr die bisherige Literatur, hier eine Studie über die SA, kritisiert; der Autor, so beklagt Striefler, beschreibe »die Aktivitäten der nationalsozialistischen Straßenkämpfer in einer Art und Weise, die nur wenig mit dem Bemühen um Verständnis für die Motive der Handelnden gemein hat.« Vorwurfsvoll wird vermerkt: »Die nationalsozialistischen Selbstdarstellungen gelten ihm als Glorifizierungen, die beiseite geschoben und nicht ernst genommen werden.« Darum erscheine die SA »primär als staatsfeindliche Parteiarmee«, wohingegen ihrem »eigenen Selbstverständnis als Kampfbund gegen den Bolschewismus [. . .] keine Rechnung« getragen werde.¹³⁹ Nach diesen Ausführungen ist man fast versucht zu vermuten, die SA sei dank ihrer antibolschewistischen Ausrichtung eine Republiksschutztruppe gewesen.

Angesichts der Bereitschaft zur Einfühlung in Selbstverständnis und Motive der SA – im übrigen nur einer Seite im »Bürgerkrieg« – und angesichts der ausdrücklichen Zurückweisung quellenkritischer Analyse, kann das ebenso klar wie eindeutig formulierte Ergebnis kaum verwundern: Die KPD war – nicht zuletzt in Ausführung der Moskauer Anweisungen – die radikalere Partei, die überdies brutaler als die NSDAP vorgegangen sei. Der »Polizeibericht eines einzigen Tages [. . .] beweist, was sich auch aus anderen Aufstellungen vermuten läßt: Die Gewalt ging weit häufiger von den Kommunisten aus als von der SA.«¹⁴⁰

Nun kann hier nicht die sachliche Richtigkeit dieser Aussage überprüft werden. An der Quellenbasis und an der Argumentationsweise sind indessen Zweifel anzubringen. Daß Striefler sich für eine derart zentrale und zugleich entschieden vorgetragene These auf einen einzigen Polizeibericht, ansonsten aber auf Vermutungen stützt, ist befremdlich; es ist um so erstaunlicher, als Striefler sich in der Einleitung selbst sehr vorsichtig über die Aussagekraft der von ihm benutzten Quellen äußert. So berichtet er, daß er vornehmlich auf staatliche Überwachungs- und Gerichtsakten zurückgegriffen habe, die »einen etwas verzerrten Gesamteindruck vermitteln« könnten, zumal die im Landesarchiv Berlin lagernden Akten des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin einen Bestand bilden, der während des »Dritten Reichs« angelegt wurde, um die »für die »Kampfzeit der Bewegung« geschichtlich wertvollen Akten« zu sichern. Auch wenn Striefler in der Einleitung vermerkt, daß dieser Bestand »in der Mehrzahl Fälle [enthält], in denen Nationalsozialisten die Opfer waren«¹⁴¹, und auch wenn er seine einschränkenden Hinweise zur Quellenbasis zu Beginn des dritten Teils seiner Studie fast wortgleich wiederholt¹⁴², so führt das nicht dazu, daß die inhaltlichen Aussagen der Quellen in der eigentlichen Darstellung relativiert würden.

Konsequent blendet Striefler durch die Konzentration auf den »Entscheidungskampf« zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten die Rolle anderer Akteure – politische

Parteien, Interessenverbände, Eliten usw. – aus. Weder die Formierung der »nationalen Rechten« und der Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten noch die Machtübertragung an Hitler und die NSDAP werden thematisiert. Mit der Bipolarität seiner Interpretation folgt Striefler zum einen der nationalsozialistischen Propaganda, die einzig die Alternative von kommunistisch-bolschewistischer Fremdherrschaft oder nationalsozialistischem »Dritten Reich« ausmalte. Und zum anderen gewinnt durch diese falsche Alternative, wird doch die Position der Anhänger und Verteidiger der Weimarer Demokratie außer Acht gelassen, der Antibolschewismus, der sich »dem Totalangriff der Kommunisten gegen die bürgerliche Gesellschaft« entgegenwarf, »historische Legitimität«, die allerdings »nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit moralischer Rechtfertigung ist.«¹⁴³ Das ist nicht sehr weit entfernt von der Position Noltes, der, wie oben gezeigt, dem Nationalsozialismus eben als Antibolschewismus ein »historisches Recht« zuschreibt.

3. Nationalsozialismus und Modernisierung

Bei genauerem Zusehen handelt es sich um zwei unterschiedliche Kontroversen, die unter dem Generalthema »Nationalsozialismus und Modernisierung« ausgetragen werden: Zum einen geht es um die soziale Basis der NSDAP und damit um den Charakter der NSDAP als einer, wenn nicht der ersten »modernen Volkspartei«.¹⁴⁴ Zum anderen werden dem Nationalsozialismus auf bestimmten Feldern der sozialen Realität oder für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft insgesamt Modernisierungsleistungen zugesprochen.¹⁴⁵

*

Kaum ein Themenbereich erfreut sich bei denjenigen, die mit dem Gestus der »Legenden-Killer« auftreten, so großer Beliebtheit wie die Frage nach der sozialen Basis des Nationalsozialismus. Galt der Nationalsozialismus zeitgenössischen Beobachtern¹⁴⁶ wie Soziologen und Historikern¹⁴⁷ lange vornehmlich als ein Produkt der »Panik des Mittelstandes« oder als Massenbewegung des »neuen Mittelstandes«, so hat sich das mit der Verfeinerung des methodischen Instrumentariums der historischen Wahlforschung und auch mit den verbesserten Möglichkeiten der Analyse großer Datenmengen aus Mitgliederstatistiken von NSDAP und SA vor einiger Zeit geändert. In immer neuen Analysen wird belegt, daß die einem überpointiert zusammengefaßten Forschungsstand zugeschriebene Annahme, nach der sich »die« Arbeiterschaft als resistent gegen den Nationalsozialismus erwiesen habe, falsch sei. Dabei wird oftmals übersehen, daß hier mit zweierlei Begriffen von Arbeiterschaft gearbeitet wird: Während die einen unter Arbeiterschaft die industrielle Arbeiterschaft und noch spezieller die organisierte bzw. klassenbewußte Arbeiterschaft verstehen¹⁴⁸, berücksichtigen neuere Studien, methodisch völlig korrekt, die gesamte Arbeiter-

143 Ebd., S. 294.

144 Siehe Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei?, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21–47.

145 Siehe Prinz/Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus.

146 Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 10, Oktober 1930, S. 637–654, hier bes. S. 648 ff.; Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: ebd., S. 655–659.

147 Seymour M. Lipset, Nationalsozialismus – ein Faschismus der Mitte, in: Ders., Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 131 ff.; Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 20, 1972, S. 175–191, bes. S. 185 f.

148 Siehe z. B. Neisser, Sozialstatistische Analyse.

138 Ebd., S. 304.

139 Ebd., S. 307.

140 Ebd., S. 368.

141 Ebd., S. 20.

142 Ebd., S. 309.

schaft – vom Landarbeiter bis zum industriellen Facharbeiter, vom national bis zum kommunistisch gesinnten Arbeiter.¹⁴⁹ In dem Maße, in dem sich auch in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß keineswegs nur die klassenbewußten Arbeiter »die« Arbeiterschaft bilden, sind die auf dieser Verengung des Begriffs basierenden Urteile relativiert worden. So ist zu bedenken, daß seit dem Erscheinen der Studien über Gelbe Werkvereine¹⁵⁰, christlich-nationale und deutsch-nationale Arbeiterorganisationen¹⁵¹ sowie über die NSBO¹⁵², durch die die weltanschaulich-politische Heterogenität der Arbeiterschaft verstärkt ins Bewußtsein gehoben wurde, Jahre vergangen sind. Längst hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß nicht »die« Arbeiterschaft, sondern allenfalls bestimmte Teile der Arbeiterschaft relativ »immun« gegen das Werben des Nationalsozialismus gewesen seien.¹⁵³

Angesichts dieses Befundes ist es schon erstaunlich, daß noch immer¹⁵⁴ so getan wird, als eigne sich dieses Thema dazu, »Mythen« oder »gängige Stereotypen« zu zerstören oder auch »volkspädagogische Absichten« zu entlarven.¹⁵⁵ So schickt sich z. B. J. W. Falter in seinem Beitrag in dem »Historisierung des Nationalsozialismus« gewidmeten Sammelband einmal mehr an, der »Vorstellung einer beträchtlichen, wenn nicht sogar fast totalen Immunität von Arbeitern und, komplementär dazu, einer weit überdurchschnittlichen Anfälligkeit von Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus vor 1933« den Garaus zu machen.¹⁵⁶ Nachdem er ausführlich die Anhänger der Mittelstandstheorie – die zeitgenössischen wie die der 1960er/70er Jahre – hat zu Wort kommen lassen, resümiert er knapp die Ergebnisse der historischen Wahl- und Mitgliederforschung. Anders als in seinem Buch über »Hitlers Wähler«¹⁵⁷ verzichtet Falter hier auf die Entfaltung seiner methodischen Überlegungen; auch beschränkt er sich bei der Formulierung der Ergebnisse auf vorsichtige Trendaussagen, täuscht also nicht eine Exaktheit vor, die angesichts der Quellendefizite und der komplizierten Operationen der Quellenauswertung letztlich nicht gegeben ist.¹⁵⁸

149 Siehe dazu *Ulrich Herbert*, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 15, 1989, S. 320–360; vgl. auch *Gunter Könke*, »Modernisierungsschub« oder relative Stagnation? Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne, in: GG 20, 1994, S. 584–608, hier S. 592.

150 Siehe *Klaus Mattheier*, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.

151 Siehe z. B. *Michael Schneider*, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982; *Amrei Stupperich*, Volksgemeinschaft und Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen etc. 1982.

152 *Gunther Mai*, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31, 1983, S. 573–613; *Volker Kratzberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt/Main etc. 1987.

153 Siehe z. B. *Heuel*, Der umworbene Stand; *Bernd Stöver*, Volksgemeinschaft und Drittes Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993; *Günter Morsch*, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt/Main etc. 1993.

154 Siehe schon *Jürgen W. Falter/Dirk Hänisch*, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: AfS XXVI, 1986, S. 179–216.

155 *Jürgen W. Falter*, »Anfälligkeit« der Angestellten – »Immunität« der Arbeiter. Mythen über die Wähler der NSDAP, in: *Backes u. a.* (Hrsg.), Die Schatten, S. 265–290, hier S. 265; *Gunther Mai*, Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus. Wider gängige Stereotypen, in: ebd., S. 195–217.

156 *Falter*, »Anfälligkeit«, S. 265.

157 Siehe *Jürgen W. Falter*, Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1928–1933, München 1991.

158 Siehe *Merith Niehuss*, Hitlers Wähler, in: GG 20, 1994, S. 478–481.

Nach Falters Ergebnissen ergeben die »heute verfügbaren, alle Kreise bzw. Gemeinden des Deutschen Reiches umfassenden wahlhistorischen Untersuchungen [. . .] einen recht deutlich ausgeprägten negativen Zusammenhang zwischen dem Angestellten- und dem NSDAP-Anteil. [. . .] Arbeiter dagegen waren den gleichen Untersuchungen zufolge – wie schon im Falle der Mitglieder – unter den Wählern bei weitem nicht so stark unterrepräsentiert, wie von der Mittelschichtthese vorausgesetzt wird.«¹⁵⁹ Das Ergebnis wird recht vorsichtig und außerdem nur relational zur Mittelschichtthese formuliert, bietet also – bezogen auf den Arbeiteranteil – keine konkret greifbare Aussage.

Verglichen mit diesen vorsichtigen Formulierungen, will es zunächst so scheinen, als fuße Falters Analyse des Arbeiteranteils unter den Berliner NSDAP-Mitgliedern des Jahres 1939 auf harten Daten.¹⁶⁰ Von den Berliner NSDAP-Mitgliedern stufen sich 1939 17 % als Handarbeiter ein, innerhalb der Bevölkerung betrug der Anteil der Arbeiter hingegen 35 %; 43 % der Mitglieder zählten sich zu den Angestellten, 16 % zu den Beamten, während nur 18 % bzw. 4 % der Berliner Bevölkerung zu diesen Berufsgruppen gehörten; auch die Selbständigen waren demgemäß mit 16 % an den Parteimitgliedern überrepräsentiert, betrug ihr Anteil an der Bevölkerung doch nur 8 %. Bei Rentnern/Pensionären (2 %) und Hausfrauen (6 %) sah das Zahlenverhältnis, verglichen mit dem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung, der bei 15 % bzw. 20 % lag, hingegen ganz anders aus.¹⁶¹ In behutsamer Analyse kommt Falter zu dem Schluß, die Statistik sei methodisch nicht ganz sauber, zumal sie – überdies basierend auf der Selbsteinschätzung der Parteimitglieder – nur nach Handarbeitern, also nur nach einer Teilgruppe der versicherungsrechtlich als Arbeiter Einzuordnenden gefragt habe.¹⁶²

Nicht sehr hilfreich ist es indessen, daß Falter mit Rücksicht auf die unbestreitbaren Quellenprobleme nun Arbeiter und Angestellte zusammenfaßt und als Ergebnis formuliert: »Schätzungsweise zwei Drittel [der NSDAP-]Mitglieder dürften sich in den dreißiger Jahren aus diesen beiden Berufsschichten rekrutiert haben.«¹⁶³ Damit gleichen sich die hohen Differenzen zwischen den Berufsgruppen in einer Weise aus, daß gerade zu dem in Frage stehenden Problemkreis – der Angestellten-Arbeiter-Differenz – keine Aussage mehr erlaubt ist. So erweist sich die Parteistatistik mit ihrem auf den ersten Blick deutlichen, dann unter Berücksichtigung der methodischen Bedenken zu relativierenden Ergebnis als letztlich unbrauchbar, um die Frage nach dem Arbeiter- bzw. Angestellten-Anteil an der NSDAP-Mitgliedschaft gültig zu beantworten.

Versucht Falter in seinen Analysen die statistischen Voraussetzungen für Urteile über die Angestellten- bzw. Arbeiteranteile in der NSDAP-Wähler- und -Mitgliedschaft zu klären, so untersucht *Gunther Mai* das Problem der Integration der Arbeiterschaft in den NS-Staat. Einmal abgesehen vom Gestus des Kampfes gegen »gängige Stereotypen« und gegen die Neigung zu »volkspädagogisch opportune[r] Verdrängung«, formuliert *Mai* das Erkenntnisproblem zutreffend: »Wenn aber die NSDAP eine Volkspartei war [. . .], wird man sich der Überlegung stellen müssen, ob ihr Sammlungseffekt weniger über soziale Interessen, sondern mehr noch über ideologische Angebote wirksam wurde.«¹⁶⁴ Und, um nicht mißverstanden zu werden, betont *Mai* gleich zu Beginn: »Die Arbeiterschaft war nicht zur

159 *Falter*, »Anfälligkeit«, S. 283.

160 *Jürgen W. Falter* unter Mitarbeit von *Christa Niklas-Falter*, Die Parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse aus dem Gau Groß-Berlin, in: *Nipperdey u. a.* (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 175–203.

161 Siehe ebd., S. 194.

162 Siehe ebd., S. 197.

163 Ebd., S. 198 u. S. 200.

164 *Mai*, Arbeiterschaft, S. 196 f.

»Hauptstütze« des Nationalsozialismus im Sinne ungeteilter positiver Trägerschaft geworden. Aber offenkundig gab es Integrationsangebote, die in der Praxis glaubwürdig blieben, die das System hinnehmbar machten, die es von der bürgerlichen Klassengesellschaft der Weimarer Republik erkennbar unterschieden.«¹⁶⁵

So zutreffend das Problem formuliert wird, so sehr ist die Fragestellung dennoch von der Annahme geprägt, »die« Arbeiterschaft hätte sich in Gegnerschaft zur »bürgerlichen Klassengesellschaft« befunden. Eben dies stimmte für die Mehrheit der Arbeiter nicht. Von daher führt der Nachweis von Affinitäten der Sozialismus-Debatte zum Nationalsozialismus, führt auch die Charakterisierung der NSBO als »populistisch-radikale Massen- und Basisbewegung mit stark anti-bürgerlichem Ressentiment«¹⁶⁶ und der DAF als einer Organisation mit »quasi-gewerkschaftlicher Rolle«, als ein »klassenspezifisches Surrogat kultureller und sozialpolitischer Interessensartikulation der Arbeiterschaft, das die Aufgaben einer Gewerkschaft übernehmen [. . .] mußte«¹⁶⁷, nicht viel weiter. Mai verkürzt damit das Problem im Grunde genommen auf die Fragestellung, wie ehemals sozialistisch orientierte Arbeiter ihren Frieden mit dem Nationalsozialismus haben machen können; angesichts der Quellenprobleme, ist doch weder klar, wieviele noch welche Arbeiter in das NS-System auf welche Weise und wie stark integriert wurden, ist diese Analyse, so kenntnisreich und plausibel die Überlegungen sind, dennoch letztlich spekulativ. Zumindest müßte man erwägen, ob und inwieweit der Nationalsozialismus nicht durch sozialistische, sondern durch nationalistische Propaganda-Elemente Zulauf und Zustimmung bei Teilen der Arbeiterschaft gewinnen konnte.

*

Ausgehend von der These Ralf Dahrendorfs¹⁶⁸, nach der die nationalsozialistische Herrschaft durch die Auflösung der traditionellen sozialen Strukturen einen Stoß in die Modernität, eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft wider Willen verursacht habe, und vorangetrieben von David Schoenbaums¹⁶⁹ Analyse der »braunen Revolution«, sind in den letzten Jahren Tendenzen einer Neubewertung von Ideologie und Funktion des Nationalsozialismus zu beobachten. Dabei wird die Frage nach der gewollten oder ungewollten Modernität des Nationalsozialismus, nach dem Stellenwert des »Dritten Reiches« im Modernisierungsprozeß Deutschlands – je nach den herangezogenen Modernisierungsparametern – unterschiedlich beantwortet.¹⁷⁰ Erkennen die einen – mit Blick auf die sozio-ökonomischen Strukturen – in den Jahren 1933 bis 1939 keine Unterbrechung des langfristigen Modernisierungsprozesses¹⁷¹, so betonen andere die geradezu revolutionären und modernen Elemente der nationalsozialistischen Sozial-Ideologie und -Politik.

Besondere Signalwirkung für diese mit dem Ziel der »Historisierung« des Nationalsozialismus verbundenen Neuinterpretationen kommt der Dissertation von Rainer Zitelmann

165 Ebd., S. 198.

166 Ebd., S. 202.

167 Ebd., S. 210 f.

168 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 431 ff.

169 David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, München 1980 (1. Aufl. 1966).

170 Siehe insbes. Horst Matzerath/Heinrich Volkmann, Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Theorien in der Praxis des Historikers (= GG, Sonderheft 3), Göttingen 1977, S. 86–102; Jens Alber, Nationalsozialismus und Modernisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41, 1989, S. 346–365.

171 Siehe Werner Abelshauser/Anselm Faust, Wirtschafts- und Sozialpolitik: eine nationalsozialistische Sozialrevolution?, Tübingen 1983, S. 9.

über Hitler als Revolutionär¹⁷² und dem von Zitelmann und Michael Prinz herausgegebenen (und im »Archiv für Sozialgeschichte« bereits besprochenen¹⁷³) Sammelband »Nationalsozialismus und Modernisierung«¹⁷⁴ zu, deren Grundthesen, die im übrigen in das Werk von Nolte Eingang gefunden haben¹⁷⁵, auf vielfältige – z. T. vehement vorgetragene – Kritik gestoßen sind.¹⁷⁶

Es gehört zu den Eigenheiten der Autoren, die sich der »Historisierung« des Nationalsozialismus verschrieben haben, daß sie die von ihnen ausgelösten Diskussionsbeiträge nicht nur genau beobachten, sondern ihrerseits zum Anlaß ausführlicher Repliken nehmen und somit den Diskussionsprozeß vorantreiben: So wie Nolte seinen Kritikern antwortete¹⁷⁷, so haben die Herausgeber des Bandes über »Die Schatten der Vergangenheit« wie die des Bandes »Nationalsozialismus und Modernisierung« an die Taschenbuchausgabe bzw. an die Neuauflage ein Nachwort zur Rezeption der jeweiligen ersten Auflage angehängt.¹⁷⁸

Dabei zeigen sich z. B. zwischen den Herausgebern des Bandes über »Nationalsozialismus und Modernisierung« durchaus Differenzen, setzt sich doch Michael Prinz an anderer Stelle von der Kritik Zitelmans am »normativen Modernisierungsbegriff« ab.¹⁷⁹ Und auch in dem (in Abstimmung mit Zitelmann verfaßten) Nachwort zur zweiten Auflage dieses Bandes nimmt Prinz die Einwände gegen die Anwendung des Modernisierungsbegriffs auf das Gesamtphänomen des Nationalsozialismus sehr ernst; zwar stellt er mit einer differenzierten Analyse der jüngst erschienenen Literatur zur sozialen Realität des »Dritten Reiches« eine Reihe von Belegen für die These von der modernisierenden Wirkung des nationalsozialistischen Systems auf die deutsche Gesellschaft zusammen, doch er gesteht zu, daß »das Regime in einigen für seine Erscheinung und seine Folgen zentralen Bestandtei-

172 Siehe Zitelmann, Hitler. Vgl. auch ders., Nationalsozialismus und Moderne. Eine Zwischenbilanz, in: Werner Süß (Hrsg.), Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zur Philosophie, Gesellschaft und Politik. Hellmuth G. Bütow zum 65. Geburtstag, Berlin 1989, S. 195 ff.

173 Siehe Michael Schneider, Nationalsozialismus und Modernisierung? Probleme einer Neubewertung des »Dritten Reiches«, in: AfS XXXII, 1992, S. 541–545.

174 Siehe Prinz/Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus; vgl. auch Rainer Zitelmann, Historiographische Vergangenheitsbewältigung und Modernisierungstheorie. Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus, in: Faulenbach/Stadelmaier (Hrsg.), Diktatur, S. 111–135, hier bes. S. 122 u. 129.

175 Siehe Nolte, Streitpunkte, bes. S. 137 ff. u. S. 142 ff.

176 Siehe Christof Dipper, Modernisierung und Nationalsozialismus, in: Neue Politische Literatur 36, 1991, S. 450–456; Karl Heinz Roth, Verklärung des Abgrunds. Zur nachträglichen »Revolutionierung« der NS-Diktatur durch die Gruppe um Rainer Zitelmann, in: 1999, H. 1, 1992, S. 7–11; M. Schneider, Nationalsozialismus; Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: GG 19, 1993, S. 367–387; Könke, »Modernisierungsschub«; Axel Schildt, NS-Regime, Modernisierung und Moderne. Anmerkungen zur Hochkonjunktur einer andauernden Diskussion, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII, 1994, S. 3–22; Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität. Zur Historisierung der »Volksgemeinschaft«, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 224–242.

177 Nolte, Das Vergehen.

178 Siehe Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 656–660; Michael Prinz (in Abstimmung mit Rainer Zitelmann), Nachwort: Einige Bemerkungen zur neueren Debatte über Modernisierung und Nationalsozialismus, in: Prinz/Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, 2., mit einem aktuellen Nachwort versehene Aufl., Darmstadt 1994, S. 335–361. Siehe auch die Neuauflagen des in Anm. 24 genannten Sammelbandes.

179 Michael Prinz, Demokratische Stabilisierung, Problemlagen von Modernisierung in Selbstbezug und historische Kontinuität – Leitbegriffe einer Zeitsozialgeschichte, in: Westfälische Forschungen 43, 1993, S. 655–675, hier S. 671.

len« mit dem Modernisierungsbegriff »nicht angemessen« charakterisiert werden könne. Auch räumt Prinz ein, daß die Modernisierungs- und De-Modernisierungstendenzen in dem Sammelband nicht gleichgewichtig behandelt werden.¹⁸⁰ Und sein Gesamturteil lautet: »Auch wenn der Nationalsozialismus Teilaspekte von Modernisierung bejahte, fügen sich seine Pläne aufs Ganze gesehen nicht zu einem Programm zusammen, das die Mindestanforderungen von Modernisierung erfüllt.«¹⁸¹

Revidiert Prinz damit das Kernstück der Modernisierungsthese, so sieht das bei Zitelmann anders aus: Auch er kommt den Kritikern zunächst entgegen, gesteht er doch zu: »Setzt man Modernisierung und politische Demokratisierung (im Sinne von Parlamentarisierung) gleich, dann kann es keinen Zweifel daran geben«, daß der Nationalsozialismus eine »gänzlich unmoderne, ja antimoderne Erscheinung« war.¹⁸² Damit verschiebt er indessen die Konfliktstellung; denn nicht die Gleichsetzung von Modernisierung und Demokratisierung wurde angemahnt; vielmehr ging es darum, den Begriff der Modernisierung nicht ausschließlich mit wissenschaftlich-technischer Effizienzsteigerung zu identifizieren, sondern auch den Bereich der gesellschaftlichen Partizipation zu berücksichtigen. Außerdem steht nicht die Modernität des Nationalsozialismus zur Debatte, sondern seine intendierte und effektive Modernisierungswirkung. Daß der Nationalsozialismus in bestimmten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft modern im Sinne von »auf der Höhe seiner Zeit« war, ist unstrittig.

Gerade »vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Stalinismus, des Nationalsozialismus und des Faschismus« plädiert Zitelmann jedoch dafür, die Verbindung von Modernisierung und Demokratisierung aufzugeben. Denn: »Der Modernisierungsansatz ermöglicht es offenbar, die Verbindung von Fortschritt und Barbarei, die für dieses System so charakteristisch ist, besser zu erfassen, als dies andere analytische Konzepte vermögen.« Dies bedeute, »von dem allzu optimistischen Fortschrittsbegriff des 19. Jahrhunderts Abschied zu nehmen, wonach »Fortschritt« notwendigerweise ein Mehr an Humanität, Liberalisierung und demokratischer Partizipation bedeuten muß«. Und weiter: »Heute denken wir intensiver über die Kehrseiten des Fortschritts nach, über die destruktiven und barbarischen Seiten der Moderne.«¹⁸³

Hier werden die Folgen der begrifflichen Unklarheit vollends deutlich: Verabschieden müssen wir uns nicht von einem optimistischen Fortschrittsbegriff, sondern von der optimistischen Erwartung, die Geschichte strebe notwendigerweise einem »Mehr an Humanität, Liberalisierung und demokratischer Partizipation« zu. Was spricht dagegen, eben diese Elemente der historischen Entwicklung als fortschrittlich zu bezeichnen, wohl wissend, daß damit nicht die ganze Realität der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts beschrieben werden kann? Was spricht dagegen, Modernisierung auch und gerade mit dem Indikator der Demokratisierung zu verknüpfen, wohl wissend, daß die Modernisierungsprozesse – angesichts von Bolschewismus, Nationalsozialismus und Faschismus – schwerwiegende Brüche aufweisen? Wie sollte man diese Brüche feststellen, wenn man – dank eingeschränkter Indikatorenkatalogs – von einem Modernisierungskontinuum meint ausgehen zu können?

Zitelmann plädiert demgegenüber für eine Revision des begrifflichen Zugriffs, wenn er empfiehlt: »Der optimistische, stark normativ aufgeladene Fortschritts- und Modernisierungsbegriff sollte vor dem Hintergrund« der »geschichtlichen Phänomene« wie National-

sozialismus, Faschismus und Stalinismus »überprüft werden.«¹⁸⁴ Müßte wissenschaftliche Analyse nicht umgekehrt die für diese Phänomene passenden Begriffe suchen und finden, statt den Gehalt eingeführter Begriffe umzudeuten, zumal das ja nicht die Gefahr ausschließt, daß ein Teil ihres positiven Gehalts auf den damit bezeichneten Gegenstand übertragen wird?

Vermerkt sei noch, daß beim Thema der Modernisierung die phänomenologische Methode so offenkundig an ihre Grenzen stößt, daß auch Zitelmann sie aufgibt. Vielleicht weil er meint, mit seiner Dissertation bereits die Antwort gegeben zu haben, betont Zitelmann, die Frage laute »heute weniger, ob die Nationalsozialisten die Modernisierung wollten, sondern ob die – von Dahrendorf und Schoenbaum erstmals konstatierten – Modernisierungswirkungen wirklich zu belegen sind.« Und nachdem er eine Reihe von Indikatoren – vom Abbau der Angestellten-Arbeiter-Differenz bis zur sozialen Öffnung des Offizierskorps – unter Berufung auf neuere Studien abgefragt hat, kommt er zu dem Ergebnis: »Für einzelne Teilbereiche wurde die Modernisierungsleistung des Nationalsozialismus überzeugend nachgewiesen.«¹⁸⁵

Nun soll und kann hier nicht die Debatte um »Nationalsozialismus und Modernisierung« nachgezeichnet werden. Vielmehr geht es darum, die im eingangs näher beschriebenen Umfeld Noltes publizierten Arbeiten darauf hin zu untersuchen, ob und wie die Modernisierungsthese aufgenommen wurde. Dabei zeigt sich, daß die Etikettierung des Nationalsozialismus, speziell der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, als »modern« eine Art von Indikatorfunktion für die Zuordnung zur Gruppe der »Historisierer« hat. Dies fällt um so stärker ins Gewicht als es offenbar den Verfechtern dieser These gelungen ist, dieses Paradigma in den etablierten Fundus der »Historisierungs«-Bemühungen einzuordnen, so daß die These nicht mehr diskutiert oder belegt werden muß, sondern die bloße Nennung reicht. Deutlich wird das z. B. bei Ernst Noltes Rezeption der Modernisierungsthese¹⁸⁶, in Klaus Hornungs Gesamtdarstellung¹⁸⁷ und bei Karlheinz Weißmanns – mit Zitelmann durch die gemeinsame Arbeit am Band über die »Westbindung« verbunden¹⁸⁸ – »Rückruf in der Geschichte«, der der NSDAP attestiert: »Modernität war der Schlüssel ihres Erfolges, und solche Modernität bildete auch nach Hitlers Machtergreifung ein wesentliches Moment nationalsozialistischer Gesellschaftspolitik.«¹⁸⁹ Zwar erwähnt Weißmann wenig später ausdrücklich Hitlers Ablehnung des demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsmodells, aber das führt nicht zu einer Problematisierung des Modernitäts-Begriffs.

Auf der anderen Seite aber hat die Modernisierungsthese vehemente Kritik gefunden, und zwar auch innerhalb des Kreises der Autoren der Festschrift zu Noltes 70. Geburtstag. Bedrich Löwenstein konstatiert im Hinblick auf die angeblichen Modernisierungsleistungen: »Es dürfte kaum möglich sein, auf irgendeinem Feld politikneutrale »Innovationschübe« herauszufiltern, für die das Regime längerfristig produktive Rahmenbedingungen bereitgestellt hätte.« So könne mit Blick auf die effizienzsteigernden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen allenfalls von einer »Pseudomodernisierung« gesprochen werden. Und wenn schon von einer nationalsozialistischen Revolution die Rede sein solle, dann könne man allenfalls die »in der zweiten Kriegshälfte vollzogene Verschmelzung von Staat, Partei und Wehrmacht« und »darüber hinaus die Liquidierung jeder Eigenständig-

180 Prinz, Einige Bemerkungen, S. 349.

181 Ebd., S. 358.

182 Zitelmann, Historiographische Vergangenheitsbewältigung, S. 122.

183 Ebd., S. 122.

184 Ebd., S. 129.

185 Ebd., S. 125.

186 Siehe Nolte, Streitpunkte, S. 142 ff.

187 Siehe Hornung, Das totalitäre Zeitalter, S. 230 ff.

188 Siehe Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Propyläen, Frankfurt/Main etc. 1993.

189 Weißmann, Rückruf, S. 86 f.

keit, jeder überkommenen Loyalität, jeder autonomen Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft, nicht zuletzt die Zerschlagung des internationalen Staatensystems« erwähnen.¹⁹⁰

Überblickt man zudem die jüngeren Veröffentlichungen zum Thema »Nationalsozialismus und Modernisierung«, so wird man ein Überwiegen der kritischen Stimmen feststellen. Ob die Identifizierung von Moderne, Modernität und Modernisierung kritisiert wird¹⁹¹, ob die vorgebliche Wertfreiheit der Begriffe Modernität und Modernisierung bezweifelt wird¹⁹², ob einzelne Teilbereiche der gesellschaftlichen Entwicklung im Lichte der neueren Literatur auf den ihnen innewohnenden Modernisierungstrend hin untersucht werden¹⁹³ – gemeinsam ist diesen Beiträgen das Bemühen um begriffliche Präzision und um genaue Bestimmung der Problemstellung: Schließlich geht es nicht darum, ob im Nationalsozialismus in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen Modernisierung stattgefunden hat, sondern ob der Nationalsozialismus eine Kraft der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung war.¹⁹⁴ Auch müßte, wenn die Modernisierungsleistung des Nationalsozialismus gewichtet werden soll, gefragt werden, welche Modernisierungsleistungen die Weimarer Republik, hätte der Nationalsozialismus sie nicht zerstört, in der Zeit bis 1945 vollbracht hätte.¹⁹⁵ Zudem müßten die dem Nationalsozialismus zugeschriebenen Modernisierungsleistungen von den Kriegsfolgen geschieden werden. Schließlich ist zu fragen, ob der Nationalsozialismus wirklich die Ambivalenz »der« Moderne und nicht vielmehr die Gefahren einer nur auf technisch-wissenschaftliche Effizienz reduzierten Moderne zeigt. Mit anderen Worten: Die Anwendung des vom Indikator der Demokratisierung »befreiten« Modernisierungsbegriffs bedeutet – angesichts der unaufhebbar mit diesem Begriff verbundenen positiven Assoziationen – eine Aufwertung des Nationalsozialismus und zugleich eine Abwertung des Modernisierungsprozesses, der mit der Hypothek des Nationalsozialismus belastet wird. Zumindest bei der Neuauflage des Bandes über »Nationalsozialismus und Modernisierung« ist den Herausgebern, denkt man an das oben zitierte Nachwort, diese Problematik wohl bewußt geworden.

III. AUS DEM SCHATTEN DER VERGANGENHEIT: VON DER REHABILITIERUNG DES NATIONAL-KONSERVATISMUS ZUR FORMIERUNG DER »NEUEN RECHTEN«

Daß die Interpretation der Geschichte aufs engste mit aktual-politischen Wertungen verbunden ist, gilt auch und gerade für jene Autoren, die sich so vehement für eine wertfreie bzw. objektive Wissenschaft ins Zeug legen. So geht es ja, wie gezeigt, in den meisten der hier näher betrachteten historischen Arbeiten nicht um die Präsentation neuer Quellen oder neuer Fakten, sondern um die Neuinterpretation bereits bekannter Tatsachen und Zusammenhänge. Der Gestus des allein der historischen Wahrheit verpflichteten Wissenschaftlers und die Ablehnung »volkspädagogischer« Tendenzen der Geschichtsschreibung richtet sich – bei genauerem Zusehen wurde das deutlich – nicht grundsätzlich gegen den Anspruch, »Lehren« der Geschichte zu formulieren, sondern gegen den Inhalt der bisher vielfach gezogenen Lehren.

Mit der »Historisierung« des Nationalsozialismus sollen bestimmte Strömungen der

politischen Kultur, wie sie sich in der alten Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er, beschleunigt in den 1970er Jahren herausgebildet und auch in den 1980er Jahre noch fortentwickelt haben, zurückgedrängt werden. Ins Visier geraten weit verbreitete Geschichtsbilder, in denen sich die Ablehnung von Nationalstolz mit rassistischem Einschlag, von Militarismus und Großmachtpolitik eben als Lehre der deutschen Vergangenheit durchgesetzt hatte; all diese »Werte« schienen dauerhaft durch die Erfahrung des Nationalsozialismus diskreditiert zu sein. Um also den Weg zur Wiedergewinnung einer lang vermißten innen- und außenpolitischen Handlungsfreiheit unter Einschluß aller Optionen bis hin zur Kriegführung freizumachen, wird für einen »unbelasteten« oder »unverkrampften« Umgang mit der deutschen Geschichte und damit für eine Neuinterpretation der nationalsozialistischen Zeit plädiert. Dabei wird übersehen, daß die Herausbildung einer freiheitlichen Demokratie und die erfolgreiche Integration der Bundesrepublik Deutschland in das internationale System als Folgen aus dem (selbst-)kritischen Umgang mit der deutschen Geschichte und zugleich als Voraussetzungen eines auf der Beherrigung historischer Lehren beruhenden »neuen« Selbstbewußtseins gelten können. »Historisierung« meint eben nicht (nur) das legitime und als solches zu begrüßende Bemühen, den Nationalsozialismus in die größeren Zusammenhänge der deutschen und europäischen bzw. internationalen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einzubetten; sondern damit verbunden sind erkennbare Verharmlosungen, etwa im Rahmen modernisierungstheoretisch angeleiteter Bilanzierungen, sowie Ausgliederungen des Nationalsozialismus aus deutschen Kontinuitätslinien, z. B. durch die Bezeichnung von deutschen Verbrechen als »asiatische Taten«. »Historisierung« des Nationalsozialismus wird somit zur Voraussetzung für die »Normalisierung« des Geschichtsbildes.

Das wurde schon deutlich in dem von Backes, Jesse und Zitellmann herausgegebenen Sammelband über »Die Schatten der Vergangenheit«, der »Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus« zu geben versuchte und sich gegen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus »in Form einer ritualisierten »Bewältigungsstrategie« wandte. In der Einleitung wurde versprochen, keiner der Autoren des Bandes habe »die Absicht, sich am Streit um die Erringung »kultureller Hegemonie« zu beteiligen, wie von Exponenten der »Rechten« und »Linken« praktiziert.«¹⁹⁶ Wurden in einzelnen Beiträgen auch Grundthemen einer solchen »Hegemonie-Debatte« angerissen, wenn es etwa um die Aktualität der Begriffe des Antifaschismus¹⁹⁷ und des Anti-Antisemitismus¹⁹⁸ ging, so war die Ausrichtung des Bandes doch trotz aller politischen Implikationen des Zugriffs weitestgehend geschichtswissenschaftlich geprägt.

Doch inzwischen präsentieren sich mit zunehmender Deutlichkeit die politischen Konsequenzen der Bemühungen um die Etablierung eines neuen Geschichtsbildes. Bekenntnis zum Nationalstaat, Plädoyer für positive Staatseinstellung und Nationalgefühl, Kritik an der »Verzweigung« Deutschlands – das sind die Versatzstücke einer z. B. von Karlheinz Weißmann nachdrücklich angemahnten »grundlegenden intellektuellen und moralischen Erneuerung«, die zugleich die Voraussetzung dafür sei, dann »auch zu den Gruppierungen

190 Bedrich Löwenstein, Nationalsozialistische Revolution. Einige Fragezeichen zur historischen Begrifflichkeit, in: Nipperdey u. a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 122–135, hier S. 129 f.

191 Siehe Dipper, Modernisierung, S. 452; Messerschmidt, Nationalsozialismus, S. 92 f.

192 Siehe Frei, Wie modern, S. 375; Schneider, Nationalsozialismus, S. 541 f.

193 Siehe Könke, »Modernisierungsschub«; Schildt, NS-Regime; Weisbrod, Der Schein.

194 Siehe Könke, »Modernisierungsschub«, S. 586.

195 Siehe Tenfelde, 1914 bis 1990, S. 73 f.

196 Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 11.

197 Herbert Ammon, Antifaschismus im Wandel? Historisch-kritische Anmerkungen zur Aktualität eines Begriffs, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 568–594; Wolfgang Kowalsky, Die Vergangenheit als Crux der Linken. Zur Auseinandersetzung um »antifaschistische« Strategien und die »nationale Frage«, in: ebd., S. 595–613. Vgl. auch Hans-Helmuth Knütter, Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Ullstein, Frankfurt/Main etc. 1993.

198 Eckhard Jesse, Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus. Vergangenheitsbewältigung und Tabu, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 543–567; Michael Wolffsohn, Das Bild als Gefahren- und Informationsquelle. Von der »Judensau« über den »Nathan« zum »Stürmer« und zu Nachmann, in: ebd., S. 522–542.

und Personen [zu] kommen, die praktisch agieren können. Nur auf diesem Wege kann« – so sein Fazit – »die notwendige, gleichwohl bisher versäumte Um- und Neugründung des deutschen Staates erfolgen.«¹⁹⁹

Aufwertung der nationalstaatlichen Kontinuität und Abwertung der »alten« Bundesrepublik gehen also Hand in Hand. Daß dabei auch und gerade um »belastete« Begriffe gestritten wird, daß diese rehabilitiert werden sollen, ist nicht erstaunlich.

*

Da ist z. B. der Begriff des »National-Konservatismus«. Auch in dem in diesem Zusammenhang zu betrachtenden Band über »Die Männer des 20. Juli«²⁰⁰ geht es nicht primär um die Präsentation neuer Quellen und/oder Tatsachen, sondern ausdrücklich um »politische Wertungen«. Den vor 1989 publizierten Forschungen wird vorgehalten, ihnen habe »generell alles »Konservative« und »Nationale« als verdächtig« gegolten. So sei »der »reaktionäre« Charakter des »nationalkonservativen« Widerstandes dezidiert Kritik unterworfen« worden. Zwar sei diese Kritik zum Teil »durchaus nachvollziehbar, denn in der Tat speiste sich der Widerstand der alten Eliten auch aus der Ablehnung jenes Modernisierungsprozesses, den die Nationalsozialisten in Gang setzten. Andererseits« hätten sich »in dieser Kritik auch politische Werthaltungen« gezeigt, »die für die bundesrepublikanische Situation vor 1989 spezifisch« gewesen seien: »Von vielen Historikern wurde der deutsche Nationalstaat als geschichtlicher Irrweg betrachtet. Demnach galt, anders als in anderen westeuropäischen Ländern, alles »Nationale« *per definitionem* als »reaktionär«. Diese politischen Wertungen sind mit der Überwindung jener historischen Bedingungen, denen sie ihren Ursprung verdankten, sicherlich zu korrigieren, so daß es heute keinen Anlaß mehr gibt, den Patriotismus der »Nationalkonservativen« im deutschen Widerstand von vornherein als Ausdruck eines anachronistischen Wertesystems zu denunzieren.«²⁰¹

Hier wird deutlich, worum es geht: Der Akzent liegt nicht auf der »Verführbarkeit« national-konservativer Eliten durch den Nationalsozialismus, nicht auf der Mitwirkung an Errichtung und Etablierung der Diktatur, sondern darauf, daß aufgrund dieser patriotischen Überzeugung Widerstand geleistet wurde. Nun ist das ja keine neue Erkenntnis; diese Doppelung von partieller Integration und schließlich wachsender Bereitschaft zum aktiven Widerstand gehört – soweit es um die Angehörigen der nationalkonservativen Eliten geht – zu den Grunderkenntnissen aller Studien über die »Männer des 20. Juli«; für die beteiligten Sozialdemokraten bzw. Gewerkschafter, die vielfach zunächst in Haft oder Lager waren und dennoch an ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Nationalsozialismus festgehalten haben, gilt diese Doppelung von Mittäterschaft und Widerstand freilich nicht.

Nicht nur durch den Hinweis auf die Notwendigkeit zur Neubewertung des National-Konservatismus nach 1989/90 gliedert sich dieser Sammelband dem »Historisierungs«-Forschungszusammenhang ein. Dazu gehört auch die Distanzgebärde zur bisher vorgelegten Spezialliteratur, zu den wissenschaftlichen Konferenzen, zu den Gedächtnisfeiern und zum Geschichtsunterricht, kurz zu den »Gedenkritualen«, die – so meinen die Herausgeber zu wissen – nicht darüber hinwegtäuschen können, »daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur wenig mit dem 20. Juli anzufangen weiß«.²⁰² Die Abwertung von »Ge-

denkritualen« ist um so aparter, als sie einem Band vorausgeschickt wird, der seinerseits 1994 – zum 50jährigen Gedenken an den 20. Juli 1944 – erschienen ist. Dazu heißt es denn auch ausdrücklich: Die Menschen des 20. Juli »vorzustellen und auf diese Weise vielleicht dem Nachgeborenen ein bloßes Gedenkdatum etwas begreifbarer zu machen, ist das Anliegen dieses Bandes.«²⁰³

So sehr betont wird, daß Widerstand die Entscheidung eines einzelnen Individuums sei²⁰⁴, woraus im übrigen der biographische Zugriff voll gerechtfertigt ist, so erkennbar ist, daß es den Herausgebern doch um mehr geht; denn in der Einleitung ist nicht mehr von den Individuen die Rede, sondern diese stehen für »Schichten«: »Gerade diejenigen Schichten der deutschen Gesellschaft, welche so zahlreich [!] am Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt waren, wie Militärs und Beamte, hatten ursprünglich eine »systemimmanente« Opposition dargestellt. Ihnen war es zunächst darum gegangen, das neue Regime, das sie anfänglich im großen und ganzen begrüßten, zu beeinflussen, vielleicht zu reformieren. An Umsturz dachte noch niemand. Aber man muß berücksichtigen, daß diese Schichten, je mehr sie dann in eine substantielle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gerieten, gerade aus ihrer »Insiderlage« Vorteil ziehen konnten. [. . .] Die wirksamste Möglichkeit, Opposition zu leisten, war die Opposition im Dienst unter »vorgetäuschter Mitarbeit«. Daher waren Militärs und Beamte in der richtigen Position, um einen strategischen Platz innerhalb der Verschwörung einzunehmen.«²⁰⁵ Letzteres ist gewiß zutreffend; doch daß nun den »Schichten« insgesamt, denen die einzelnen angehörten, die am Staatsstreichversuch beteiligt waren, attestiert wird, sie hätten eine Opposition dargestellt, ist eine durch die soziale Realität der nationalsozialistischen Diktatur nicht gedeckte Behauptung.²⁰⁶ Gewiß ist zutreffend, daß es nicht nur eine »ganz kleine Clique« gewesen sei, die das Komplott getragen hat, daß vielmehr weitverzweigte Gruppen dahinter standen, die eine Art »stille Reserve« gebildet haben²⁰⁷, doch daraus auf oppositionelle Schichten zu schließen, ist doch mehr als übertrieben.

Nun können hier nicht die Einzelbeiträge vorgestellt werden. In 21 Kurzbiographien wird das Spektrum der zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli gehörenden Personen beleuchtet: Beamte wie Carl Friedrich Goerdeler und Hans Bernd Gisevius, Diplomaten wie Ulrich von Hassell, Militärs wie Ludwig Beck, Friedrich Olbricht, Hans Oster, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Gewerkschafter wie Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser, Sozialdemokraten wie Julius Leber und Geistliche wie Alfred Delp S. J. werden porträtiert.

Von den kurzen Biographien wird man nicht erwarten dürfen, sie könnten Neues bieten. Doch insgesamt ist es den Autoren und Autorinnen gelungen, die anfängliche Verwicklung und Verstrickung sowie die Lösung aus dem Regime-Netz zu zeigen, wie sie gerade den Lebensweg vieler national-konservativer Beteiligter des Aufstandsversuchs kennzeichnete; auch die Motive, die individuellen Erlebnisse und Werthaltungen, werden deutlich. Dabei entstehen keine unkritischen »Heldengemälde«, sondern die innere Widersprüchlichkeit, auch das Schillernde einzelner Personen wird markiert.

Neue Bewertungen finden sich nicht; das in der Einleitung angekündigte Konzept ist eher ein Interpretament der Herausgeber, mit dem die Stoßrichtung des Bandes, kaum die

199 *Weißmann*, Rückruf, S. 191; zu den einzelnen Forderungen bzw. Kritikpunkten siehe S. 135, S. 159 f. und S. 175.

200 *Klemens von Klemperer/Enrico Syring/Rainer Zitelmann* (Hrsg.), »Für Deutschland«. Die Männer des 20. Juli 1944.

201 Ebd., S. 11; Hervorhebungen im Original.

202 Ebd., S. 8.

203 Ebd., S. 23.

204 Siehe ebd., S. 22.

205 Ebd., S. 18.

206 Siehe dazu *Michael Ruck*, Kollaboration – Loyalität – Resistenz. Administrative Eliten und NS-Regime am Beispiel der südwestdeutschen Innenverwaltung, in: *Thomas Schnabel* unter Mitarbeit von *Angelika Hauser-Hauswirth* (Hrsg.), Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Ulm 1994, S. 124–151.

207 Siehe von *Klemperer u. a.* (Hrsg.), »Für Deutschland«, S. 19.

der einzelnen biographischen Beiträge zu kennzeichnen ist: Die Wege des National-Konservatismus führten nicht nur zu Hitler, sondern – so soll der Leser wohl lernen – auch über ihn hinaus in den Widerstand. Also nicht die Kontinuitätslinien, die zu übersteigertem Nationalismus einerseits, zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten andererseits führten, werden herausgearbeitet; in den Mittelpunkt des Interesses rückt vielmehr der auch von einzelnen Angehörigen der traditionellen Eliten in Militär und Verwaltung geleistete Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, der flugs ganzen sozialen Schichten zugeordnet wird. Und auch, daß der Widerstand der National-Konservativen sich aus Ablehnung der von den Nationalsozialisten in Gang gesetzten Modernisierung gespeist habe²⁰⁸, wird in den Biographien nicht deutlich. Ethisch motiviertes Entsetzen über das Unrechtsregime und der drohende Untergang Deutschlands – das waren zentrale Motive für die Entscheidung zum Widerstand, nicht die Ablehnung der Modernisierungsbestrebungen des Nationalsozialismus, deren Existenz überdies – wie oben gezeigt – höchst umstritten ist.

*

Ebenso wie bei dem Gedenkbuch zum 20. Juli 1944 ist auch in dem von Rainer Zitelmann herausgegebenen Buch »Demokraten für Deutschland«²⁰⁹, einer Taschenbuchausgabe des 1991 im Verlag Dietmar Straube erschienenen Buches über »Adenauers Gegner«, das Bemühen unverkennbar, einen Beitrag zur Neubewertung des Nationalismus aus der Sicht der Zeit nach der »Wende« 1989/90 zu leisten. Vorgestellt werden, ausgehend von der Alternative von Westintegration und deutscher Wiedervereinigung, die deutschlandpolitischen Konzeptionen von fünf Gegenspielern Adenauers, d. h. von Jakob Kaiser, Kurt Schumacher, Gustav W. Heinemann, Thomas Dehler und Paul Sethe.

In der Einleitung findet sich wieder der schon bekannte historisch-methodische Hinweis: »Dieses Buch beansprucht nicht, verbindliche Wertungen auszusprechen. Nach der Überzeugung des Autors vermag der Historiker als Wissenschaftler ohnehin keine moralischen oder politischen Werturteile zu fällen.« Diese Zurückhaltung gilt offenbar nicht für die Beurteilung der zeitgenössischen Zunft: »Die oftmals übliche aufdringlich-volkspädagogische »Zeigefinger-Geschichtsschreibung«, die den Leser im Kleide angeblich eindeutiger wissenschaftlicher Befunde darüber belehrt, daß der damals beschrittene Kurs der Westintegration der bestmögliche und einzig denkbare gewesen sei, ist dem Autor zuwider.«²¹⁰

Zitelmann bezieht sich auf das Schlüsselerlebnis der deutschen Einheit: »Der unter bundesdeutschen Historikern und Politikwissenschaftlern lange verbreitete Glaubenssatz, das Eintreten für den deutschen Nationalstaat sei »rückwärtsgewandt«, weil die deutsche Geschichte in der »Zweistaatlichkeit« einen für alle Zeiten zu bewahrenden idealen Endzustand erreicht habe, war ohnehin schon immer unhistorisch. Diese These braucht heute natürlich nicht mehr widerlegt zu werden.«²¹¹ Es fragt sich, ob Historiker und Politikwissenschaftler die Zweiteilung Deutschlands wirklich, wie Zitelmann schreibt, als zu bewahrenden »idealen Endzustand« und nicht eher als kaum auf friedlichem Wege zu verändernden Zustand betrachtet haben.

So entschieden sich Zitelmann auch über die bisherigen Forschungen äußert, er selbst will sich ganz zurücknehmen: Die Akteure, die Gegner Adenauers, sollen ausführlich zu Wort kommen, weil Zitate den Vorteil haben, »das Selbstverständnis möglichst authentisch und quellennah zu dokumentieren«. Darüber hinaus will Zitelmann darauf verzichten, »die Realisierungschancen der hier dargestellten Konzepte im Rahmen des beschränkten deutschen Handlungsspielraums einzuschätzen«.²¹² Das Buch verspricht also – in schon bekannter Manier – nicht mehr und nicht weniger, als »genügend Stoff zum Nachdenken« zu bieten.²¹³

Jedes Porträt, das Buch ist aus einer Serie in der »Welt« entstanden, steht für sich. Zwar werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Begriffe und Konzepte herausgearbeitet, aber, da es Zitelmann nicht darum geht, die Realisierungschancen der jeweiligen Konzeptionen auszuloten, werden die Positionen und Gruppierungen in der Darstellung nur geringfügig miteinander verkoppelt.

Anders als Adenauer, der sich nur von der Alternative zwischen Westbindung als Garantie der Freiheit einerseits oder Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands andererseits habe leiten lassen und demgemäß die Wiedervereinigung zugunsten der Westbindung zurückgestellt habe, beharrt die von Zitelmann ausgewählten Kritiker dieser Politik darauf, die »Einheit in Freiheit« anzustreben, die Position Adenauers also als Schein-Alternative zu verwerfen: Deutschland könne durchaus – so wird durch Zitelmanns Rückblick auf die Kontroversen der 1950er Jahre ins Gedächtnis gerufen – als Brücke zwischen West und Ost fungieren und dennoch Teil des Westens sein. So plädierte Kaiser dafür, daß Deutschland das Land der gesellschaftspolitischen Synthese von westlichen und östlichen Ideen sein und zugleich »dem deutschen Weg« folgen solle;²¹⁴ und Sethe sah Deutschland als »Mittler zwischen Ost und West«, der indessen im Westen verwurzelt bleiben solle.²¹⁵ Damit wird ein Problem angerissen, das Zitelmann (zusammen mit Karlheinz Weißmann und Michael Großheim) wichtig genug war, in einem eigenen Sammelband thematisiert zu werden – das Problem der Westbindung.

Die von Zitelmann vorgestellten »Gegner Adenauers« werden als Zeugen für bestimmte Ansichten und Einschätzungen herangezogen. Damit verlagert sich das Problem der Wertung von den direkten Aussagen des Autors hin zur Auswahl des Themas, der vorgestellten Personen und der Zitate. Das Politikum der Zeitungsserie wie des Buches liegt im Zeitpunkt des Erscheinens und in der Auswahl der Zitate, die – so darf man vermuten – die von Zitelmann gewünschte Botschaft transportieren, hebt er doch in der Einleitung hervor, daß die Befürworter der Wiedervereinigung Fürsprecher eines »gesunden Nationalempfindens« waren.²¹⁶ Und so wird Kaiser zitiert, der betonte: »Die Selbstkritik unseres Volkes an den Übersteigerungen des Nationalsozialismus war und ist stärker als man im Ausland gemeinhin annimmt. Aber diese Selbstkritik sollte nicht mißbraucht werden. Mißachtetes Nationalempfinden ist stets Nährboden für falschen und aggressiven Nationalismus.«²¹⁷ Dehler kommt zu Wort: Auch die schlimmen Ereignisse der nationalsozialistischen Zeit hätten ihm »den Sinn für den Wert des deutschen Volkes nicht nehmen können«.²¹⁸ Und: »Ein Volk, das sich nicht selbst bejaht, wird untergehen.«²¹⁹ Schumacher ist schließlich mit

208 Siehe ebd., S. 11.

209 Rainer Zitelmann, Demokraten für Deutschland. Adenauers Gegner – Streiter für Deutschland. Mit einem Vorwort von Erhard Eppler, Ullstein, Frankfurt/Main etc. 1993, 229 S., kart., 14,90 DM.

210 Ebd., S. 22 f.

211 Ebd., S. 23.

212 Ebd., S. 23 f.

213 Ebd., S. 25.

214 Siehe ebd., S. 32.

215 Siehe ebd., S. 151.

216 Ebd., S. 21.

217 Ebd., S. 51.

218 Ebd., S. 127.

219 Ebd., S. 146.

dem Votum vertreten: »Es ist unmöglich, ein Volk dauernd im Zustand der Zerknirschung über die Sünden eines nicht mehr existierenden Systems zu halten.«²²⁰

Enthält sich Zitelmann in den Porträts auch weitgehend eigener wertender Kommentare, was durch den Verzicht auf explizite Fragestellungen und politische Analyse erkauft wird, so ist in den Zitaten die auch von der Einleitung vorgegebene Botschaft untergebracht: Zerknirschungsmentalität behindert die Entwicklung eines gesunden Nationalbewußtseins, das als bestes Bollwerk gegen aggressiven Nationalismus (und nicht als dessen Wegbereiter) gilt.

*

Die Entlastung des National-Konservatismus und des Nationalismus einerseits, die Problematisierung der Westbindung andererseits treffen sich in einem Punkt: Die Geschichte der »alten« Bundesrepublik erscheint zwangsläufig als der »Sonderweg« der deutschen Geschichte, der mit der deutschen Einheit 1989/90 zu Ende gegangen sei.²²¹ Der »alten« Bundesrepublik, insbesondere der politischen Kultur der Jahre nach der »Kulturrevolution« 1968, werden alle jene Entwicklungstendenzen angelastet, gegen die die sich formierenden »Jungen Rechten« aufbegehren.

So häufen sich denn in letzter Zeit – nicht zuletzt dank der Verlage Ullstein und Propyläen – die Kampfansagen an den Kernbestand der politischen Kultur der »alten« Bundesrepublik. Sowohl in Karlheinz Weißmanns »Rückruf in die Geschichte« wie Klaus Hornungs großangelegter historischer Betrachtung des »Totalitären Zeitalters« finden sich zahlreiche Versatzstücke neo-konservativer Kulturkritik. Und Rainer Zitelmans Programmschrift mit dem ambitionierten Titel »Wohin treibt unsere Republik?« ist ebenso zu erwähnen wie der von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebene Sammelband über »Die selbstbewußte Nation«, der, angeregt durch Botho Strauß' Essay »Anschwellender Bocksgesang«²²², eine Bestandsaufnahme der polemischen Argumentationselemente aus dem Fundus neo-konservativer Geschichts- und Gegenwartsbetrachtung erlaubt.

Die Autoren auch dieses Sammelbandes bilden keine geschlossene Gruppe; dazu sind sie ihrer politischen Herkunft und Anschauung nach zu heterogen; doch zumindest für einen Teil von ihnen kann man von einem Gruppenzusammenhang sprechen, der sich in ähnlichen Argumentationsweisen, Ressentiments und Kampf begriffen einerseits, in übereinstimmenden Zielvorstellungen hinsichtlich einer Wiederbelebung der »Rechten« andererseits abzeichnet.

Schuld an der heutigen Misere, die Gerd Bergfleth auf den Begriff der »multikulturell-kriminellen Gesellschaft« bringt²²³, sei – so Ansgar Graw in seiner Polemik gegen den »Irrtum der Gewaltlosigkeit« – die Generation der 68er. Denn »die Tabubrecher von 1968 waren keine Abbilder des »Zarathustra«, sondern Onanisten des Konsumzeitalters«, die dafür verantwortlich seien, daß sich eine Gesellschaftsordnung entwickelt habe, in der »einem Maximum an individuellen Rechten [. . .] ein Minimum an moralischen Pflichten gegen-

über[steht].«²²⁴ Und weiter: »Die Irrtümer, die uns heute existentiell bedrohen, sind vor allem Ergebnisse linksdogmatischer Bewußtseinsveränderer und liberaler Zeiteitsurfer.«²²⁵ Über die pointiert-griffigen Formulierungen sollte die Stoßrichtung der Polemik nicht vergessen werden, die mit aller nur wünschbaren Offenheit ausgesprochen wird: Der »Dienst an der Waffe« gelte als »lästiger Anachronismus« oder als »potentielles KILLERTUM«; »Kämpfen« – so fährt Graw fort – »ist »mega-out.««²²⁶ Hierzulande kuschelt man lieber.

Auch Michael Wolffsohn stimmt in die Kritik an den »68ern« ein. Dabei geht es ihm z. B. darum, die Bedingungen zu klären, unter denen sich in den letzten Jahren die Rückkehr politisch motivierter Gewalt vollzogen hat. Sein Ergebnis lautet: »Nicht unter rechten Vorzeichen, sondern unter linken Vorzeichen« habe »der antizivilisatorische Rückfall in der westlichen Welt, also auch bei uns in Deutschland«, begonnen, und zwar sowohl durch die Verklärung der »mörderischen Kulturrevolution« in China und des »revolutionären Kampfes von Che Guevara« als auch durch die Gewalt-Debatte mit ihrer Verharmlosung des Einsatzes physischer Gewalt.²²⁷ Ist diese Bestimmung der Ursachen für die gegenwärtig zu beobachtende Zunahme politischer Gewalt auch zu einseitig, so verweist Wolffsohn doch – z. B. mit seinem Plädoyer für den Einsatz der »demokratisch legitimierten Gewalt des Staates und der Staatengemeinschaft gegen terroristische und expansionistische Gewalt von einzelnen oder Gruppen«²²⁸ – mit Recht auf Defizite der aktuellen politischen Debatte, zumindest was den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Nato- oder UN-Aktionen anlangt.

Durchaus auf dieser Linie diagnostiziert Karlheinz Weißmann, daß die Deutschen »Entscheidungsflüchter« geworden seien, die sich – als eine Folge der deutschen Geschichte – mit ihrer »ohnmächtigen Lage« nicht nur abgefunden, sondern diese sogar als »gerechte Buße« für begangene Verbrechen akzeptiert hätten.²²⁹ Aber mit »der großen Kehre, die sich seit 1989 vollzogen hat, entstand ein Impuls, der dazu führen kann, eine neue intellektuelle Formation zu bilden«, die Weißmann (einen Begriff von Peter Glotz übernehmend) als »Normalisierungsnationalisten« bezeichnet.²³⁰ Es handele sich »noch« um »eine buntscheckige Versammlung, die sich vor allem in ihren Aversionen einig ist und die Befürchtung teilt, daß die Bundesrepublik den zukünftigen Herausforderungen nicht gewachsen sein kann.«²³¹

Diese »Aversionen« werden in zahlreichen Beiträgen – mal mehr, mal weniger – deutlich artikuliert. Da fällt zunächst die Ablehnung des bisherigen Umgangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus ins Auge: »Die Dauerretrospektive Drittes Reich, die im bundesrepublikanischen Programmkinoläuft, verhindert Vergebung und Neuanfang. Das unablässige Erinnern macht gegenwarts- und zukunftsunfähig; nicht das Vergessenwollen verlängert das Exil, sondern die Unfähigkeit zu Amnesie und Amnestie.«²³² Unklar bleibt, ob

220 Ebd., S. 81 f.

221 Siehe dazu Dirk van Laak, Nicht West, nicht Ost oder Zaungäste auf Bindungssuche, in: Lohmann (Hrsg.), Extremismus, S. 88–104; Klaus Naumann, »Neuanfang ohne Tabus«, Deutscher Sonderweg und politische Semantik, in: ebd., S. 70–87, hier bes. S. 117.

222 Botho Strauß, Anschwellender Bocksgesang, in: Schwilk/Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, S. 19–40; zunächst veröffentlicht in: Der Spiegel vom 8. 2. 1993.

223 Gerd Bergfleth, Erde und Heimat. Über das Ende der Ära des Unheils, in: Schwilk/Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, S. 101–123, hier S. 102.

224 Ansgar Graw, Dekadenz und Kampf. Über den Irrtum der Gewaltlosigkeit, in: ebd., S. 281–290, hier S. 283.

225 Ebd., S. 289.

226 Ebd., S. 285.

227 Siehe Michael Wolffsohn, Nationalstaat und Multikultur. Über den deutschen Zivilisationsbruch und seine Folgen, in: ebd., S. 267–280, hier S. 274 ff.

228 Ebd., S. 280.

229 Karlheinz Weißmann, Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus für Deutschland, in: ebd., S. 309–326, hier S. 323.

230 Ebd., S. 324.

231 Ebd., S. 325.

232 Peter Meier-Bergfeld, Deutschland und Österreich. Über das Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge in Wien, in: ebd., S. 195–226, hier S. 215.

damit die Opfer oder die Täter oder deren Nachfahren zu Vergebung und Amnestie gemahnt werden. Keine Zweifel lassen Klaus Rainer Röhl und Rainer Zitelmann indessen darüber, wie sie den bisherigen Umgang mit dem Nationalsozialismus einschätzen: Für den einen zeigten sich hier »Selbsthaß« und »Nationalmasochismus«;²³³ und der andere entdeckt gar »Bewältigungsexzesse«.²³⁴

Das korrespondiere – so Roland Bubik – mit der Dominanz der Linken in den Medien, deren »Herrschaft« »faktisch [. . .] totalitär« sei.²³⁵ Und weiter: »Worum heute faktisch gefochten wird, ist die Balancierung der relativen linken Dominanz durch eine sich tatsächlich entwickelnde demokratische Rechte. Das was die Linke vermittelt, ist die Bedrohung der Demokratie durch einen Feind, der kurz vor seinem Ziel steht und nur durch eine kollektive Kraftanstrengung noch davon abgehalten werden kann. Das so mobilisierte Potential hat sie als Chance erkannt, nun ihrerseits die absolute Herrschaft im öffentlichen Raum zu erlangen. Deutschland erlebt die zweite Revolution der 68er: Der illiberale »Antifaschismus« der Radikalen von links, der früher zum guten Teil Freizeitspaß gesellschaftlicher Randgruppen war, wird zum konstitutiven Selbstverständnis unseres Staates erhoben.«²³⁶ Gerade dem »totalitären Charakter des linken Meinungsmonopols« lasse sich jedoch »auch Nutzen abgewinnen, werden dadurch doch ganz von selbst Gegenkräfte freigesetzt«, zu deren Bündelung Bubik, selbst Redakteur der »Jungen Freiheit«, der »Jungen Rechten« den »Aufbau eigener Kommunikationsmittel« anempfiehlt.²³⁷

Entwirft Bubik das Bild eines geradezu totalitär-kämpferischen Meinungsterrors der »Linken«, dessen Realitätsnähe schwer zu belegen sein dürfte²³⁸, so wendet sich Weißmann gegen die »Seichtigkeit« der herrschenden Ideologie, die er als ein »Gemisch aus hedonistischen, individualistischen und reduktionistischen Vorstellungen« charakterisiert, das unter den Bedingungen der Wohlstandsgesellschaft in Westdeutschland große Anziehungskraft entwickeln konnte.²³⁹

Zusammen mit der Entlastung des Begriffs des »National-Konservatismus« soll auch – so Rainer Zitelmann – eine Rückeroberung des Begriffs »rechts« eingeleitet werden. Darum stellt er die Frage, ob Hitler eigentlich »rechts« gewesen sei; und da Hitler sich selbst – so das Ergebnis von Zitelmans Analyse – nicht als »rechts« verstanden habe, meint Zitelmann den Weg zu einer »demokratischen Rechten« zumindest begrifflich freigelegt zu haben.²⁴⁰

Überhaupt ist in dem Band viel von einer neuen »intellektuellen«, »demokratischen«, »gemäßigten« oder »jungen Rechten« die Rede, für deren Herausbildung – laut Zitelmann – die »Voraussetzungen [. . .] gut« seien.²⁴¹ Dieser »demokratischen Rechten« empfiehlt er dann, sich insbesondere mit Multikulturalismus und Feminismus auseinanderzusetzen.²⁴²

233 Klaus Rainer Röhl, Morgenthau und Antifa. Über den Selbsthaß der Deutschen, in: ebd., S. 85–100, hier S. 85 u. S. 97. Vgl. ders., Linke Lebenslügen. Eine überfällige Abrechnung, Ullstein, Berlin etc. 1994.

234 Rainer Zitelmann, Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte, in: Schwilk/Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, S. 163–181, hier S. 175.

235 Rainer Bubik, Herrschaft und Medien. Über den Kampf gegen die linke Meinungsdominanz, in: ebd., S. 182–194, hier S. 184.

236 Ebd., S. 186; Hervorhebungen im Original.

237 Ebd., S. 188. Zur »Jungen Freiheit« siehe Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der »Jungen Freiheit«, Duisburg 1994.

238 Siehe dazu van Laak, Nicht West, bes. S. 96 ff.

239 Siehe Weißmann, Herausforderung, S. 324.

240 Zitelmann, Position, S. 165. Vgl. schon ähnlich ders., Hitler, S. 414 ff.

241 Ebd., S. 178.

242 Siehe ebd., S. 179 f.

Die Aufgabe der »demokratischen Rechten« aber sei es nicht, »Theoriearbeit« im Sinne der Linken zu leisten, sondern entschlossene und wirksame Antworten auf die uns bedrängenden Problemlagen, Ängste und Krisen zu geben. Die Linke hat auf die wirklichen Probleme, nämlich die ständig steigende Kriminalität, die Einwanderungsproblematik, die Gefahren für die äußere Sicherheit, die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands, die Hypertrophie des Wohlfahrtsstaates etc. keine Antwort. Ihre Rolle beschränkt sich heute darauf, Problemlösungen zu behindern, weil die zur Lösung notwendigen Mittel nicht mit den Prämissen der Ideologie in Übereinstimmung zu bringen sind. Hier liegt – so der Schlußsatz – »die Chance der demokratischen Rechten«.²⁴³

Auch Ernst Nolte spricht sich in seiner Reflexion »Über Geschichte und Aktualität einer politischen Alternative« für eine »gemäßigte Rechte« aus, die, wenn sie erfolgreich wäre, die »wichtigsten Züge der Linken ihres Überschwangs entkleidet und in sich aufgenommen« hätte. Als Alternativen zu diesem Prozeß vermag Nolte »nur die uneingeschränkte, aber mit Sicherheit zu neuen Konflikten führende Vorherrschaft der verschiedenen Versionen der Linken« einerseits oder »das mögliche Aufkommen einer extremen Rechten« andererseits auszumachen.²⁴⁴

Hier wie in den Beiträgen von Zitelmann und Bubik zeigt sich ein bemerkenswerter und folgenschwerer Reduktionismus: Es gibt in der politischen Landschaft der Bundesrepublik offenbar nur »Linke« oder »Rechte«, wobei »die« Linke eine hegemoniale Position innehat. Diese Polarisierung ist entweder einer aufgrund von Aversionen, also emotionsgeladenen Vorurteilen deutlich verzerrten Wahrnehmung der politischen Mehrheitsverhältnisse sowie der Medienlandschaft zuzuschreiben, oder sie folgt strategischen Überlegungen, bedarf es doch zur Formierung der »Neuen Rechten« eines ausreichend scharf gezeichneten Feindbildes der »Linken« bzw. des »Antifaschismus«.

Auf der Tagesordnung stehe, so hat Weißmann angemahnt, die »Um- und Neugründung des deutschen Staates«.²⁴⁵ Der damit verbundene »Rückruf in die Geschichte« ist durchaus ernst gemeint: Eng verbunden mit dem hämischen Blick auf die angeblich »einfache Welt vor 1989«²⁴⁶ ist das Bemühen, der heutigen Generation politische Orientierungspunkte zu liefern – die wieder die alten sind: Euphemistisch regt Michael J. Inacker an: »Für die deutsche Sicherheitspolitik bedeutet dies, zur Würde und Gelassenheit zurückzufinden, mit denen die politische Klasse in England, Frankreich und Amerika in Zeiten der Krise zu handeln pflegt.«²⁴⁷ Dieser politischen Bestandsaufnahme gegenüber ist zum einen daran zu erinnern, daß die Geschichte der »alten« Bundesrepublik keineswegs frei von Bedrohungen und Krisen gewesen ist – oder wie sollte man die Berlin-Ultimeaten und den Mauerbau, die Herausforderung durch den Terrorismus oder die Weltwirtschaftskrise im Gefolge des Ölpreisschocks 1973 nennen? Und zum zweiten wird man der deutschen Politik von den Regierungszeiten Konrad Adenauers über die Willy Brandts und Helmut Schmidts bis zu der Helmut Kohls kaum nachsagen können, sie habe gegenüber nationalen und globalen Problemen nicht Würde und – manchmal gar zu viel – Gelassenheit gezeigt.

Wenig später wird Inacker konkreter, »verlangt« er doch »von der politischen Klasse eine Abkehr vom domestizierten Leviathan, vom Verständnis des Staates als einer kollek-

243 Ebd., S. 181.

244 Siehe Ernst Nolte, Links und rechts. Über Geschichte und Aktualität einer politischen Alternative, in: Schwilk/Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, S. 145–162, hier S. 161.

245 Weißmann, Rückruf, S. 191.

246 Karl-Eckhard Hahn, Westbindung und Interessenlage. Über die Renaissance der Geopolitik, in: Schwilk/Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, S. 327–344, hier S. 335.

247 Michael J. Inacker, Macht und Moralität. Über eine neue deutsche Sicherheitspolitik, in: ebd., S. 364–380, hier S. 367.

tiven Schrebergartenkolonie, und die Rückkehr zu jener demokratischen Wehrhaftigkeit, wie sie allen historisch verankerten Demokratien zu eigen ist und wie allein sie vor Extremismus schützen kann – nach innen und außen.« Mit einem (allerdings verkürzten) Zitat aus Hans-Peter Schwarz' Buch-Essay über »Die gezähmten Deutschen«²⁴⁸ gibt Inacker Orientierungshilfe: Die deutsche Politik müsse ein »anderes Ethos« entwickeln, dessen Eckpunkte lauten: »Wachsamkeit, Kampfbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, Sinn für Rechtsregeln und Machtverhältnisse, Rationalität, umsichtiger Kalkül, Kaltschnäuzigkeit.«²⁴⁹

Nach und nach gewinnt das angestrebte – neue – Deutschland Konturen, und zwar in der Ablehnung des gegenwärtigen: Da beklagt Graw, daß das »Kämpfen [. . .] mega-out« sei, daß man hierzulande lieber kuschle.²⁵⁰ Und Heimo Schwilk konstatiert – gestählt durch seine Vertiefung in Werk und Geist Ernst Jüngers – anklagend: »Die Pazifizierung der Gesellschaft zum Zwecke konsequenter Schmerzvermeidung kulminiert heute in ihrer Effeminierung, bewirkt durch Konsum-Hedonismus und die kulturrevolutionären Umtriebe des Feminismus.«²⁵¹ Da verkündet Peter Meier-Bergfeld in seinem Vergleich von »Deutschland und Österreich«: »Der Staat aber muß – im Extremfall – vom Leben seiner Söhne als Soldaten zehren, das kann keine Frauenmoral billigen. Sich die Staatsmoral als erweiterte Familienmoral zurechtzuschustern, das bedeutet aber das Ende des Staates. Dieses Ende ist dann gekommen, wenn sich der junge Wehrpflichtige am Kasernentor mit seinem Baby auf dem Arm meldet. Oder wenn in Kriegergedenkstätten Büsten trauernder Mütter mit Kind« – wie in der Neuen Wache – »aufgestellt werden. Wer das tut, verwirkt moralisch das ius belli, das zum Staat gehört.«²⁵²

Rückkehr zur »Normalität«, Ablehnung einer deutschen »Sonderrolle« – das ist die vorherrschende Devise, die im übrigen auch die einzige Autorin – Brigitte Seebacher-Brandt²⁵³ – in dem von Schwilk und Schacht herausgegebenen Sammelband vertritt. Die hier versammelten Beiträge erwecken insgesamt den Eindruck, als werde für eine »neue Machtpolitik« plädiert, ohne deren Voraussetzungen, Notwendigkeit und Zielrichtung in den Blick zu nehmen. Zunächst wäre doch zu fragen, ob die »alte« Bundesrepublik nicht ihrerseits durchaus »Machtpolitik« betrieben hat. Wenn darunter Vertretung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen verstanden wird, so wird man vom Auf- und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft über die Durchsetzung der Entspannungs- und Ostpolitik bis hin zum Prozeß der Vereinigung Deutschlands eine – in Abstimmung mit Nachbarn und Partnern entwickelte und durchgesetzte – erfolgreiche Interessenpolitik konstatieren können. Wenn dies offenbar nicht als »wirkliche« Machtpolitik (an-)erkannt wird, kann sich hinter diesem Begriff nur eine andere Erwartung verbergen; der soldatisch-militärische Argumentations- und Sprachduktus läßt vermuten, daß mit dem Begriff der

Machtpolitik die Option auf eine Politik des Alleingangs, der Durchsetzung der eigenen Ziele auf Kosten anderer oder auch der militärischen Intervention eröffnet werden soll. Keine Antwort wird auf die Frage gegeben, warum Deutschland zu derartigen überholten Formen der Machtpolitik zurückkehren soll. Nur weil es wieder einen einigen deutschen Staat gibt? Ist nicht weiter zu fragen, welche Rolle in einer Zeit wachsender internationaler Verflechtung dem Nationalstaat »alter« Prägung zukommt? Stellt sich nicht ganz pragmatisch die Frage, ob sich die deutsche Politik angesichts der massiven internationalen Herausforderungen nicht überheben würde, wenn sie versuchte, auch nur einen Teil dieser Probleme im Alleingang bewältigen zu wollen? Und schließlich: Welche vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich durch die so vehement kritisierte Politik vernachlässigt worden? Statt Großmachtträumen, deren verhängnisvolle Konsequenzen in der deutschen Geschichte mehrfach deutlich geworden sind, nachzuhängen, sollte der ebenso rationale wie kooperative Gebrauch von staatlichen Machtmitteln eher als Ausdruck eines produktiven historischen Lernprozesses verstanden werden, der auf Katastrophenvermeidung zielt.²⁵⁴

*

Kann man schon den von Schwilk und Schacht herausgegebenen Sammelband als eine Art »Manifest« einer sich neu formierenden »Rechten« sehen, so gilt das wohl auch für die politisch-publizistischen Betrachtungen, die Rainer Zitelmann 1994 unter dem Titel »Wohin treibt unsere Republik?« veröffentlicht hat. Da er – so betont er einleitend – zusammen mit seinen »Freunden Ulrich Schacht, Heimo Schwilk, Michael Wolffsohn und Jürgen Braun«²⁵⁵ zu den Initiatoren des »Berliner Appells« vom Herbst 1994 gehörte, sich also aktiv in die (FDP-)Politik eingemischt habe, könne er, anders als bei seinen früheren Publikationen, bei diesem Buch nicht den »Standpunkt des distanzierenden und unparteilichen Geschichtswissenschaftlers einnehmen«.²⁵⁶ Mit diesem Buch rückt Zitelmann immer klarer zum Stichwortgeber und Wortführer einer neuen »demokratischen Rechten« auf, eine Rolle, die er auch bei der publizistischen Vertretung des Aufrufs zum »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen«, veröffentlicht in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 7. April 1995, übernahm. In Übereinstimmung mit den inzwischen gängigen Vorurteilen über die politische Kultur der letzten Jahre, gilt es ihm als ausgemacht, daß sich ein »Tabuschleier« über »unsere Republik gelegt« habe, der die intellektuelle Debatte zu ersticken drohe.²⁵⁷ Das sei das Ergebnis der geistig-politischen Linksverschiebung seit 1968, fänden sich doch »die von den »Ideen von 1968« geprägten Menschen in den wichtigsten Institutionen unserer Gesellschaft« wieder und veränderten »diese in ihrer Substanz«.²⁵⁸

Die Folgen dieser Hegemonie der »Linken« in Medien, Universitäten, Schulen, Kirchen und Parteien für die Entwicklung der politischen Kultur seien unübersehbar; Zitelmans Katalog reicht von den gewaltverherrlichenden Deformationen der Sprache und dem gegenwärtigen Faschismus-Verdacht über die Identifizierung der Demokratie mit plebiszitären Vorstellungen bis zur Herabsetzung konservativer Begriffe wie Autorität, Ordnung und Pflichterfüllung und zur Verächtlichmachung der Polizei.²⁵⁹

248 Siehe *Hans-Peter Schwarz*, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, 2. Aufl., Stuttgart 1985.

249 *Inacker*, *Macht*, S. 374 f. Inacker läßt das Zitat hier enden, ohne zu zeigen, daß *Schwarz* (*Die gezähmten Deutschen*, S. 165) diese Ausführungen im Nachsatz relativiert hat, fährt er doch fort: »Damit verbinden sollen und können sich zwar Kooperationsbereitschaft, ein gewisses Maß an Solidarität, ein erweitertes Verantwortungsgefühl auch für diejenigen, die dem eigenen Staat und der eigenen Sicherheitsgemeinschaft nicht angehören. Doch sie dürfen nicht ausschließlich dominieren.«

250 Siehe *Graw*, *Dekadenz*, S. 285.

251 *Heimo Schwilk*, *Schmerz und Moral. Über das Ethos des Widerstehens*, in: *Schwilk/Schacht* (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation*, S. 393–403, hier S. 396.

252 *Meier-Bergfeld*, *Deutschland*, S. 209.

253 Siehe *Brigitte Seebacher-Brandt*, *Norm und Normalität. Über die Liebe zum eigenen Land*, in: *Schwilk/Schacht* (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation*, S. 43–56, hier bes. S. 54 ff.

254 Siehe dazu *Wehler*, *Angst*, S. 8 f.

255 *Zitelmann*, *Wohin treibt*, S. 11.

256 Ebd., S. 12.

257 Ebd., S. 11.

258 Ebd., S. 37.

259 Siehe ebd., S. 38 f.

Dieser Einfluß beruhe auf einem Zusammenspiel der »Linken«, ob sie nun zur SPD, zu den Grünen, zur PDS oder zur CDU gehören. Verstärkt durch politische Grundströmungen der ehemaligen DDR, visierten sie die Umgestaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik zu einer »antifaschistisch-demokratischen Ordnung«, zu einer »DDR light« an.²⁶⁰ Doch gerade weil die »Linke« den Bogen überspannt habe, erhöhten sich nun die Chancen einer Gegenbewegung, die Zitelmann offenbar einerseits in einer Regeneration der bürgerlichen Parteien, andererseits in der Formierung einer »demokratischen Rechten« meint erblicken zu können.

Mag eine derartige Überzeichnung des Einflusses der »Linken« auf Politik und Kultur auch eher zum Schmunzeln anregen können²⁶¹, so ist doch nicht zu übersehen, daß Zitelmann damit offenbar nicht nur in ganz kleinen Zirkeln anzusiedelnde Ressentiments bündelt. Daß derartige Aversionen entstehen und politikfähig werden können, liegt auch daran, daß es eine Fülle von Problemen gibt, bei deren Lösung sich die im Bundestag vertretenen Parteien insgesamt in der letzten Zeit als wenig handlungsfähig erwiesen haben. So kann man zwar kritisieren, daß Zitelmann mit seinem Angriff auf die »linke Hegemonie« einer grotesken Verzerrung der Wirklichkeit aufsitze oder Vorschub leistet; doch man darf nicht glauben, durch den Nachweis des Gegenteils einen Beitrag zur Schaffung eines neuen liberal-demokratischen Grundkonsenses leisten zu können. Dazu ist vielmehr eine politische Diskussion nötig, die sich konkret und aktiv auch und gerade mit den von der »Neuen Rechten« aufgegriffenen Problemen auseinandersetzt, um die Bereitschaft und Fähigkeit des politischen Systems zu deren Lösung unter Beweis zu stellen.

IV. »HISTORISIERUNG« UND »NEUE RECHTE«: EINE BILANZ

Ziehen wir abschließend eine Bilanz: Im Gewand vorgeblicher Wertfreiheit hat sich, vorangetrieben von Veröffentlichungen der Verlage Ullstein und Propyläen, innerhalb der Geschichtswissenschaft ein Forschungs- oder besser Publikationszusammenhang formiert, der inzwischen – das gilt für die Wortführer der »Historisierungs«-Bemühungen – mit Vertretern durchaus vordergründiger aktual-politischer Interessen verzahnt ist. Die Verknüpfung von wissenschaftlicher Aufarbeitung des Nationalsozialismus in historisierender Absicht einerseits mit dem Ziel einer »Normalisierung« des deutschen Geschichtsbewußtseins als Voraussetzung für die Rückgewinnung einer lang vermißten politischen Handlungsfreiheit des vereinten Deutschland andererseits, die vielfach in Rezensionen und Stellungnahmen hinter den »Historisierungs«-Bemühungen seit Ende der 1980er Jahre vermutet wurde, ist mit den eher journalistisch angehauchten Publikationen der letzten Zeit deutlich geworden.

Hand in Hand mit der Revitalisierung der Traditionen der deutschen National- im Sinne einer Machtstaatsgeschichte geraten Koordinaten ins Wanken, die der Politik und der politischen Kultur der Bundesrepublik bisher weitestgehend anerkannte Orientierungspunkte boten: Friedfertigkeit und internationale Zusammenarbeit, Westbindung und liberales Demokratieverständnis.²⁶² Angesichts der Erfolge, die die »alte« Bundesrepublik Deutsch-

land mit ihrer »kooperativen Außenpolitik«, d. h. der Verfolgung der eigenen Ziele unter Berücksichtigung der Ziele der Partner, etwa auf dem Gebiet der europäischen Einigung, beim Aufbau kollektiver Sicherheitssysteme und schließlich bei der Einheit Deutschlands erreicht hat, sind die mit überholten machstaatlichen Kategorien verbrämten Aversionen gegen die bisherige deutsche Politik schwer nachvollziehbar.

Auch bleibt angesichts dieses Befundes unklar, inwiefern die Deutschen erst eine »selbstbewußte Nation [. . .] werden müssen«, wie das der oben erwähnte Aufruf zum »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen« suggeriert. Das hier geforderte Selbstbewußtsein kann sich im übrigen wohl kaum daraus gewinnen lassen, daß nicht nur an die »nationalsozialistische Schreckensherrschaft«, sondern auch an »Vertreibungsterror« und »neue Unterdrückung im Osten« erinnert wird. Selbstbewußtsein kann vielmehr aus der Tatsache erwachsen, daß – begünstigt von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die zunächst den Westzonen der Bundesrepublik gegebene Chance zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft genutzt wurde.

In der »neuen« Perspektive gilt die Geschichte der Bundesrepublik bis 1989 als »Sonderweg« in (angeblich) »einfacher Zeit«, der nun, mit der deutschen Einheit und der Erlangung der vollen Souveränität, wieder in den »normalen« Weg der deutschen Nationalgeschichte eingemündet sei.²⁶³ Eben diese »Normalisierung«, dieser »Rückruf in die Geschichte« verlange eine Rückbesinnung auf die »alten« Werte und Tugenden.

Getreu der Maxime, »daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«²⁶⁴, schickten sich einige Historiker und Politikwissenschaftler, inzwischen unterstützt von einer Reihe von Publizisten, an, die nationalsozialistische Vergangenheit und als »belastet« diskreditierte Begriffe und Werte neu zu interpretieren bzw. zu rehabilitieren. Das gilt nicht nur für die »großen« Werte und Werthaltungen wie Nation, Nationalstolz und National-Konservatismus, sondern auch für eine Reihe von »Staatstugenden«, wie »Tapferkeit, Rechtschaffenheit, Pflichterfüllung, Diensttreue, Wachsamkeit, Ehre, Überwindung des inneren Schweinehundes, Ehrfurcht, Opfermut, Altruismus«.²⁶⁵ Auffallend an dieser Auflistung ist nicht nur der männlich-soldatische und autoritäre Duktus, sondern auch das Fehlen aller demokratisch-partizipatorischen Normen – von der Zivilcourage über Solidarität, Kompromißfähigkeit und Toleranz bis zur Fähigkeit zur kompetenten Selbst- und Mitbestimmung. Und auffallend ist der Verzicht auf die Frage nach dem Sinn der eingeklagten Tugenden: Ehrfurcht – wovor? Tapferkeit und Opfermut – wofür? Pflichterfüllung und Diensttreue – bei Erledigung welcher Aufgaben?

Diese Fragen stellen heißt keineswegs, den Sinn einzelner dieser Tugenden – wie Tapferkeit, Rechtschaffenheit, Wachsamkeit und Altruismus – im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft zu leugnen; so ist z. B. Tapferkeit bei der Verteidigung von Diskriminierten, ist Wachsamkeit bei Aushöhlung und Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durchaus erwünscht. Schließlich ist davon auszugehen, daß auch eine Demokratie, wenn sie lebendig bleiben soll, derartige Normen braucht, diese indessen inhaltlich an den Charakter einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft binden muß, um sie gegen die Instrumentalisierung zugunsten militaristischer oder nationalistischer Zielsetzungen zu immunisieren.

260 Ebd., S. 202.

261 Siehe z. B. Gunter Hofmann, Kampf gegen Windmühlen, in: Die Zeit vom 16. 2. 1995.

262 Siehe dazu Schwarz, Die gezähmten Deutschen, S. 155: »den beunruhigenden Sachverhalt der Macht ernstzunehmen, heißt allerdings nicht dafür plädieren, daß sich die Bundesrepublik Deutschland etwa von den Prinzipien abwendet, von denen sie sich seit ihrer Gründung leiten läßt: internationale Zusammenarbeit, friedliche Konfliktlösung, Respekt vor dem Lebensrecht anderer Völker, Verantwortung für die Aufrechterhaltung internationaler Ordnung [. . .].«

263 Siehe dazu ders., Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994; Gregor Schöllgen, Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993.

264 Michael Stürmer, Geschichte in geschichtslosem Land, in: FAZ vom 25. 4. 1986, nachgedruckt in: Historikerstreit, S. 36–38, hier S. 36.

265 Meier-Bergfeld, Deutschland, S. 212.

Nun kann man einen soldatisch-autoritären Wertekanon inhaltlich kritisieren und seine längst erwiesene Untauglichkeit zur Sicherung humanen Zusammenlebens in Erinnerung rufen, doch muß man sich wohl darüber klar sein, daß allein von der gehäuften Nennung bzw. Anmahnung derartiger »Staatstugenden« eine Aushöhlung der liberal-demokratischen politischen Kultur ausgeht. Längst obsolet geglaubte Normen werden hoffähig geredet, und zugleich findet eine Desensibilisierung statt, die die bisher mit diesen Begriffen wegen ihrer Mißbrauchs-Anfälligkeit zumeist verbundenen negativen Assoziationen zurücktreten läßt.

Ferner fällt auf, daß diejenigen, die sich in ihren Arbeiten vehement gegen »Schwarz-Weiß-Bilder« aussprechen, selbst keineswegs frei sind von massiven Feindbild-Konstruktionen. Schon die verständnisvolle Einfühlung in die Gedankenwelt des Nationalsozialismus kommt nicht aus ohne die unbedingte Ablehnung des Bolschewismus bzw. der »Ewigen Linken«, die als eine Art »Urübel« erscheint; so brauchen all jene, die einer »Neuen Rechten« das Wort reden, als Folie für die Legitimität ihrer Bestrebungen das Bild einer übermächtigen, wohl gar noch »Ewigen Linken«, die angeblich in der Lage sei, Politik und Medien in der Bundesrepublik »total« zu bestimmen.

Voraussetzung dafür, daß sich die »Neue Rechte« überhaupt mit einiger Aussicht auf Erfolg etablieren kann, ist nicht nur die »Historisierung« des Nationalsozialismus, nicht nur die Entlastung bestimmter Begriffe und Werte, sondern vor allem die Erlangung einer gewissen »Reputierlichkeit«, einer gewissen »Hoffähigkeit«. Gerade hier liegt die Bedeutung der geschickten Mischung der Autoren, die die Herausgeber in den hier näher vorgestellten und zudem in anerkannten Verlagen publizierten Sammelbänden zusammenbringen. Überwog in den Bänden »Die Schatten der Vergangenheit« und »Nationalsozialismus und Modernisierung« sowie in der Festschrift zu Noltes 70. Geburtstag eindeutig der wissenschaftliche Zugriff, so hat sich unter dem Banner der »selbstbewußten Nation« eine bunte Schar von Wissenschaftlern und Publizisten versammelt, deren Spektrum von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und der »Welt« über den »Rheinischen Merkur« bis zur »Jungen Freiheit« reicht.²⁶⁶ Einzelne der am letztgenannten Band beteiligten Wissenschaftler – Ernst Nolte, Rainer Zitelmann und Michael Wolffsohn – waren von Anfang an dabei, so daß sich hier der Weg, vielleicht besser der Pfad von der »Historisierung« des Nationalsozialismus zum Umfeld einer sich neu formierenden »demokratischen Rechten« abzeichnet.

Dieser Entwicklungsprozeß von der primär geschichtswissenschaftlichen Betrachtung zur aktual-politischen Stellungnahme zeigt sich wohl am deutlichsten bei Nolte und Zitelmann: Mit der Rehabilitierung des National-Konservatismus und des Begriffs »rechts«, mit der Reduktion des Nationalsozialismus auf den Antibolschewismus, mit der Aufwertung des Nationalsozialismus als eines Motors gesellschaftlicher Modernisierung, mit der Argumentationsfigur des »historischen Rechts« des Nationalsozialismus und schließlich mit dem Feindbild der »Ewigen Linken«, das auch und vor allem auf die politische Kultur der Zeit nach 1968 angewandt wird, vollzog sich eine von vornherein angelegte, indessen erst in jüngster Zeit offensichtliche Vermischung von historischer und aktual-politischer Argumentation, die schließlich in allein tagespolitisch motivierte Meinungsäußerungen mündete.²⁶⁷ Hier zeigte sich, daß es – wie ohnehin vermutet – bei all der mit dem Anspruch reiner bzw. objektiver Wissenschaft wortreich vorgetragenen Ablehnung von »volkspäd-

agogischen« Bestrebungen letztlich nicht um die grundsätzliche Zurückweisung jedes politisch-moralischen Urteils, nicht um den stets angemahnten Verzicht auf »Lehren« aus der Geschichte, sondern um die inhaltliche Füllung der für angemessen gehaltenen Urteile und Lehren, also um eine »Volkspädagogik« von rechts«, ging und geht.

Dabei hat das Plädoyer für eine »Neue Rechte« gewiß an Hoffähigkeit gewonnen durch die wissenschaftliche Reputation Noltes, auf dessen mit dem Gestus des anerkannten Wissenschaftlers vorgetragene »Historisierungs«-Versuche sich die ersten Argumentationslinien legitimierend bezogen. Im übrigen tragen die »Schüler« Noltes selbst nicht unerheblich zur Reputation ihres Wegbereiters bei, indem sie sich in ihren eigenen Arbeiten explizit auf Noltes methodische Vorgaben berufen oder aber als Interpreten von Noltes Werk auftreten.²⁶⁸ Das erhebt Nolte in den Rang eines »Klassikers« und unterstreicht zugleich den »schulbildenden« Charakter von Noltes Werk, von dessen dadurch manifestiertem Ruhm wiederum seine »Nachfolger« profitieren.

Nun wäre es gewiß falsch, behaupten zu wollen, alle Wege der »Historisierung« des Nationalsozialismus führten in die Nähe der »Neuen Rechten«, von deren Formierung zur Zeit so viel die Rede ist; eine solche Annahme gilt nicht für Martin Broszat mit seinen Mitte der 1980er Jahre geäußerten Überlegungen und auch nicht für die Autoren der meisten hier näher vorgestellten Untersuchungen. Doch ohne die mit dem Anspruch »objektiver Wissenschaftlichkeit« vorangetriebenen »Historisierungs«-Bemühungen im engeren Umfeld Noltes und ohne die entsprechende Publikations-Offensive bei Ullstein und Propyläen wäre es jenen, die sich für eine »Um- und Neugründung des deutschen Staates«²⁶⁹ durch eine »Neue Rechte« stark machen, eben angesichts der »Schatten der Vergangenheit« schwerer gefallen, ihren politischen Standort offensiv zu vertreten.

Allerdings hat diese »Neue Rechte«, von deren Formierung in einer Reihe von Publikationen berichtet wird, bisher noch keine organisatorische Gestalt angenommen. Auch ist unklar, ob es sich um die Gründung einer neuen politischen Partei, die Stärkung bereits vorhandener Splitterparteien (z. B. Bund freier Bürger) oder um die Revitalisierung national-konservativer Elemente in CDU/CSU oder FDP handeln soll. Die »Neue Rechte« ist wohl zur Zeit eher ein sich selbst propagierendes Medien-Ereignis, das sich primär als ein Publikationszusammenhang zeigt, in dem die Bereitschaft oder der Wille zur »Historisierung« des Nationalsozialismus sowohl Erkennungsmerkmal als auch Kristallisationskern für die Herausbildung einer »Denkfamilie«²⁷⁰ darstellt, die sich indessen vor allem durch gemeinsame »Aversionen« gegen Politik und politische Kultur der »alten« Bundesrepublik Deutschland konstituiert.

Die Chancen, daß aus diesem Publikations-Netzwerk eine neue rechte Partei entsteht, sind gewiß nicht in Schwächen des wissenschaftlichen, sondern in Defiziten des politischen Diskurses zu suchen. So wird man kaum sagen können, daß die mit dem Anspruch der »Historisierung« des Nationalsozialismus auftretenden Untersuchungen die bisherige geschichtswissenschaftliche Forschung inhaltlich revidiert oder zu einem Perspektivenwechsel genötigt haben. Doch die politischen Ansprüche der »Neuen Rechten«, zu deren Legitimation eine Revision des Geschichtsbildes eingefordert und betrieben wird, können sich zu Herausforderungen des liberal-demokratischen Systems auswachsen, wenn

266 Siehe oben Anm. 25.

267 Siehe Nolte, Streitpunkte, S. 426 ff.; vgl. auch seine Aussagen im »Spiegel« Nr. 40, 1994, S. 83 ff. Im Hinblick auf Rainer Zitelmann ist an die Beteiligung am »Berliner Appell« zu erinnern sowie an sein Buch »Wohin treibt unsere Republik?«. Zu denken ist auch an den in der FAZ vom 7. 4. 1995 publizierten Appell zum »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen«.

268 Siehe z. B. Rainer Zitelmann, Nationalsozialismus und Antikommunismus. Aus Anlaß der Thesen von Ernst Nolte, in: Backes u. a. (Hrsg.), Die Schatten, S. 218–242; ders., »Gerechtigkeit«; Jesse, Ernst Noltes Totalitarismusverständnis; Kai-Uwe Merz, »Ich wollte mir klar werden über das, was unklar war«. Annäherungen an Ernst Noltes Antworten, in: Nipperdey u. a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg, S. 526–542.

269 Weißmann, Rückruf, S. 191.

270 Siehe ebd., S. 190.

und solange die Lösung der anstehenden politischen und sozialen Probleme – vom Abbau der Massenarbeitslosigkeit über die Klärung der Rolle der Bundeswehr und der Frage der Einwanderung bis hin zur Eindämmung der Kriminalität – nicht aktiv vorangetrieben wird.

So bleibt als Fazit festzuhalten: Wer nach dem raschen Ende des »Historikerstreits« geglaubt hat, die Tendenzen zur Relativierung des Nationalsozialismus seien im Keim erstickt worden, der sieht sich inzwischen getäuscht. Stärker als 1986/87 erkennbar oder zumindest belegbar, zeigen sich inzwischen die von kritischen Beobachtern damals herausgestellten politischen Implikationen einer Neubewertung des Nationalsozialismus im Gewande der »Historisierung«. Bezogen auf die geschichtswissenschaftliche Debatte, wird man sagen können, daß der Ertrag der mit dem Etikett der »Historisierung« vorgelegten Arbeiten zumeist recht gering geblieben ist; und dort, wo – wie bei der Erforschung der sozialen Basis des Nationalsozialismus oder der nationalsozialistischen Sozial- und Gesellschaftspolitik – in den letzten Jahren deutliche Fortschritte zu verzeichnen sind, wären die Analysen auch ohne den offenbar als »marktgängig« eingestuften Gestus der »Historisierung« bzw. des »Tabu-Bruchs« ausgekommen. Berücksichtigt man indessen die von der »Historisierung« des Nationalsozialismus ausgehenden Impulse zur »Normalisierung« des Geschichtsbildes, die mit einem gehörigen Publikationsausstoß und entsprechender Medienunterstützung vorangetrieben wird, so zeigt sich, daß die Bedeutung der Debatte nicht an ihren wissenschaftlichen Ergebnissen, sondern in Ansätzen zur Veränderung der politischen Kultur der 1990er Jahre abzulesen ist, deren Folgen zur Zeit noch nicht abzusehen sind.